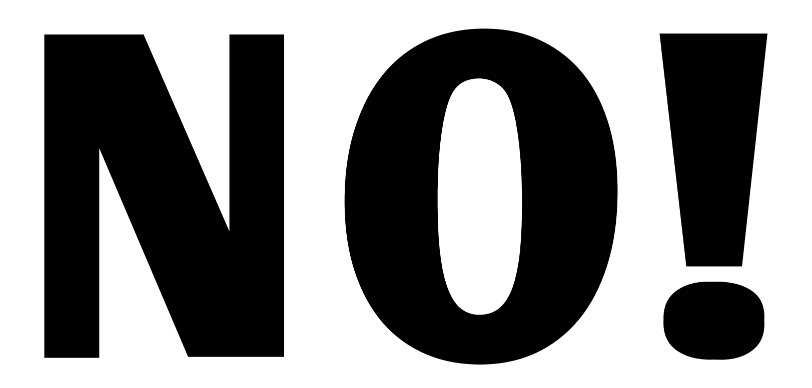
Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (03.07.2008)

Sand im Getriebe 67

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter **www.attac.de/rundbriefe** html-Version unter **http://sandimgetriebe.attac.at**, mail an die Redaktion**: sig@attac.de**

Danke, Irland! Der Lissabon-Vertrag ist tot!



Keine Militarisierung!
Keine Privatisierung!
Neugründung der EU!

Es hat sich gelohnt: der Widerstand gegen die EU-Verfassung und den Lissabon-Vertrag hat mit dem klaren NO in Irland noch einmal gezeigt, dass die EU **als neoliberales Eliteprojekt** bei den Völkern Europas nicht konsensfähig ist.

Wir dokumentieren in diesem Heft einige der vielen Stellungnahmen der globalisierungs- und kapitalismuskritischen Bewegung. *„Das Vorhaben, die Demokratie weiter zu beschneiden, die EU zu militarisieren und die Privatwirtschaft öffentliche Dienstleistungen übernehmen zu lassen, wurde zurückgewiesen" (Campaign against the EU Constitution,Dublin).* Die Iren, dieses kleine Volk von Widerständlern, hat „Sand ins Getriebe" geworfen und dabei stellvertretend gehandelt für die anderen Völker, die nicht abstimmen durften. *"Auf das Thema der Militarisierung reagiert man besonders sensibel in Irland, da das Land traditionellerweise* ***neutral*** *ist und auch* ***nicht zur NATO gehört****."* (Michael Youlton).

Unsere Regierungen sind mit ihrem Latein am Ende. Der Philosoph Jürgen Habermas führt bittere Klage: *„Man muss nur die tristen Bilder der Duodezfürsten Brown, Sarkozy und Merkel sehen, die bei Präsident George W.Bush einer nach dem anderen und jeder für sich antichambrieren, dann weiß man, dass sich Europa von der Weltbühne verabschiedet. … Während alle von allen immer abhängiger werden, beobachten wir auf der weltpolitischen Bühne die Verbreitung von ABC-Waffen und eine* ***sozialdarwinistische Enthemmung der Gewaltpotentiale****. Müsste nicht ein handlungsfähiges Europa im eigenen Interesse sein Gewicht für eine völkerrechtliche und politische Zähmung der internationalen Gemeinschaft in die Waagschale werfen?* (SZ vom 17.6.2008)

Immerhin: es gibt jetzt **eine neue Chance** für eine Neugründung des EU-Projektes auf demokratischer und sozialer Grundlage, als Projekt der Bevölkerung, nicht der kapitalistischen Eliten. Es wäre ein Projekt eines friedlichen Europas, das sich aus der Umklammerung der USA befreit, aus der NATO austritt und im Bündnis mit der Dritten Welt eine andere Welt möglich macht. Dem stehen momentan allerdings noch die massiven Militarisierungstendenzen der EU und der NATO entgegen. **Tobias Pflüger** analysiert Sarkozy's Pläne für die Militarisierung und Aufrüstung der EU. Das „Jubiläum" der NATO wirft seinen Schatten voraus: *„60 Jahre NATO sind 60 Jahre zu viel*". **Uri Avnery** verzweifelt an Obamas Nahost-Politik. **Marc Laimé** untersucht die Folgeschäden der Kriege für die Umwelt und insbesondere die Wasserversorgung. **Evo Morales** betont, dass „die Probleme des sozialen Zusammenhalts, unter denen Europa leidet, nicht Schuld der Migranten sind, *„sondern Ergebnis des durch den Norden aufgezwungenen Entwicklungsmodells, das den Planeten zerstört und die Gesellschaften der Menschen zerstückelt."*.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft die sozialen Widersprüche in allen Teilen der Welt. **Jörg Huffschmid** warnt in seiner Analyse des FMK (finanzmarktgetriebenen Kapitalismus) allerdings vor einer Überbetonung der Finanzmärkte: *„Die Destruktivität und Menschenfeindlichkeit des FMK liegt nicht in erster Linie in den gelegentlichen Spekulationskrisen. Sie liegt vielmehr in einer massiven Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die tief in die Produktionsverhältnisse und Arbeitswelt der Menschen eingreift und die Herrschaft der Oberschicht festigt***."**

Attac – Sommerakademien

Attac Österreich



http://www.attac.at/soak08.html



1. bis 6. August in Saarbrücken

http://www.european-summer-university.eu/

Attac Schweiz

System in der Krise : Auswege aus der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Sackgasse

5. bis 7. September in Bern

http://www.schweiz.attac.org/de

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben. Bestellen per Mail an sig@attac.de

Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Irische Kampagne gegen die EU-Verfassung

Das irische Volk hat gesprochen

Vertrag von Lissabon abgelehnt – Respektiert den Willen des Volkes!

Presseerklärung, 13. Juni 2008

Das irische Volk hat gesprochen. Wir glauben nicht an die prophezeiten sozialen und politischen Unruhen, sondern dass hunderte Millionen Menschen in ganz Europa die Ablehnung des Lissabon-Vertrags willkommen heißen. Das Vorhaben, die Demokratie weiter zu beschneiden, die EU zu militarisieren und die Privatwirtschaft öffentliche Dienstleistungen übernehmen zu lassen, wurde zurückgewiesen. Lissabon ist gescheitert. Zusammen mit der EU-Verfassung, aus welcher der Vertrag von Lissabon hervorging, sollte er nun begraben werden.

Wir fordern die irische Regierung und die Unterstützer dieses Vertrags auf, den Willen des irischen Volkes zu respektieren und diesen gescheiterten Vertrag fallen zu lassen: Es darf keinen Wiederholungslauf geben, wie dies bei Nizza der Fall war.

Wir fordern die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten auf, den Willen des irischen Volkes zu respektieren: Es darf keine weiteren Drohungen oder Einschüchterungsversuche gegenüber der Bevölkerung geben.

Dieses Votum macht die Kluft deutlich, die zwischen den Politikern und Eliten Europas und der Meinung der breiten Bevölkerung besteht. Wie in Frankreich und den Niederlanden, haben die politischen Führer und das Establishment alles getan, um dieses Vorhaben durchzusetzen – und sie sind gescheitert.

Wir fordern einen Richtungswechsel.
- Wir fordern einen Stopp der europäischen Militarisierung und einen Rückgang der Rüstungsausgaben – um das Geld gesellschaftlich nützlichen Projekten zuzuführen.
- Wir fordern einen Stopp der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, und dass öffentliche Dienstleistungen vom Diktat des Marktes ausgenommen werden.
- Wir fordern ein Ende der zentralen Rolle, die den Märkten und Banken bei der Entscheidung, wie die Gesellschaft geführt werden sollte, zugewiesen wird: Wir wollen ernsthafte Maßnahmen, um den Abwärts-Wettlauf zu stoppen und die Rechte der Arbeitnehmer zu stärken, um Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen, um die Ungleichbehandlung und Unterdrückung zu beenden und um die Klimaerwärmung umzukehren.
- Wir fordern eine Wende in den europäischen Beziehungen mit Entwicklungsländern, die den Bedürfnissen der BewohnerInnen des 'globalen Südens' Vorrang einräumt und das effektive Bevorzugen von Menschenrechten – nicht die Unterstützung repressiver Regimes, weil diese europäischen Staaten oder Unternehmen Gefallen erweisen.

Wir fordern, dass die europäische Bevölkerung nun eine Führungsrolle bei der Entscheidung unserer gemeinsamen Zukunft übernimmt. Dies ist nicht mehr allein eine Angelegenheit Irlands. Die Zukunft Europas muss von den Menschen Europas entschieden werden. Wir werden keine Situation tolerieren, in der im Laufe der Zeit das Augenmerk wieder auf die Frage gerichtet wird, wie Irland dazu bewegt werden kann, 'richtig zu wählen'. Während der Vertrag von Lissabon für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des EU-Raumes das Verweigern von Demokratie bedeutete, rufen wir nun die Menschen Europas auf, ihre demokratischen Rechte zurückzufordern, um über ihre eigene Zukunft zu entscheiden.

Für ein soziales, demilitarisiertes und demokratisches Europa!

Campaign against the EU Constitution:
http://www.caeuc.org
Übersetzung: coorditrad

Michael Youlton

Auf das Thema der Militarisierung reagiert man besonders sensibel in Irland

Mémoire des Luttes (Frankreich) führte ein Gespräch mit Michael Youlton, dem nationalen Koordinator der irischen Kampagne „Nein zum Vertrag von Lissabon“

Samstag, 7. Juni

Mémoire des Luttes: Michael Youlton, warum gibt es in Irland ein Referendum, wo sich doch die 26 anderen europäischen Mitgliedstaaten aus Furcht vor einer Ablehnung durch die Bevölkerung für eine parlamentarische Ratifizierung des Vertrags von Lissabon entschieden haben?

Michael Youton: Glauben Sie ja nicht, dass die Regierung der Republik Irland aus Herzensgüte das Volk befragt, während die 26 anderen Staats- und Regierungschefs der EU ihre Mitbürger davon ausgeschlossen haben. Sie ist vielmehr durch eine Verfassungsbestimmung aus dem Jahr 1987 dazu verpflichtet. Es gab eine Beschwerde von Raymond Crotty vor dem Obersten Gericht, die sich gegen die Ratifizierung der europäischen Einheitsakte durch eine einfache Mehrheit des Dail, des irischen Parlaments, zur Wehr setzte. Das Gericht hat entschieden, dass jede signifikante Änderung der europäischen Verträge gemäß der irischen Verfassung eine Verfassungsänderung und also eine Volksbefragung durch ein Referendum erfordert. Der Vertrag von Lissabon ist ein solcher Fall.

MdL: Welche Kräfte rufen zu einem Ja auf?

M. Y.: Auf dem Papier sind sie imposant. Man findet dort die Regierungspartei, die Fianna Fail; die Hauptoppositionspartei, die Fine Gael; die Arbeiterpartei. Hinzu kommen die zwei Arbeitgeberorganisationen, die Handelskammer, die Bischöfe und fast alle Medien. Und selbstverständlich die gesamte Regierung. Ein kürzlich in „Le Monde“ erschienener Artikel hat die Nein-Kräfte als „zusammengewürfelt“ eingeschätzt. Was soll man dann über die Ja-Kräfte sagen! Letztendlich ist es eine Konstellation, die an diejenige der „Ja-Sager“ in Frankreich während des Referendums vom 29. Mai 2005 erinnert.

MdL: Welches sind denn die Argumente der Befürworter?

M. Y.: Der Diskurs der Parteien ist lapidar. Die Plakate der Fianna Fail sagen einfach „Es ist gut für Irland. Es ist gut für Europa. Stimmt ja.“ Die IBEC, die Hauptorganisation der Arbeitgeber, mahnt zu einem Ja „für die Arbeitsplätze, die Wirtschaft und die Zukunft von Irland“.

Die Bischöfe, die seit kurzem mobilisieren, um Äußerungen von einigen Priestern zu begegnen, die in ihren Kirchgemeinden für ein Nein eintraten, warnen vor allem vor einem gegen die Regierung gerichtetes Sanktionsvotum: „Das Referendum soll

nicht dazu benutzt werden, um eine Proteststimme abzugeben. Es muss um die Werte gehen. Es gibt christlich-humanistische Werte im Vertrag." Das Episkopat bedauert gleichzeitig, dass es im Vertrag keine „explizite Anerkennung des christlichen Erbes Europas" gibt...
Wahrscheinlich aufgrund der Erfahrung der französischen Regierung, die den europäischen Verfassungsvertrag per Post an die Bürger verschickte und ihnen so die Möglichkeit bot, den Text unter die Lupe zu nehmen, glaubte die irische Regierung, es sei geschickter, nicht den ganzen Text des Vertrags von Lissabon zu verschicken. Mit der Begründung, er sei zu kompliziert, die Bürger würden ihn nicht verstehen und es wäre zu teuer, haben sie lediglich eine Zusammenfassung von 30 Seiten verteilt, die von einer angeblich „unabhängigen" Kommission redigiert worden war: 15 Seiten auf Irisch und 15 auf Englisch.
Dies hat das Misstrauen unter der Bevölkerung genährt und den Eindruck vermittelt, dass man den Bürgern etwas verheimliche und ganz einfach einen Blankoscheck von ihnen verlange.

MdL: Welche Kräfte rufen zu einem Nein auf?

M. Y.: Auf dem Papier sind sie sehr klein im Vergleich zur den Organisationen für ein „Ja" und am Anfang der Kampagne erhielt das Nein laut Umfragen auch nur schwache Ergebnisse. Unsere Kampagne für das „Nein" wird von einem Kollektiv aus vierzehn Organisationen geführt: Die Kommunistische Partei von Irland, die Community & Workers Action Group, Éigiri, das Irish Anti-War Movement, die Irish Republican Socialist Party, das Irish Socialist Network, die Peace & Neutrality Alliance, das People Before Profit, das People's Movement, Sinn Fein, die Socialist Party, die Socialist Workers Party und die Workers Party. Ausser der Partei Sinn Fein (die aber nur zwei Parlamentsabgeordnete hat), handelt es sich um kleine Bürgerinitiativen und politische Gruppen auf nationaler und lokaler Ebene. Diese Strukturen haben bis jetzt eine feste Einheit gebildet. Die Internetseite unserer Kampagne, www.sayno.ie, die ich sehr empfehlen kann, wird täglich von drei Aktivisten des CAEUC aktualisiert. Unsere finanziellen Mittel sind lächerlich. In unserem vorgesehenen Budget hofften wir gerade mal auf die Mobilisierung von 10'000 Euro. Ich möchte an dieser Stelle den Beteiligten dieser Tagung wie Mémoire des Luttes für ihre großzügige finanzielle Unterstützung unserer Kampagne meinen Dank aussprechen. Ich möchte mich auch bei Susan George bedanken, die heute Nachmittag zur Tagung kam, um mir den Beitrag von Attac France sowie ihre persönliche Spende zu überreichen.

MdL: Aber es hat sich Ihnen doch eine Organisation angeschlossen, Libertas, der es nicht an Mitteln zu fehlen scheint...

M. Y.: Tatsächlich ist vor einigen Wochen eine Organisation unter diesem Namen in der Nein-Szene aufgetaucht, die vom Multimillionär M. Richard Ganley gefördert wird. Sie führt ihre Kampagne ohne irgendwelche Verbindungen zu uns und mit Themen, die nicht die unseren sind, insbesondere zur Tatsache, dass Irland mit dem Vertrag von Lissabon während fünf von fünfzehn Jahren keinen EU-Kommissar hätte.Libertas hat den Vertrag von Lissabon in einer vollständigen Version veröffentlicht und gratis verteilt und somit der Regierung regelrecht eine lange Nase gedreht. Herr Ganley macht „persönliche Gründe" für seine Initiative geltend, in die er eine halbe Million Euro investierte. Unsere Haltung ist einfach: Obwohl er es uns angeboten hat, arbeiten wir nicht mit ihm zusammen, greifen ihn aber auch nicht an. Er stellt sich nicht uns als Problem, sondern der irischen Elite. Wie mir meine Frau sagte: „He sounds yes, but he speaks no".

MdL: Welches sind die Themen Ihrer Kampagne?

M. Y.: Es sind sechs an der Zahl, jedes methodisch argumentiert:
- Die Militarisierung, die durch den Vertrag vorangetrieben würde;
- die Untergrabung der Demokratie,
- der Vorrang des „big business" gegenüber dem Volk (Privatisierung);
- die Gefahren der Charta der Grundrechte;
- der gerechte Handel; die Beziehungen der EU zu den Entwicklungsländern;
- der Umweltschutz. (1)

Auf das Thema der Militarisierung reagiert man besonders sensibel in Irland, da das Land traditionellerweise neutral ist und auch nicht zur NATO gehört. Wir erinnern immer wieder daran, dass weder die vorherige Regierung von Bertie Ahern (der vor drei Wochen wegen Korruptionsvorwürfen zurücktrat), noch die jetzige von Brian Cowen den USA gegenüber neutral sind.
Neutralität hätte bedeutet, dass kriegführende Nationen nicht auf unser Territorium zurückgreifen. Unsere „Eliten" traten dieses Prinzip und die Bestimmungen der Haager Konvention von 1907 mit Füssen, als sie über einer Million amerikanischer Soldaten erlaubten, auf ihrem Weg in den Irak und nach Afghanistan bzw. auf dem Rückweg auf dem Shannon-Flughafen zwischenzulanden. Sie haben unter anderem, ohne die Flugzeuge zu durchsuchen, die Bewilligung für Durchflüge erteilt, in welchen Gefangene in die Folterzentren in Polen, Rumänien und Ägypten transportiert wurden.

(1) Diese sechs Themen sind auf ihrer Seite behandelt: http://www.caeuc.org/

Mémoire des luttes:
http://www.medelu.org/spip.php?article77
(Angaben über diese französische Organisation in Sand im Getriebe Nr.65, S. 18)

Übersetzung: Coorditrad, Edith Siegenthaler

Attac Frankreich

Wenn das Volk befragt wird, antwortet es! Hören wir es an!

13.6.2008
Am 12. Juni hat die Bevölkerung Irlands in einer Volksbefragung den Lissabonner Vertrag abgelehnt. Attac verlangt von den verschiedenen europäischen Regierungen, diese eigenständige Entscheidung zu respektieren. Es wäre katastrophal, wenn die europäischen Regierungen dem Volkswillen noch einmal die kalte Schulter zeigen würden. Dieses Ergebnis, genau wie jene vom 29. Mai 2005 in Frankreich und vom 1. Juni 2005 in den Niederlanden, ist ein Beweis dafür, dass das aktuelle Bauwerk Europa jeder Legitimation durch die Bevölkerung entbehrt.
Innerhalb der Europäischen Union hatten die Iren als einzige das Recht, sich in einer Volksabstimmung zu äußern. Die Franzosen wurden dieses Rechts durch die Entscheidung des Präsidenten der Republik, das Abkommen im Parlament ratifizieren zu lassen, beraubt. Dies obwohl sogar nach Meinung seiner Autoren der Text eine genaue Kopie dessen ist, der 2005 abgelehnt wurde. Er verstärkt noch zusätzlich etwas die neoliberale Tendenz der Europäischen Union.
Das Ergebnis der Volksbefragung in Irland muss Anlass zu einer breit angelegten öffentlichen Debatte über den Aufbau Europas geben. Das Netz der europäischen Attac verlangt, dass ein neuer europäischer Vertrag durch eine direkt gewählte Volksversammlung ausgearbeitet und durch eine Volksbefragung in jedem einzelnen Mitgliedsstaat angenommen wird. Wir wollen ein demokratisches Europa, das den sozialen und ökologischen Anforderungen gerecht wird und zur Solidarität mit den Ländern des Südens bereit ist. Die Zukunft Europas kann nicht hinter dem Rücken seiner Bevölkerung sondern nur im Respekt ihres Strebens und Willens errichtet werden.

http://www.france.attac.org/spip.php?article8660
Übersetzung: coorditrad, Martin Regelsberger und SiG-Red.

Attac Deutschland, Bundeskoordination Euromarsch, Bundesausschuss Friedensratschlag

Lissabon-Vertrag endlich zu Grabe tragen!

Soziale Bewegungen fordern Anerkennung demokratischer Realität

Frankfurt a.M./Köln/Kassel, 18. Juni 2008

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac, die Bundeskoordination Euromarsch und der Bundesausschuss Friedensratschlag fordern die europäischen Regierungen auf, den am Donnerstag in Brüssel beginnenden EU-Gipfel zu nutzen, um den Lissabon-Vertrag endlich zu Grabe zu tragen.
"Seit dem deutlichen Non der Franzosen und der Ablehnung der so genannten EU-Verfassung in den Niederlanden im Jahr 2005 versuchen die europäischen Regierungen, den Bevölkerungen ihre Vorstellungen von einer neoliberalen EU aufzuzwingen, die auf globalen Wettbewerb setzt, für die sozialen Verwerfungen aber blind ist", sagte Gerold Schwarz, EU-Experte von Attac. De facto sei in Irland der gleiche Text nun zum dritten Mal abgelehnt worden. *"Viele Politiker haben sich offensichtlich von der demokratischen Realität in Europa längst entfernt",* stellte Gerold Schwarz fest.
Statt Irland bei dem zweitägigen Treffen in Brüssel zu einer erneuten Abstimmung zu drängen, gelte es, die EU von Grund auf sozial und demokratisch neu zu begründen, forderte Angela Klein von der Euromarsch-Bundeskoordination. "*Der Vertrag von Lissabon bleibt hinter der Verfassung vieler Mitgliedstaaten zurück und setzt diese de facto außer Kraft. Für 90 Prozent aller Rechtsnormen soll das weitaus undemokratischere EU-Recht als das höher rangige gelten. Was das praktisch bedeutet, konnten wir zuletzt am Beispiel der Entsenderichtlinie erfahren, die nationale Tariflöhne aushebelt."*
Peter Strutynski vom Bundesausschuss Friedensratschlag sagte: *"Angesichts des Neins der Iren ist es besonders zynisch wenn sich der französische Präsident Nicolas Sarkozy wie am gestrigen Dienstag für eine 60.000 Mann starke EU-Einsatztruppe stark macht."* Denn ein zentrales Argument gegen die Verfassung und den fast identischen Lissabon-Vertrag seien die Artikel, welche die EU in eine Militärunion führen. *"Damit zeigt Sarkozy, dass die Regierenden überhaupt kein Interesse haben, sich mit den Positionen der Kritiker auseinander zu setzen."*
"Es steht zu befürchten, dass der EU-Gipfel ein schwarzer Tag für die Demokratie wird, indem Irland mit Versprechungen mittelfristig doch noch ein Ja abgepresst wird", sagte Gerold Schwarz von Attac. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die Iren quasi stellvertretend für alle anderen Europäer abgestimmt haben, die nicht gefragt wurden. Statt das Votum der Iren zu übergehen, verlangt Attac einen demokratisch gewählten Konvent und ein anschließendes Referendum in allen Mitgliedstaaten zu einer substanziellen Neubegründung der EU.
Diese neu begründete Europäische Union muss zivil, sozial und demokratisch sein, fordern Attac, Euromarsch und Friedensratschlag.

Im Internet:
* *"Charta der Grundsätze für ein anderes Europa" des gleichnamigen Europäischen Netzwerks*
http://www.europe4all.org/english/download/CHARTER_english.pdf
* *Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag zum EU-Reformvertrag (23.4.2008)*
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/verf/baf.html
* *Attac-Papier "Zehn Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag" (11.3.2007)*
http://www.attac.de/uploads/media/10-Prinzipien-fuer-EU-Vertrag_01.pdf
* *Erklärung von Attac Europa zum EU-Vertrag (19.10.2007)*
http://www.attac.de/uploads/media/erklaerung-eu-reformvertrag.pdf

Bundesausschuss Friedensratschlag

Das Nein der Iren ernst nehmen- Den Weg in die Militärunion umkehren

Irland hat für ein Stück Demokratie in der EU gesorgt

Kassel, 13. Juni 2008 –
Heute hat sich die Mehrheit der Bevölkerung in einem landesweiten Referendum gegen den EU-Reformvertrag ausgesprochen.
Wären wir professionelle Politiker, würden wir sagen: "Dies ist ein guter Tag für Irland und ein guter Tag für Europa". Jenseits solcher Sprechblasen sollte aber substanziell auf die positiven Konsequenzen des irischen "No" hingewiesen werden.
Dazu gehört zum ersten, dass der Mogelvertrag von Lissabon, der ja nichts anderes ist als eine verkappte Neuauflage des schon einmal an Frankreich und Holland gescheiterten Verfassungsvertrags, dass dieser Reformvertrag wieder ad acta gelegt werden muss. Er ist nicht mehrheitsfähig in Europa. Die politische Klasse in Brüssel und den EU-Mitgliedstaaten wusste das und hatte deshalb darauf gedrungen, dass der Vertrag nirgends dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Einzig Irland musste - gegen den Willen der eigenen Regierung - das Referendum durchführen, weil das die dortige Verfassung vorschreibt. Irland hat also für ein Stück Demokratie in der EU gesorgt.
Zum zweiten sind damit im Grundsatz all jene Elemente des Reformvertrags vom Tisch, die über den ursprünglichen Gehalt der Europäischen Union hinausgehen sollten. Wir zählen dazu neben der Festlegung der EU auf den allein seligmachenden Marktradikalismus vor allem die Transformation der EU in eine Militärunion. Der Lissaboner Vertrag enthielt u.a. folgende Gefahren:
- die EU-Mitgliedstaaten sollten sich verpflichten, ihre militärischen Fähigkeiten "schrittweise zu verbessern" (Art. 28c);
- es sollte eine "Europäischen Verteidigungsagentur" gegründet werden, die "Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors" ergreifen soll (Art. 28a, Ziff. 3)(die "Verteidigungsagentur" arbeitet bereits seit 2004 - also ohne vertragliche Grundlage);
- es sollten "besonderer Verfahren (angewandt werden), um den schnellen Zugriff auf die Haushaltsmittel der Union zu gewährleisten", damit Militäreinsätze ("Missionen") durchgeführt werden können; hierfür sollte ein sog. "Anschubfonds" gebildet werden;
- "Schnelle Eingreiftruppen" und sog. Battle groups (Schlachtgruppen) für Kampfeinsätze in aller Welt sollten gebildet werden (auch sie gibt es bereits!);
- der Tatbestand des "Terrorismus" sollte mit militärischen Mitteln (d.h. mit Krieg) beantwortet werden;
- die Machtlosigkeit des Europäischen Parlaments in Sachen Außen- und Sicherheitspolitik sollte bestehen bleiben: Das EP wird in Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik lediglich informiert und angehört; Entscheidungen trifft ausschließlich der Rat (also die "Exekutive" der EU);
- der ganze Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik bliebe rechtsstaatlicher Kontrolle entzogen; nach Art. 240 ist der Gerichtshof der Europäischen Union hierfür "nicht zuständig".

Was immer die zahlreichen Motive der irischen Bevölkerung für ihr Votum gewesen sein mögen: Dem Land und seinen Menschen ist zu danken, dass die Demokratie und die Friedensorientierung in der Europäischen Union eine neue Chance erhalten. Das "No" der Iren war kein Nein zu Europa, sondern es war ein Nein zu dieser besonderen Form einer bevormundenden, autoritären, neoliberalen und sich militarisierenden Europäischen Union.

Der EU ist zu wünschen, dass sie aus der Abstimmung die richtigen Konsequenzen zieht: Der Weg in die Militärunion muss umgekehrt werden.
Die EU muss sich ganz auf ihre zivilen und sozialen Traditionen und Tugenden besinnen. Dann braucht sie keine Furcht mehr vor Volksabstimmungen haben.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski (Sprecher)

Attac Österreich

Für ein soziales Europa

Stellungnahme zur Diskussion rund um den Reformvertrag

24.Juni 2008
In den vergangenen Wochen ist in der Öffentlichkeit der EU-„Reformvertrag“ sehr kontrovers diskutiert worden. Das Engagement von Attac gegen den Reformvertrag hat viele Diskussionen ausgelöst: Viele Menschen haben sich gefragt wie es möglich ist, dass Attac scheinbar „auf der gleichen Seite“ steht wie etwa nationalistische oder nationalchauvinistische Gruppen, die aus populistischen Gründen die EU prinzipiell ablehnen. Deshalb begründen wir in dieser Stellungnahme nochmals unser Engagement und bekräftigen gleichzeitig unsere pro-europäische Haltung, aus der heraus wir den EU-Reformvertrag - nicht die EU – ablehnen und einen konstruktiven Diskurs fordern.

Gegen den Vertrag von Lissabon - Für ein soziales und demokratisches Europa

Gerade in Österreich wurde der Diskurs über den Vertrag vielfach mit unsachlichen Argumenten geführt und für anti-europäische Stimmungsmache missbraucht. Umgekehrt wurden progressive und EU-freundliche KritikerInnen des EU-Reformvertrages von zahlreichen Medien in einen Topf mit rechten NationalistInnen und EU-GegnerInnen geworfen. Das aktuelle parteistrategische Hick-Hack der Regierungsparteien behindert zusätzlich die so wichtige sachliche Diskussion über die grundlegende Richtung der europäischen Integration.

Attac hat den Prozess der europäischen Einigung prinzipiell immer begrüßt. Wir sehen jedoch den sozialen Zusammenhalt und Frieden in Europa durch die einseitige Ausrichtung auf wirtschaftliche Freiheiten, die inner- und außereuropäische Standortkonkurrenz bei Löhnen, Arbeitsrechten und Steuern bei gleichzeitigem Fehlen effektiver sozialpolitischer Maßnahmen sowie der sich klar abzeichnenden Tendenz zur Aufrüstung massiv gefährdet. Es wäre daher aus unserer Sicht fatal, auf grundlegende Kritik an der Europäischen Union zu verzichten und dieses Feld ganz den rechten PopulistInnen zu überlassen.

http://www.attac.at/6040.html

In rechter Gesellschaft?

Die Angst vor einer EU-Volksabstimmung ist ein demokratiepolitisch fatales Signal

Zivilgesellschaftliche Gruppen, die eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag forderten, bekamen schlechte, weil rechte Gesellschaft, so ein vielfach geäußerter Vorwurf: Blind für die Gefahren der Instrumentalisierung habe man sich mit Nationalisten und „Rülpsern“ vor den Karren der Kronen Zeitung spannen lassen - wahlweise auch umgekehrt formuliert.
Dabei formulierte etwa Attac im „Kritischen EU-Buch“ oder in „10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ eine pro-europäische EU-Kritik und eine Alternative zum Verfassungsentwurf zu Zeiten, in denen die rechten Parteien diesem im Parlament zustimmten. Richtig ist: Das Konzert für ein Referendum wurde am lautesten von WestenStrache gesungen und vom alten Boulevard dirigiert. Das ist in der Tat bedenklich. Der strategisch richtige Reflex daher: Lieber nicht in den Chor für eine Volksabstimmung miteinstimmen? Lieber aus Angst erst gar nicht die Stimme erheben?

Die Gegner einer Volksabstimmung argumentierten unter anderem genau in dieser Weise: Der EU-Reformvertrag sei nicht dazu geeignet, differenziert in der Öffentlichkeit verhandelt zu werden. Er würde ohnehin nur von Nationalisten missbraucht werden, ein Referendum Europa gefährden. Tatsächlich geschah dies aber ohne Volksabstimmung erst recht und umso mehr. Warum Nationalisten eine europaweite Abstimmung nicht missbrauchen würden erscheint ebenfalls nicht schlüssig. Dabei geht es auch anders: Das Referendum in Frankreich hat gezeigt, dass sich die BürgerInnen über den Vertrag informieren um mitzubestimmen. Die wichtigsten Gründe für das NON lagen in der eingehenden Auseinandersetzung mit den Defiziten des Vertrages, nationale Motive dominierten keineswegs. Dass den Menschen gerade in Frankreich eine Abstimmung über einen zu 95% identischen Text verwehrt wird, zeigt, dass es die europäischen Eliten mit der viel gepriesenen „Bürgernähe“ nicht ernst meinen. So vertraute auch die österreichische Regierung lieber auf die repräsentative Demokratie (und den Klubzwang), wenn es darum ging, den Vertrag zu verstehen und zu diskutieren. Dabei ist die Frage durchaus berechtigt, wie viele der ratifizierenden ParlamentarierInnen die Mühe auf sich genommen haben, den Lissabon-Vertrag überhaupt zu lesen. Eine Volksabstimmung hätte jedenfalls auch unter ihnen den Anteil drastisch erhöht.

Die strategische Angst vor dem nationalistischen „Missbrauch“ ist vor allem eines: Ein fatales demokratiepolitisches Signal. Sie erklärt BürgerInnen für unmündig und Medien für unfähig den Raum für eine differenzierte öffentliche Diskussion herzustellen. Wesentliche Defizite des demokratiepolitischen Verständnisses tun sich auf: Taugt mediale Öffentlichkeit nicht mehr für politische Auseinandersetzung? Was verlangen wir als mündige BürgerInnen den PolitikerInnen im öffentlichen Raum an Diskussionsbereitschaft ab? Die Kampagne der Krone hat teilweise auch dafür gesorgt, dass in Qualitätsmedien sachliche Argumente rund um Vertrag und Volksabstimmung übertönt wurden. Von einem „Amalgam aus Aberwitz und Absurdität“ war da die Rede, von fehlendem Niveau und politischem Extremismus.

Für eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag sprach viel. Nirgendwo hat das Recht auf Selbstbestimmung weiter reichende Konsequenzen als bei der Entscheidung über eine Verfassung. Die Regierung stellte sich lediglich die Frage, warum sie beim EU-Marketing versagt hat - und blieb ratlos. Solange sie nur ihre PR-Strategien und nicht den Inhalt ihrer Politik hinterfragt, wird sie sich das Ausmaß der EU-Skepsis nicht erklären können. Mit der so sehr beworbenen und beschworenen "größeren Handlungsfähigkeit" der EU wird die Frage ignoriert, in wessen Interesse da überhaupt gehandelt wird. Wer sich aber eine Stärkung eines sozialen und nachhaltigen Europa erhofft wird enttäuscht. Der Reformvertrag schreibt den Vorrang der Wirtschaftsfreiheiten vor ökologischen und sozialen Standards fest. Die Dreifaltigkeit des Binnenmarktes - Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung - wird weiterhin für wachsende Ungleichheit, steigenden Arbeitsdruck und mehr Freihandel im Interesse von Konzernen sorgen. Jetzt aber! Noch handlungsfähiger!

Umso wichtiger ist es, dem Konsens der ängstlichen politischen Eliten und der Engstirnigkeit der nationalistischen Populisten eine Alternative entgegenzusetzen. Europa benötigt eine breite öffentliche Diskussion jenseits von „Blind voran“ und „Austritt“. Diese muss die prinzipielle Frage miteinbeziehen, wie die EU ihr Gründungsversprechen nach Frieden und - global verträglichem - Wohlstand einlösen kann. Der Vertrag gibt darauf keine Antworten. Wer BürgerInnen und Bürger vor dem Haus Europa stehen lässt, darf sich nicht wundern, wenn sich einige in ihre nationalistischen Hütten zurückziehen.

Mai 2008, http://www.attac.at/6455.html

Pierre Khalfa

Europarecht gegen soziales Europa

Schlag auf Schlag hat der **Europäische Gerichtshof** innerhalb weniger Wochen drei Urteile gefällt, mit denen das Verhältnis zwischen Europarecht und nationalem Arbeitsrecht neu definiert wird.
Nach dem Viking-Beschluss (Finnland) und dem Vaxholm-Laval-Urteil (Schweden) ist nun mit dem Rüffert-Urteil Deutschland an der Reihe.

Bisher basierte das Arbeitsrecht im Wesentlichen auf nationalen Instrumentarien, die ihren Ursprung in früheren Sozialkompromissen hatten, welche wiederum auf der Ebene der Nationalstaaten geschlossen worden waren. Theoretisch ist die Europäische Union für dieses Gebiet nur in beschränktem Maße zuständig. Der Vertrag von Lissabon, derzeit in der Phase der Ratifizierung, hat an dieser Situation nichts geändert und legt einzig und allein fest, dass die Union *„die Tätigkeit ihrer Mitgliedstaaten unterstützt und ergänzt“* (Art. 153 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union).

Mit den drei o. g. Urteilen ändert sich die Situation jedoch. Der Europäische Gerichtshof hat damit entschieden, dass die juristische Praxis im Bereich des nationalen Arbeitsrechts aus seinen Kompetenzen hervorgeht. Für den Gerichtshof sind die *„Staaten gleichwohl gehalten, das Gemeinschaftsrecht zu respektieren, auch wenn es sich um Bereiche handelt, für die die Gemeinschaft nicht zuständig ist.“* (Vaxholm-Laval-Urteil). Er schafft sich somit eine juristische Doktrin, die es ihm gestattet, auf Gebieten tätig zu werden, für die sich eine direkte Zuständigkeit weder aus den Verträgen noch aus dem Gemeinschaftsrecht ergibt, welches aus diesen Verträgen hervorgegangen ist.

Mit dem Viking- und dem Laval-Vaxholm-Urteil wurde das kollektive Vorgehen der Beschäftigten zur Verhinderung einer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland im ersten Fall und gegen Lohndumping im zweiten gerügt.
Der Rüffert-Beschluss vom 3. April richtet sich gegen das Bundesland Niedersachsen. Dieses hatte versucht, gegen ein polnisches Unternehmen ein Gesetz zur Anwendung zu bringen, welches Unternehmen verpflichtet, bei der Übernahme von öffentlichen Aufträgen den entsprechenden Branchentarifvertrag einzuhalten. Der polnische Betrieb hatte dies nicht getan und seinen Mitarbeitern nur 50 % des tarifvertraglich festgesetzten Mindestlohns gezahlt.

In allen drei Fällen ist die Argumentation des Gerichtshofes die gleiche. **Er wertet die Gleichbehandlung der Arbeitnehmer als Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit**, die ihrerseits durch Art. 49 des Vertrages zur Errichtung der Europäischen Gemeinschaft gewährleistet wird. Dieser Artikel wurde vollinhaltlich in den Vertrag von Lissabon übernommen.
Sozialdumping ist demnach explizit zulässig: *„Den Leistungserbringern, die in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen sind, in dem die Mindestlohnsätze niedriger sind, eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung aufzuerlegen, die geeignet ist, die Erbringung ihrer Dienstleistungen im Aufnahmemitgliedstaat zu unterbinden, zu behindern oder weniger attraktiv zu machen (...) kann eine Beschränkung im Sinne von Art. 49 EG darstellen.“* (Rüffert-Urteil). Weiter heißt es, dass die Schaffung von *„Voraussetzungen für einen lauteren Wettbewerb zu gleichen Bedingungen zwischen schwedischen Arbeitgebern und Unternehmen, die aus anderen Mitgliedstaaten kommen“* (Vaxholm-Laval-Urteil) nicht als öffentliche Mission angesehen werden kann und dass daher eine Einschränkung der Freizügigkeit im Bereich der Dienstleistungen unzulässig ist. Der Gerichtshof kann also im Namen freien Warenverkehrs die gewerkschaftliche Aktion und die Arbeitnehmerrechte einschränken. Eine Aufweichung der sozialen Rechte ist damit vorprogrammiert.

Die genannten EuGH-Entscheidungen des Gerichthofes kommen nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ende 2006 hat die Kommission bereits ein **Grünbuch** mit dem Titel „Ein moderneres Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ veröffentlicht. Diesem Grünbuch folgte im Juni 2007 die Mitteilung der Kommission „Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten“.
Die Analyse und die Erkenntnisse der Kommission sind erbaulich. Ihrer Auffassung nach wird der Arbeitsmarkt *„zu sehr geschützt“*. Damit gegen die Differenzierung zwischen Ausgeschlossenen - Outsidern – und Integrierten – Insidern – wirksam vorgegangen werden könne, müsse die Flexibilität der letztgenannten wachsen. Arbeitslosigkeit und Prekariat bei den erstgenannten seien das Ergebnis zu starker Schutzmaßnahmen für letztere. Darin ist die gewohnheitsmäßige neoliberale Meinung zur Beschäftigungsfrage, wenngleich keine einzige Untersuchung irgendeinen Zusammenhang zwischen der Intensität des Beschäftigungsschutzes und der Arbeitslosigkeit nachweisen konnte. Hierbei geht es um die Beschleunigung von Entwicklungen, die derzeit auf nationaler Ebene im Gange sind, um anstatt und anstelle des unbefristeten Arbeitsvertrages, der heute in den meisten Ländern Europas die Arbeitswelt prägt, ein „anderes Beschäftigungsmodell“ zu entwickeln.

Es sei hier klargestellt, dass nichts gesagt wird zu den makroökonomischen Formen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Die Kommission versteht unter dem Begriff «Flexicurity» ganz offensichtlich Flexibilität der Arbeitnehmer auf der einen Seite und Unternehmenssicherheit auf der anderen: es geht darum, die Arbeitsplatz erhaltenden Normen zu beseitigen, die Normen im Bereich von Einstellung und Kündigung aufzuweichen, Flexibiltät und prekäre Lebensverhältnisse zur allgemeinen Norm zu machen ... und all das im Namen des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und prekäre Verhältnisse. Das orwellsche „Neusprech“ hat noch viele gute Tage vor sich...

Die erwähnten Beschlüsse des Europäischen Gerichtshofes sowie die Pläne der Europäischen Kommission befinden sich im Einklang mit der gegenwärtigen Tiefenlogik der europäischen Entwicklung, wobei die wettbewerbspolitische Öffnung zu einer tragenden Säule wird. Die Freizügigkeit im Handel mit Waren, Dienstleistungen und Kapital ist das Herzstück aller Verträge. Direkt abgeleitet aus den Europäischen Verträgen, prägt das Wettbewerbsrecht, das Europarecht, alle anderen Rechtsgebiete. Es ist ein primäres Grundrecht geworden, dem alle anderen ökonomischen und sozialen Rechte der Bürger auf nationaler Ebene untergeordnet sind. Das Wettbewerbsrecht spielt tatsächlich die Rolle eines „verfassungsmäßigen“ Rechts „auf europäischer Ebene“. Angesichts des normativen Charakters dieses Rechts erscheinen die übrigen europäischen Gesetzestexte derzeit wie simple Absichtserklärungen ohne jegliche praktische Bedeutung.

Es obliegt heutzutage der Gewerkschaftsbewegung in Europa und, in einem weiteren Sinne, allen sozialen und Bürgerbewegungen, Kräfteverhältnisse zu schaffen, die den gegenwärtigen Prozess stoppen und einer Europäischen Gesetzgebung zum den Durchbruch verhelfen können, welche eine Harmonisierung mittels sozialer Rechte möglich macht.

Libération, 15. April 2008
Pierre Khalfa ist Nationaler Sekretär der Union syndicale Solidaires und Mitglied des wissenschaftlichen Rates von Attac Fr

Übersetzung: Annegret Seiffert, ehrenamtliche Übersetzerin, www.coorditrad.attac.org

Christine Wicht

Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes: Dienstleistungsfreiheit steht über nationalen Arbeitnehmerrechten

Am 3. April hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg entschieden, dass ein Bundesland bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen keine Tariflöhne vorschreiben kann. Dieses Urteil ist von elementarer Bedeutung, da den im EGV (Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft) festgelegten wirtschaftlichen Grundfreiheiten eine höhere Priorität eingeräumt wird als den arbeitsrechtlichen Koalitionsfreiheiten gemäß Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes. Das Urteil zeigt, dass die wirtschaftlichen Grundfreiheiten zugunsten von Unternehmerfreiheiten wirken und die Arbeitnehmer den Bedingungen des Wettbewerbs weitgehend schutzlos ausliefern.

Das Oberlandesgericht Celle hatte den EuGH um Prüfung der Vereinbarkeit des niedersächsischen Landesvergabegesetzes mit der Dienstleistungsfreiheit nach Art. 49 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) gebeten. Hiernach sind Aufträge für Bauleistungen nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Vergabe schriftlich verpflichten, ihren Arbeitnehmer/innen mindestens das am Ort der Ausführung tarifvertraglich vorgesehene Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer muss sich zudem verpflichten, diese Verpflichtung Nachunternehmern aufzuerlegen und ihre Beachtung zu überwachen. Die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung löst die Zahlung einer Vertragsstrafe aus. Mit dieser Bestimmung sollte ein unfairer Wettbewerb zu Lasten von Löhnen verhindert werden.

Der EuGH sah im niedersächsischen Landesvergabegesetz einen Verstoß gegen geltendes EU-Recht.
Nach dem Urteil des EuGH können ausländische Unternehmen, die Staatsaufträge in Deutschland annehmen, nicht dazu verpflichtet werden, Tariflöhne zahlen (Az.: C-346/06).

Dieses Urteil bindet die deutsche Gesetzgebung und Rechtsprechung, da das EU-Recht dem nationalen Recht vorgeht (Urteil des EuGH vom 15.07.1964, Az.: 6/64 und ständige Rechtsprechung). Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs ist der Vorrang des EG-Rechts einer der Grundpfeiler des Gemeinschaftsrechts. Dem Gerichtshof zufolge ergibt sich dieser Vorrang aus der Besonderheit der Europäischen Gemeinschaft.

Die vier Grundfreiheiten des EGV

Das aktuelle Urteil des EuGH wirft ein Schlaglicht auf die im Folgenden genannten wirtschaftlichen Grundfreiheiten des EGV:

Warenverkehrsfreiheit (Art. 23 EGV)
(1) Grundlage der Gemeinschaft ist eine Zollunion, die sich auf den gesamten Warenaustausch erstreckt; sie umfasst das Verbot, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zu erheben, sowie die Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs gegenüber dritten Ländern.

Niederlassungsfreiheit (Art. 43 EGV).
Die Beschränkungen der freien Niederlassung von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen verboten. Das gleiche gilt für Beschränkungen der Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ansässig sind. Vorbehaltlich des Kapitels über den Kapitalverkehr umfasst die Niederlassungsfreiheit die Aufnahme und Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeiten sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften im Sinne des Artikels 48 Absatz 2, nach den Bestimmungen des Aufnahmestaats für seine eigenen Angehörigen.

Dienstleistungsfreiheit (Art. 49 EGV)
Die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der Gemeinschaft für Angehörige der Mitgliedstaaten, die in einem anderen Staat der Gemeinschaft als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind, sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen verboten.

Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 56 EGV)
(1) Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.
(2) Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.

Diese wirtschaftsliberalen Grundfreiheiten sind der Kern der europäischen Verträge. Sie werden im Lissabon-Vertrag fortgeschrieben. Bislang war die Debatte um diesen Vertrag für viele Bürger eine eher abstrakte Diskussion, weil eine Kritik an sog. Freiheitsrechten immer schwierig ist, solange nicht konkret wird, zu wessen Lasten diese Wirtschaftsfreiheiten gehen und wozu sie führen können. Die Rechtsprechung des EuGH zeigt nun, dass die Wirtschaftsfreiheiten über den in Sonntagsreden viel beschworenen Zielen eines sozialen Europas stehen, dass die nationalen sozialen Rechte die wirtschaftlichen Betätigungsfreiheiten noch nicht einmal binden.

Streikrecht und Tarifautonomie in Gefahr

Der Europäische Gewerkschaftsbund **(EGB)** hatte schon vor den Urteilen befürchtet, dass der EuGH zugunsten der wirtschaftsliberalen Grundfreiheiten entscheiden werde. Bei einer Anhörung im Europäischen Parlament im Februar dieses Jahres (Quelle: Papier Janeta Mileva, Dieter Dehm, Alexander Ulrich) ist der Generalsekretär des EGB, John Monks, in seiner Stellungnahme auf die Bedrohung eingegangen, die durch die Rechtssprechung des EuGH für das Streikrecht und die Tarifautonomie in Europa entsteht.
Er wies darauf hin, dass das in den einzelnen Mitgliedstaaten per Verfassung festgeschriebene Streikrecht wie auch die Tarifautonomie durch die EuGH-Rechtsprechung in Gefahr geraten und dass die Idee eines sozialen Europas beschädigt würde. John Monks forderte, sowohl die Verträge als auch die sekundärrechtlichen Akte der EU dahingehend abzuändern, dass das Verhältnis zwischen sozialen Grundrechten und liberalen Grundfreiheiten explizit geregelt wird, damit eine weitere Rechtsprechung des EuGH, die die Grundrechte der Arbeitnehmer zugunsten der wirtschaftlichen Grundfreiheiten einschränkt, nicht mehr möglich ist. Da der neue Vertrag von Lissabon (sog. EU-Reformvertrag) das Streikrecht und die Tarifautonomie nicht gegen die richterliche Durchsetzung der wirtschaftlichen Grundfreiheiten schützt, vertritt Monks die Position, dass diese Forderung für künftige Vertragsänderungen beibehalten werden muss.

Nach Einschätzung des EGB würde im Übrigen eine Rechtsprechung zugunsten der Wirtschaftsfreiheiten nicht nur eine Situation unfairen Wettbewerbs, sondern auch eine Diskriminierung inländischer Firmen schaffen, die die nationalen Regeln einhalten

müssen. Ausländische Firmen würden hingegen, nur weil sie ihren Sitz in einem anderen Mitgliedsstaaten haben, z.B. die Regeln über die öffentliche Auftragsvergabe umgehen können.

Das jüngste Urteil des EuGH hat die Befürchtungen John Monks bestätigt. Im oben genannten Fall ging es um den Bau des Gefängnisses in Rosdorf bei Göttingen. Aufgrund der Bestimmungen des niedersächsischen Landesvergabegesetzes verpflichtete sich das beauftragte Unternehmen "Objekt und Bauregie GmbH" den beim Bau der Justizvollzugsanstalt eingesetzten Arbeitnehmern die im entsprechenden Baugewerbe-Tarifvertrag festgeschriebenen Löhne zu zahlen. Ein polnisches Unternehmen, als Subunternehmer von "Objekt und Bauregie", zahlte jedoch seinen auf der Baustelle eingesetzten 53 Arbeitnehmern nur 46,57 % des Tariflohns. Nachdem der Werkvertrag aufgrund von Strafverfolgungsmaßnahmen gekündigt worden war, stritten das Land Niedersachsen und der Insolvenzverwalter (Rüffert) über das Vermögen des Unternehmens "Objekt und Bauregie" darüber, ob dieses wegen Verletzung der Entgeltverpflichtung zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 84 934,31 Euro (entsprechend 1 % der Auftragssumme) verpflichtet ist. Das Oberlandesgericht Celle als Berufungsgericht hatte Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der die Vertragsstrafe vorsehenden Bestimmungen und legte dem Europäischen Gerichtshof die Frage zur Entscheidung vor, ob der freie Dienstleistungsverkehr einer gesetzlichen Verpflichtung des Zuschlagsempfängers eines öffentlichen Bauauftrags entgegensteht, seinen Arbeitnehmern mindestens das tarifvertraglich vorgesehene Entgelt zu zahlen.

Der EuGH führte in seinem Urteil aus, *„... dass der Lohnsatz nach dem Baugewerbe-Tarifvertrag nicht nach einer der in der Richtlinie vorgesehenen Modalitäten festgelegt worden ist. Zwar gibt es in Deutschland ein System zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, doch ist der Baugewerbe-Tarifvertrag nicht für allgemein verbindlich erklärt worden. Außerdem erstreckt sich die Bindungswirkung dieses Tarifvertrags nur auf einen Teil der Bautätigkeit, da zum einen die einschlägigen Rechtsvorschriften nur auf die Vergabe öffentlicher Aufträge anwendbar sind und nicht für die Vergabe privater Aufträge gelten und zum anderen der Tarifvertrag nicht für allgemein verbindlich erklärt worden ist. Die landesrechtlichen Vorschriften entsprechen somit nicht den Bestimmungen der Gemeinschaftsrichtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern, nach denen die Mitgliedstaaten bei einer staatenübergreifenden Erbringung von Dienstleistungen den in anderen Mitgliedstaaten ansässigen Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen Mindestlohnsätze vorschreiben können. Wie der Gerichtshof weiter feststellt, wird diese Auslegung der Richtlinie durch deren Würdigung im Licht des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs bestätigt. Die Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs, die sich aus der Verpflichtung zur Zahlung des tarifvertraglich vorgesehenen Entgelts an die Arbeitnehmer ergibt, ist im vorliegenden Fall insbesondere nicht durch den Zweck des Schutzes der Arbeitnehmer gerechtfertigt. Es ist nämlich nicht nachgewiesen worden, dass ein im Bausektor tätiger Arbeitnehmer nur bei seiner Beschäftigung im Rahmen eines öffentlichen Auftrags für Bauleistungen und nicht bei seiner Tätigkeit im Rahmen eines privaten Auftrags des Schutzes bedarf, der sich aus einem solchen Lohnsatz ergibt, der im Übrigen über den Lohnsatz nach dem deutschen Arbeitnehmer-Entsendegesetz hinausgeht."*
Quelle: EuGH-Urteil: Erläuterung vom 3.4.2008

Diese Rechtsprechung ist eine Folge der Regelungen im bestehenden EGV, die der EuGH konsequent angewandt hat. Wer nun zum Ausgleich dieser Regelungen im EGV oder im künftigen Lissabon-Vertrag nach einer Bestimmung sucht, die die sozialen Rechte etwa bei der Mitbestimmung oder bei den Arbeitnehmerrechten schützt, der sucht vergeblich. Im Gegensatz zum Grundgesetz, das wirtschaftspolitisch neutral ist, sind in diesen Verträgen offene Märkte, freier und unverfälschter Wettbewerb, Privatisierung, unternehmerische Freiheit, kurz: eine marktliberale Wirtschaftsauffassung festgeschrieben.

Ein Blick auf zwei weitere Urteile des EuGH zum Streikrecht lässt erahnen, wie weit nationale Arbeitnehmerrechte durch europäische Regelungen zurückgedrängt werden können.

Urteil des EuGH zum Streikrecht im Fall „Viking" und im Fall „Laval/Vaxholm "

Im Dezember 2007 befasste sich der EuGH mit der Frage, in welchem Verhältnis das Recht auf Kollektivmaßnahmen der Arbeitnehmer und die EG-Wirtschaftsfreiheiten zueinander stehen, insbesondere, ob Arbeitskämpfe, die nach dem nationalen Recht eines Mitgliedstaates zulässig sind, gegen das EU-Recht verstoßen. Nach dem EGV ist das Streikrecht aus dem Kompetenzbereich der Europäischen Union explizit ausgeschlossen (Art. 137 Abs. 5 EGV). Das Gleiche gilt für das Koalitionsrecht und die daraus folgenden Tarifverträge. Das hat den EuGH aber nicht daran gehindert, das in Finnland bestehende Arbeitskampfrecht mit dem Verweis auf die Höherrangigkeit des EU-Rechts zu beschränken.

Im speziellen Fall „**Viking**" betrifft dies das finnische Unternehmen „Viking Line", Eigentümer einer Fähre, die zwischen den Ländern Finnland und Estland verkehrt. Damit "Viking Line" die estnische Besatzung nach estnischem Lohnniveau beschäftigen kann, hat das Unternehmen angekündigt, die Fähre in Estland umzuflaggen. Daraufhin hat die finnische Seeleute-Gewerkschaft (FSU) angekündigt zu streiken und Viking Line aufgefordert, auch im Falle einer **Umflaggung** das finnische Recht weiter zu beachten, die finnische Besatzung nicht zu entlassen und einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Forderungen der finnischen Gewerkschaft wurden unterstützt von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), die ihren Sitz in London hat. Daraufhin hat „Viking Line" gegen die beiden Gewerkschaften eine Unterlassungsverfügung beantragt. Auf Ersuchen des für diesen Fall zuständigen britischen Gerichts hat der EuGH in seinem Urteil vom 11. Dezember 2007 (Az.: C-438/05) festgestellt, dass *„kollektive Maßnahmen, die darauf abzielen, ein ausländisches Unternehmen zum Abschluss eines Tarifvertrags mit einer Gewerkschaft zu veranlassen, der geeignet ist, das Unternehmen davon abzubringen, von seiner Niederlassungsfreiheit Gebrauch zu machen, (...) diese Freiheit"* beschränken.

Ein weiteres Beispiel ist der Fall „**Laval/Vaxholm**". Hier handelt es sich um die lettische Gesellschaft „Laval", die Arbeitnehmer/innen aus Lettland nach Schweden entsandte, um eine Schule in der schwedischen Stadt Vaxholm zu renovieren. In Schweden wird der Mindestlohn, der dann auch für entsandte Arbeitnehmer/innen gelten soll, durch Tarifverträge festgelegt. Obwohl die schwedische Bauarbeitergewerkschaft und "Laval" verhandelt haben, unterzeichnete "Laval" einen Tarifvertrag mit der lettischen Bauarbeitergewerkschaft, was die schwedische Gewerkschaft dazu veranlasste, sämtliche Baustellen von "Laval" in Schweden zu blockieren. Zusätzlich hat sich die Elektrikergewerkschaft (Svenska Elektrikerförbundet) in Schweden dem Arbeitskampf angeschlossen. Die Gewerkschaften wurden von "Laval" auf Schadensersatz verklagt. (Az.: C-341/05) . Der EuGH hat in seinem Urteil vom 18. Dezember 2007 festgestellt *„... dass das Streikrecht zwar anzuerkennen ist und Bestandteil des Gemeinschaftsrechts darstellt. Dieses Recht könne sich jedoch nicht dem Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts und insbesondere dem Anwendungsbereich der Grundfreiheiten entziehen. Das Mindestmaß an Schutz für entsandte Arbeitnehmer/innen sei von der Entsende-Richtlinie festgelegt und jeder Versuch, durch Kollektivmaßnahmen ein Unternehmen zum Abschluss eines Tarifvertrags zu zwingen, der über den Mindestschutz der Entsende-Richtlinie hinausgeht, stelle eine*

Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit dar." (Quelle: Janeta Mileva, Dieter Dehm, Alexander Ulrich)

Für Janeta Mileva, Wissenschaftliche Referentin für Europapolitik, Dieter Dehm, und Alexander Ulrich von der Partei DIE LINKE, haben beide Urteile für das deutsche Recht eine mittelbare und eine unmittelbare Bedeutung:

Die mittelbare Bedeutung besteht darin, dass die Auslegungsurteile des EuGH Maßstäbe für die Entscheidungen der nationalen Gerichte festlegen und die Entscheidung, ob eine Einschränkung der Grundfreiheiten durch das Streikrecht vorliegt, in jedem Einzelfall nach einer Abwägung im Rahmen der sog. Verhältnismäßigkeitsprüfung erfolgt. Das bedeutet, dass die Schlussfolgerungen in den Urteilen, die sich auf die konkreten Situationen in Finnland bzw. in Schweden beziehen, auf Deutschland nicht automatisch übertragbar sind.
Zur **unmittelbaren Bedeutung** gehört auch, dass aufgrund der beiden Urteile das Argument, dass die EG im Bereich der TV und der Kollektivverhandlungen gemäß Art. 137 Abs. 5 EGV keine Kompetenzen hat, nicht mehr trägt. Die unmittelbare Bedeutung besteht darin, dass mit diesen Urteilen des EuGH die prinzipielle Einschränkungsmöglichkeit des Streikrechts zugunsten der EG-Grundfreiheiten als Grundsatz des europäischen Gemeinschaftsrechts festgeschrieben wird. Bei zukünftigen Streitigkeiten, an denen Deutschland als Partei beteiligt ist, würde dieser Grundsatz Vorrang vor dem ihm widersprechenden nationalen Recht genießen. Zudem handelt es sich aus rechtlicher Sicht bei der Ausflaggung im „Viking"-Fall um eine Situation, die mit der Situation bei Produktionsverlagerung innerhalb der EG vergleichbar ist. Damit ist durch das „Viking"-Urteil die Tür geöffnet, Arbeitskämpfe gegen transnationale Produktionsverlagerung als Eingriff in die Grundfreiheiten des Binnenmarkts und dadurch als gegen das EU-Recht verstoßend einzustufen. Dies scheint insbesondere auch vor dem Hintergrund von Standortverlagerungen und Massenentlassungen in Europa besonders problematisch, da es Gewerkschaften und Beschäftigten die Mittel nimmt, sich gegen diese Maßnahmen zur Wehr zu setzen.

In den beiden Fällen („Viking" und „Laval/Vaxholm") wird eine Abwägung zwischen Kollektivverhandlungsrechten und unternehmerischer Freiheit getroffen. Die Missachtung der demokratischen und repräsentativen Funktion der autonomen Tarifverhandlungen durch den EuGH führt nach kritischen Einschätzungen in der arbeitsrechtlichen Literatur zu einer Tarifzensur.
Im Unterschied zu Schweden ist in Deutschland der Mindestlohn nur in einigen wenigen Branchen für entsandte Arbeitnehmer/innen über das Entsendegesetz geregelt. Die „Laval"-Entscheidung ist dennoch für das deutsche Recht von Bedeutung, denn sie eröffnet die Möglichkeit zur Tarifkonkurrenz mit ausländischen Tarifverträgen: denn wenn ein Gesetz, das nach ausländischem Recht abgeschlossene Tarifverträge nicht anerkennt (was beim schwedischen Gesetz der Fall war) vom EuGH für nicht vereinbar mit dem Gemeinschaftsrecht erklärt wird, wird sich zukünftig die Frage stellen, unter welchen Voraussetzungen das deutsche Recht einen nach ausländischem Recht abgeschlossenen Tarifvertrag anerkennen muss.
Die Urteile zeigen, dass die wirtschaftlichen Grundfreiheiten zugunsten von Unternehmerfreiheiten wirken und die Arbeitnehmer den Bedingungen des Wettbewerbs weitgehend schutzlos ausliefern.
Je stärker die Wirkungen des Europäischen Rechts und die ihm entsprechenden Gerichtsurteile konkrete Auswirkungen auf die Wahrnehmung von nationalen Arbeitnehmerrechten haben, desto deutlicher wird, dass die Rede vom demokratischen, friedlichen und vor allem auch sozialen Europa der Wirklichkeit widerspricht. Dies dürfte die "Europamüdigkeit", wenn nicht sogar eine "Europaverdrossenheit" fördern.

Vor allem Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Gruppen sind gefordert, in der Bevölkerung ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Europäischen Verträge und nicht zuletzt der Vertrag von Lissabon zu einem Abbau der sozialen Rechte in ganz Europa führen und den Weg zu einem "sozialen Europa" blockieren.
Ohne die Aufnahme sozialer Grundrechte in das europäische Vertragswerk, die ein Gegengewicht gegen die Wirtschaftsfreiheiten bilden könnten und diese Freiheiten binden und eingrenzen, wird Europa sich immer stärker der anglo-amerikanischen Wirtschaftsverfassung annähern. Europa wird seine soziale Flankierung verlieren.
Es wird sich die Frage stellen, ob eine liberal geprägte europäische Wirtschaftsgemeinschaft außer für die innere und äußere Sicherheit noch einer "politischen Union" bedarf. Sie wäre nur noch eine liberale "Nachtwächter-Union". Das neoliberale Politik- und Staatsverständnis hätte sich in ganz Europa durchgesetzt.

http://www.nachdenkseiten.de/?p=3148

EU-Arbeitszeitrichtlinie ist historischer Rückschritt

Die Attac-AG Arbeitfairteilen fordert vom Europäischen Parlament: Arbeitsumfairteilung und 30-Stunden-Woche für Europa!

13.06.08 Angesichts von mehr als 20 Millionen erwerbslosen Menschen in den Ländern der Europäischen Union wäre es zynisch, die gesetzliche Arbeitszeit zu verlängern, statt die Arbeit und die Arbeitszeit unter all jenen zu fairteilen, die arbeiten wollen und arbeiten können. Die vor wenigen Tagen mit Zustimmung der deutschen Bundesregierung und des SPD-Arbeitsministers Olaf Scholz verabschiedete EU-Arbeitszeitrichtlinie ist bereits im Ministerrat auf Widerspruch der Regierungen von Belgien, Griechenland, Spanien, Ungarn und Zypern gestoßen. Der Widerspruch ist begründet und berechtigt, weil eine regelmäßige Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche plus vieler Ausnahmeregelungen mit Arbeitszeiten von bis zu 12 Stunden täglich und 78 Stunden pro Woche – oft ohne zusätzliche Vergütung – ein historischer Rückschritt wären. Diese sozialpolitische Rolle Rückwärts des Ministerrates führt zu mehr Armut und zu mehr Erwerbslosen innerhalb der EU. Mehr Menschen werden sich von der Idee eines geeinten, sozialen und friedlichen Europas abwenden, nationalistische Strömungen werden auch dadurch gestärkt.
Am Beispiel der Arbeitszeitrichtlinie wird deutlich, dass Maßnahmen der EU nicht „anonym" „aus Brüssel" kommen, sondern durch die Mitglieder der deutschen Bundesregierung forciert, mindestens aber getragen werden.

Stephan Krull von der Attac-Arbeitsgruppe Arbeitfairteilen sagt dazu: *„Ohne Zustimmung des Europäischen Parlamentes kann diese Richtlinie nicht in Kraft treten. Das Europäische Parlament kann und muss diesen sozialen Rückschritt stoppen und eigene Konzepte vorlegen, die eine fairteilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen, Älteren und Jüngeren, Erwerbstätigen und Erwerbslosen beinhaltet. Dazu gehört vor allem eine Begrenzung und Reduzierung der Arbeitszeit, nach unseren Berechnungen und Vorschlägen auf zunächst durchschnittlich 30 Stunden pro Woche bei nach sozialen Kriterien gestaffeltem Lohnausgleich."*
Die Attac-AG fordert die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes auf, eine solche Initiative zu starten und der Vorlage des Ministerrates eine eindeutige Absage zu erteilen. Weiter wird sich die AG mit Freunden in Europa darüber verständigen, für dieses Ziel gemeinsame Aktionen zu initiieren. Wir unterstützen die Gewerkschaften und suchen die Zusammenarbeit mit ihnen, die ihren Widerspruch zu den Plänen des Rates der Arbeitsminister formuliert haben und ermuntern diese, es nicht bei verbalem Protest zu belassen.

http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/detailansicht/datum/2008/06/13/eu-arbeitszeitrichtlinie-ist-historischer-rueckschritt/?cHash=9d4c3bf681

Evo Morales Ayma

Präsident der Republik Bolivien

Die "Abschiebe-Richtlinie" ist eine Direktive der Schande!

Bis Ende des Zweiten Weltkrieges war Europa ein Kontinent der Emigration. Dutzende Millionen Europäer gingen nach Amerika, als Kolonisten, auf der Flucht vor Hunger, Finanzkrisen, Kriegen oder vor den europäischen totalitären Regimen und der Verfolgung ethnischer Minderheiten.
Heute verfolge ich mit Besorgnis die Verhandlung der sogenannten "Abschiebe-Richtlinie". Der Text, am 5. Juni durch die Innenminister der 27 Länder der Europäischen Union in Kraft gesetzt, soll am 18. Juni im Europäischen Parlament zur Abstimmung stehen.
Ich bin sicher, dass er auf drastische Weise die Voraussetzungen für die Inhaftierung und Ausweisung der Migranten ohne Papiere verschärft, wie lange sie sich auch schon in den europäischen Ländern aufhalten mögen und ungeachtet ihrer Arbeitssituation, ihrer familiären Beziehungen, ihres Integrationswillens und ihrer Integrationsfortschritte.

In die Länder Lateinamerikas und nach Nordamerika gelangten die Europäer in Massen, ohne Visa und ohne Bedingungen, die ihnen von den Behörden gestellt wurden. Sie waren stets willkommen und sie sind es weiterhin in unseren Ländern des amerikanischen Kontinents, die damals das wirtschaftliche Elend Europas und seine politischen Krisen aufgenommen haben. Sie kamen auf unseren Kontinent, um Reichtümer auszubeuten und nach Europa zu schicken, und das hatte einen hohen Preis für die Urbevölkerungen Amerikas, wie im Falle unseres Cerro Rico (Reicher Berg) von Potosí und seiner berühmten Silberminen, die dem europäischen Kontinent seit dem 16. bis zum 19. Jahrhundert Münzmaterial lieferten. Die Person, die Güter und die Rechte der europäischen Migranten wurden immer respektiert.

Heute ist die Europäische Union das Hauptziel der Migranten der Welt, und das auf Grund ihres positiven Rufes als ein Bereich von Prosperität und öffentlichen Freiheiten. Die große Mehrheit der Migranten kommt in die EU, um zu dieser Prosperität beizutragen, nicht um sich ihrer zu bedienen. Sie üben Beschäftigungen aus bei den öffentlichen Arbeiten, beim Bau, in den persönlichen Dienstleistungen und Krankenhäusern, die die Europäer nicht ausüben können oder wollen. Sie tragen bei zu der demographischen Dynamik des europäischen Kontinents, zur Aufrechterhaltung des notwendigen Verhältnisses zwischen aktiven und passiven Arbeitskräften, das seine großzügigen sozialen Systeme möglich macht, und dynamisieren den inneren Markt und den sozialen Zusammenhalt. Die Migranten bilden eine Lösung für die demographischen und finanziellen Probleme der EU.

Für uns stellen unsere Migranten eine Hilfe zur Entwicklung dar, die uns die Europäer nicht geben - da ja nur wenige Länder tatsächlich das Minimalziel von 0,7% ihres BIP für die Entwicklungshilfe erreichen. Lateinamerika erhielt 2006 68 Mrd. Dollar Geldüberweisungen von Migranten, das ist mehr als die Gesamtheit der ausländischen Investitionen in unseren Ländern. In der gesamten Welt erreichen diese Rücküberweisungen 300 Mrd. Dollar, sie übersteigen die 104 Mrd. Dollar, die als Entwicklungshilfe gewährt werden. Mein eigenes Land, Bolivien, empfing mehr als 10% seines BIP in Migrantenüberweisungen (1,1 Mrd. Dollar) oder ein Drittel unserer jährlichen Gasexporte. Das heißt die Migrantenflüsse sind von Vorteil vor allem für die Europäer und nur marginal für uns in der Dritten Welt, da wir Millionen unserer qualifizierten Arbeitskräfte verlieren, in die unsere Staaten, obwohl sie arm sind, auf die eine oder andere Weise menschliche und finanzielle Ressourcen investiert haben.

Leider kompliziert die "Abschiebe-Richtlinie" diese Realität in erschreckender Weise. Wenn wir davon ausgehen, dass jeder Staat oder jede Staatengruppe ihre Migrationspolitik in voller Souveränität definieren kann, können wir nicht akzeptieren, dass unseren Mitbürgern und lateinamerikanischen Brüdern die Grundrechte der Menschen verweigert werden. Die "Abschiebe-Richtlinie" sieht die Möglichkeit der Einkerkerung der Migranten ohne Papiere bis zu 18 Monate vor ihrer Ausweisung vor - oder ihrer "Entfernung", wie der Terminus der Direktive lautet. 18 Monate! Ohne Urteil und Gerechtigkeit! So wie der Entwurf des Textes der Richtlinie heute ist, verletzt sie eindeutig die Artikel 2,3,5,6,7,8 und 9 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948.
Im Einzelnen besagt der Artikel 13 dieser Erklärung:
"1. Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.
2. Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren."
Und was das Schlimmste ist, es besteht die Möglichkeit, Familienmütter und Minderjährige, ohne ihre familiäre oder schulische Situation zu berücksichtigen, in diesen Internierungszentren einzusperren, in denen es, wie wir wissen, zu Depressionen, Hungerstreiks, Selbstmorden kommt.

Wie können wir, ohne darauf zu reagieren, akzeptieren, dass Mitbürger und lateinamerikanische Brüder ohne Papiere, von denen die große Mehrheit seit Jahren dort gearbeitet und sich integriert haben, in Lagern konzentriert werden? Auf welcher Seite besteht heute die Pflicht zu humanitärer Einmischung? Wo ist die "Bewegungsfreiheit", der Schutz gegen willkürliche Haft?

Parallel dazu versucht die Europäische Union die Andine Gemeinschaft der Nationen (Bolivien, Kolumbien, Ekuador und Peru) davon zu überzeugen, ein "Assoziierungsabkommen" zu unterzeichnen, das als seinen dritten Pfeiler einen Freihandelsvertrag einschließt, von gleichem Charakter und Inhalt wie die, die die Vereinigten Staaten aufzwingen.
Wir stehen unter intensivem Druck der Europäischen Kommission, Bedingungen der vollständigen Liberalisierung im Handel, in den Finanzdienstleistungen, beim intellektuellen Eigentum und in unseren öffentlichen Diensten zu akzeptieren.
Außerdem bedrängt man uns unter dem Vorwand des "juristischen Schutzes" wegen der Nationalisierung von Wasser, Gas und Telekommunikation, die wir am Internationalen Tag der Werktätigen vorgenommen haben. Ich frage in diesem Fall: Wo ist die "juristische Sicherheit" für unsere Frauen, unsere Jugendlichen, Kinder und Werktätigen, die in Europa bessere Aussichten suchen? Die Freiheit der Warenbewegungen und der Finanzzirkulation fördern, während wir demgegenüber Gefängnis ohne Urteil für unsere Brüder sehen, die sich frei zu bewegen versuchten ... Das heißt die Grundlagen der Freiheit und der demokratischen Rechte negieren.

Unter diesen Umständen, wenn diese "Abschiebe-Richtlinie" verabschiedet wird, stehen wir vor der ethischen Unmöglichkeit, die Verhandlungen mit der Europäischen Union zu vertiefen, und wir behalten uns das Recht vor, für die europäischen Bürger die gleichen Visapflichten festzulegen, die sie den Bolivianern seit dem 1. April 2007 auferlegen, entsprechend dem diplomatischen Prinzip der Reziprozität. Wir haben es bisher nicht wahrgenommen, weil wir auf günstige Signale von der EU gehofft haben.

Die Welt, ihre Kontinente, ihre Ozeane und ihre Pole stecken in bedeutenden globalen Schwierigkeiten: die globale Erwärmung, die Verschmutzung, das langsame, aber sichere Zu-Ende-Gehen der energetischen Ressourcen und der Biodiversität, während Hunger und Armut in allen Ländern an-

wachsen und unsere Gesellschaften schwächen. Aus den Migranten, ob mit oder ohne Papiere, die Sündenböcke für diese globalen Probleme zu machen ist keine Lösung. Es hat keine Entsprechung in der Realität. Die Probleme des sozialen Zusammenhalts, unter denen Europa leidet, sind nicht Schuld der Migranten, sondern Ergebnis des durch den Norden aufgezwungenen Entwicklungsmodells, das den Planeten zerstört und die Gesellschaften der Menschen zerstückelt.

Im Namen des Volkes von Bolivien, aller meiner Brüder auf dem Kontinent und in Regionen der Erde wie dem Maghreb und den Ländern Afrikas richte ich einen Appell an das Gewissen der führenden europäischen Politiker und Abgeordneten, der Völker, Bürger und aktiven Kräfte Europas, die "Abschiebe-Richtlinie" nicht zu verabschieden. So wie sie uns heute vorliegt, ist es eine Direktive der Schande.
Ich appelliere auch an die Europäische Union, in den nächsten Monaten eine Migrationspolitik zu erarbeiten, die die Menschenrechte respektiert, die es ermöglicht, diese vorteilhafte Dynamik zwischen den beiden Kontinenten zu erhalten und ein für allemal die gewaltigen historischen, wirtschaftlichen und ökologischen Schulden zu wiedergutmachen, die die Länder Europas gegenüber einem großen Teil der Dritten Welt haben, und die immer noch offenen Adern Lateinamerikas für immer zu schließen. Sie dürfen heute mit ihrer "Integrationspolitik" nicht versagen, wie sie mit ihrer angeblichen "zivilisatorischen Mission" in der Zeit der Kolonien gescheitert sind.
Nehmen Sie alle, Regierungsvertreter, Europarlamentarier, Compañeras und Compañeros, brüderliche Grüße aus Bolivien entgegen. Und ganz besonders unsere Solidarität mit allen "Illegalen".

Attac Deutschland kritisiert Abschieberichtlinie als inhuman

Erpressbarkeit illegal Beschäftigter erhöht Druck auf Löhne

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac kritisiert scharf, dass das europäische Parlament die Abschieberichtlinie trotz zahlreicher Appelle verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen verabschiedet hat. *"Die Richtlinie verletzt jegliche humanitäre und rechtsstaatliche Mindeststandards",* sagte Kerstin Sack vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Die Richtlinie sieht vor, dass Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis bis zu 18 Monate in Abschiebehaft genommen werden können, ohne dagegen Rechtsmittel einlegen zu können. Auch unbegleitete Kinder und Jugendliche dürfen künftig inhaftiert und abgeschoben werden.

"Zahlreiche als illegal geltende Migrantinnen und Migranten leben seit vielen Jahren in der EU und leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für die europäischen Gesellschaften - und das meist zu Dumpinglöhnen", betonte Kerstin Sack. Die neue Richtlinie verstärke vor allem die Erpressbarkeit der illegal beschäftigten Menschen durch ihre Arbeitgeber und trage so letztlich dazu bei, den Druck auf die Löhne auch auf dem legalen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Attac unterstützt die Position des bolivianischen Präsidenten Evo Morales, der in einem offenen Brief an die EU-Abgeordneten appelliert hat, die Richtlinie nicht zu verabschieden. In seinem Aufruf weist Evo Morales unter anderem darauf hin, dass die EU im Interesse der europäischen Konzerne starken Druck auf die Anden-Länder in Südamerika ausübt, Freihandelsverträge mit der EU abzuschließen. *"Der bolivianische Präsident kritisiert zu Recht den Widerspruch, den es bedeutet, auf der einen Seite die vollkommene Freiheit der Waren- und Finanzbewegungen zu fordern, Menschen diese Bewegungsfreiheit aber nicht zuzugestehen"*, stellte Kerstin Sack fest. *"Von dieser einseitigen Globalisierung der Waren- und Finanzmärkte profitieren vor allem die Konzerne und Reichen - auf* Kosten der Mehrheit der Menschen." Die EU müsse den Ländern des Südens endlich eine Wirtschaftspolitik im Interesse der dort lebenden Menschen ermöglichen und aufhören, sie zu weit reichenden Freihandelsabkommen zu zwingen.

Attac fordert die europäischen Politiker auf, den Aufenthalt der in der EU lebenden Migrantinnen und Migranten zu legalisieren, statt immer höhere Mauern um die "Festung Europa" zu ziehen.

Für Rückfragen:
Kerstin Sack, Attac-Koordinierungskreis

http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/detailansicht/datum/2008/06/18/attac-kritisiert-abschieberichtlinie-als-inhuman-1/?cHash=8804552f12

Europäische Kirchen kritisieren geplante EU-Abschieberichtlinie

Brüssel, 6. Juni 2008 (epd, Auszug).
Die Realität vieler Migranten und Flüchtlinge in den EU-Staaten werde darin nicht berücksichtigt, erklärten katholische, protestantische, anglikanische und andere Geistliche am Freitag in Brüssel. Problematisch sei unter anderem, dass die Abschiebehaft künftig bis zu 18 Monate dauern dürfe, hieß es.
Die Kirchen teilten die Forderung der europäischen Regierungen und Bürger nach Rechtsstaatlichkeit, hieß es. Es gelte jedoch, die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten. Unterzeichner der Erklärung waren die ökumenische "Konferenz europäischer Kirchen", die katholische EU-Bischofskonferenz, Caritas Europa sowie die "Kommission der Kirchen für Migranten in Europa". (06852/6.6.2008)

PRO ASYL startet Kampagne:

Stoppt das Sterben!

Aufruf: Jahr für Jahr Tausende Tote an Europas Grenzen: Stoppt das Sterben!

Auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben sterben Tausende Flüchtlinge und Migranten an Europas Grenzen. Es sind Menschen, die durch Kriege, Verfolgungen, Gewalt und elende Existenzbedingungen aus ihrer Heimat vertrieben werden. Auf der Flucht drängen sie sich in winzigen Booten zusammen, verstecken sich in Lastwagen, kampieren in provisorischen Lagern oder vor hochgerüsteten Grenzanlagen. Häufig ertrinken, verdursten oder ersticken sie. Viele sterben an Erschöpfung.
Deutschland und die anderen EU-Staaten reagieren auf die Schutzsuchenden an den Außengrenzen mit massiver Aufrüstung und Abschreckung.

Wir fordern:
- Stoppt das Sterben! Menschenrechtswidrige FRONTEX-Einsätze sind einzustellen!
- Menschenleben müssen gerettet werden. Wenn jemand vor unseren Augen zu ertrinken droht, müssen wir helfen.
- Flüchtlinge müssen geschützt werden. Der Zugang zu einem fairen Asylverfahren in Europa ist zu gewährleisten. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.

Kampagnen-Internetseite:
www.stoppt-das-sterben-eu

Online unterschreiben:
Die Unterschriften sollen zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2008 dem Europäischen Parlament übergeben werden.

http://www.proasyl.de/

Kerstin Sack

Gipfel der Völker – Tribunal gegen europäische Konzerne

"Enlanzando Alternativas 3" und EULAC-Gipfel in Lima, Mai 2008

Das Treffen von „Enlazando Alternativas 3“ in Lima kann als Erfolg bezeichnet werden. Obwohl bis 10 Tage vor dem Treffen noch keine Räume vorhanden waren, kamen 8.000 TeilnehmerInnen zu dem alternativen Gipfel. Die Regierung und Presse hatten im Vorlauf die VeranstalterInnen beschuldigt, terroristisch zu sein, und versucht, das Treffen insgesamt zu verhindern. Sehr kurzfristig hat der Rektor der Universität für Ingenieurwissenschaften die Räume der Universität zur Verfügung gestellt. Unterstützt wurde dies durch die engagierte Studentenschaft.
Das offizielle Treffen der Regierungsvertreter der EU und Lateinamerikas wurde insgesamt durch 95.000 Militär- und Polizeikräfte gesichert, die Innenstadt hermetisch abgeriegelt und ein dreitägiges Arbeitsverbot vor allem für die zahlreichen mobilen Händler angeordnet. Der Bevölkerung wurde empfohlen, die Stadt für die Zeit des Gipfels zu verlassen. Die Maßnahmen führten unter anderem zu einem mehrtägigen Verkehrschaos in Lima.

Enlazando Alternativas 3 (EA3) setzte sich aus verschiedenen Bausteinen zusammen: Die Versammlungen der Jugendlichen, Frauen, Indigenen und Gewerkschaften, dem Tribunal gegen europäische Konzerne, zahlreichen Workshops und Seminaren, Kulturveranstaltungen, Markt der solidarischen Ökonomie sowie einer öffentlichen Abschlussveranstaltung. Im kleineren Kreisen fanden in den folgenden Tagen Auswertungstreffen sowie weitere Planungen der Arbeit statt.
Themen beim Alternativen Gipfel waren unter anderem die Beziehungen und geplanten Abkommen zwischen Lateinamerika und Europa, der Klimawandel und die Rolle der Agrotreibstoffe, Alternativen zur neoliberalen Politik, Migration, Rechte der Indígenas sowie die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen.

Alle Veranstaltungen wurden sehr gut besucht und führten zu zahlreichen Kontakten zwischen den Menschen aus unterschiedlichen Ländern. Vor allem von PeruanerInnen, die den größten Anteil der TeilnehmerInnen darstellten, wurde immer wieder betont, dass es für sie wichtig sei, sich mit Menschen aus anderen Ländern auszutauschen. Vor allem für die aus den ländlichen Gebieten Kommenden war dies eine neue Erfahrung.
Die TeilnehmerInnen waren Ausdruck der immer größer werdenden Sozialen Bewegungen in Lateinamerika, in der vor allem Frauen, Indigene und Jugendliche eine tragende Rolle spielen. Allerdings waren auch in Lima zahlreiche Gruppen und Parteien vertreten, die der traditionellen Linken zuzurechnen sind. Die Teilnahme aus Europa war eher gering, vor allem aus Deutschland nahmen nur wenige (Menschen, Organisationen) teil.
Von den PeruanerInnen wurde „Enlazando Alternativas 3“ vor allem deshalb als Erfolg bezeichnet, weil der einjährige Prozess der Vorbereitung zu einer Annäherung der verschiedenen AkteurInnen geführt hätte. Die traditionell eher zerstrittenen Linke/Sozialen Bewegungen mussten, um das Projekt nicht zu gefährden, Kompromisse eingehen und die Meinungsvielfalt akzeptieren.

Das Tribunal zeigte am Beispiel von 21 Konzernen auf, in welcher Weise die europäischen Konzerne in Lateinamerika agieren und für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen sowie Umweltverschmutzungen verantwortlich sind. Thyssen-Krupp und ein Stahlwerk in Brasilien sowie die Firma Bayer waren auch Gegenstand des Tribunals. Von Seiten der Betroffenen wurde der Wunsch geäußert, dass sich Gruppen aus Deutschland sich mit ihnen in Verbindung setzen und sie unterstützen. Mit dem Tribunal soll konkret aufgezeigt werden, welche Auswirkungen Transnationale Konzerne haben und wie die Institutionen wie IWF, Weltbank aber auch die Politik der EU die Arbeit der Konzerne fördern. Dabei wird deutlich, dass die EU nicht an der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in Lateinamerika interessiert sind, sondern sich für die Interessen der Konzerne im Rahmen der „Global Europe Strategie“ einsetzen. Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten ist oberstes Gebot. Deutlich wurde auch, dass die Aktivitäten der Konzerne auch durch die Unterstützung von Politik und Paramilitär in Lateinamerika abgesichert wird. Das Tribunal verurteilte symbolisch die Konzerne und die Politik der EU und forderte einen Schutz der elementaren Versorgungseinrichtungen und Ressourcen vor Privatisierung und dem gesicherten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Zugang zu Wasser, Boden, Saatgut. Damit verbunden auch die Forderung nach der Einhaltung der Menschenrechte, Arbeits- und Umweltschutz, sowie Schutz der indigenen Völker.

Das offizielle Treffen EULAC

Das offizielle Treffen der RegierungsvertreterInnen der EU und Lateinamerikas kam erwartungsgemäß zu keinen konkreten Ergebnissen. Die EU, und vor allem auch die Bundesregierung, vertreten weiterhin marktfundamentalistische Positionen und damit die Öffnung der Märkte Lateinamerikas für Europa. Eine Öffnung der europäischen Märkte für lateinamerikanische Produkte ist jedoch nicht vorgesehen. Das, was die WTO-Verhandlungen nicht erreichen, sollen nun durch Verträge mit einzelnen Blöcken (siehe auch EPAs) erreicht werden. Öffentliche Dienstleistungen und Unternehmen sollen privatisiert oder sich zumindest für PPP (Public-Private-Partnership) öffnen. Mit dem MERCOSUR kam es zu keinen Vereinbarungen, mit dem CAN zu Verabredungen von sogenannten „flexiblen“ Vereinbarungen. Das bedeutet, dass Vereinbarungen mit den vier Ländern nicht gleichzeitig getroffen werden müsssen, sondern auch „zeitversetzt“ abgeschlossen werden können. Damit ist die Spaltung von CAN verhindert worden. In diesem Bündnis vertreten jeweils zwei Regierungen völlig unterschiedliche politische Konzepte. Während Ecuador und Bolivien Marktöffnungen in der vorgeschlagenen Form ablehnen, stehen Kolumbien und Peru diesen offen gegenüber. Zwischen Peru und Deutschland wurden bilaterale Wirtschaftsvereinbarungen getroffen.

Damit stellt sich die Frage der Zukunft dieser Verhandlungen, zumal China aber auch Russland immer stärker in Lateinamerika investieren, ohne dafür politische Bedingungen zu stellen. Es ist davon auszugehen, dass in Zukunft mehr auf bilaterale Verträge gesetzt wird. Aber auch dabei dürften für die Interessen der EU keine guten Aussichten bestehen, da es kaum Regierungen in Südamerika gibt, die daran interessiert sind. Was nicht damit gleichzusetzen ist, dass es kein Interesse an einer Zusammenarbeit und wirtschaftlichem Austausch gibt. Aber auf der Grundlage gleichberechtigter Beziehungen.

Begleitendes Thema waren die politischen Spannungen innerhalb Südamerikas, wie zwischen Kolumbien, Venezuela und Ecuador, wegen dem Vorwurf Kolumbiens an die beiden Regierungen, die FARC zu unterstützen. Zeitlich passend zu dem Treffen wurden Erkenntnisse von Interpol veröffentlicht, die das belegen sollen. Auf dem Alternativengipfel wurden solche Aktivitäten als einer von vielen Versuchen interpretiert, sowohl die sozialen Bewegungen wie auch die Linken und fortschrittlichen Regierungen zu diffamieren und zu kriminalisieren.

Alain Garcia konnte sich innerhalb von Peru als glanzvoller Gastgeber darstellen.

Die Medien begleiteten den gesamten Gipfel sehr stark, um immer wieder zu betonen, dass dies der einzig legitime Gipfel sei, da dort die gewählten PolitikerInnen vertreten seien. Während auf dem Gipfel der Solidarität die TeilnehmerInnen keine Legitimation hätten. Trotzdem wurde aber auch in gewissem Umfang über den Alternativengipfel berichtet. Vor allem in der linken Presse (La Primera z.B.) wurde breit berichtet.

Für Peru bedeutet diese breite Berichterstattung und die damit verbundenen politischen Differenzen eine große Öffentlichkeit für das Thema der Verhandlungen, und damit auch eine Verbreitung der Kritik an der neoliberalen Politik.

Perspektiven

Auch bei dem nächsten Treffen 2008 in Madrid soll es wieder ein Tribunal sowie einen Parallelgipfel geben. Dazu wird es wie bisher Treffen bei verschiedenen Anlässen geben (Europäisches Sozialforum, Weltsozialforum usw.). Vorgeschlagen wurde eine Untersuchung über die quantitativen Aktivitäten von EU-Konzernen in Lateinamerika. Insbesondere soll versucht werden, weitere AkteurInnen zur Mitarbeit zu motivieren bzw. die Fälle des Tribunals weiter zu begleiten und in den jeweiligen Ländern eine Öffentlichkeit herzustellen. Die bessere Beteiligung von Gewerkschaften wäre auch wünschenswert.

Die geringe Beteiligung von europäischer Seite könnte an der mangelnden Vermittlung der jeweiligen Betroffenheit liegen. So sind die Nachteile für die lateinamerikanische Seite deutlich gemacht worden, es fehlt jedoch (wie meiner Meinung nach bei der EPA-Kampagne auch) das Aufzeigen der Auswirkungen für die europäische Seite (VerbraucherInnen, Beschäftigte, Ökologie). Darüber hinaus gibt es in Lateinamerika durchaus den Bedarf nach Auslandsinvestitionen (auch von internationalen Konzernen). Hier wäre es notwendig, positive Beispiele zu dokumentieren (neue Verträge in Bolivien, Venezuela, Joint Ventures in Cuba). Dies wäre auch im Sinne vom Aufzeigen von Alternativen erforderlich.

Die Konflikte zwischen der EU und Lateinamerika werden in nächster Zeit vermutlich zunehmen. So zeigt die Reaktion der lateinamerikanischen Länder auf die Abschieberichtlinie der EU, dass die Regierungen Lateinamerikas selbstbewusster geworden sind und sich nicht dem Diktat der neoliberalen Akteure unterwirft. So drohten die Mitglieder des UNASUR sowie anderer regionalen Bündnisse mit einem Stopp der Verhandlungen mit der EU, wenn die Richtlinie nicht zurückgenommen würde. Die Kritik der Richtlinie wird mit einer allgemeinen Kritik an der Richtung der Politik der EU verbunden, die sich von einem Wohlfahrtsmodell verabschieden würde. Das zeige nicht zuletzt die Direktive zum Arbeitsschutz, die 60 Stunden in der Woche als Arbeitszeit zulasse. Während die EU immer konsequenter neoliberale Politik in Europa durchsetzt, gibt es immer mehr Regierungen in Lateinamerika, die sich von dieser Politik verabschieden und in eine andere Richtung steuern. Der Gipfel *Enlazando Alternativas 4* der 2010 in Madrid stattfinden wird, eröffnet die Möglichkeit auch innerhalb Europas die Alternativen Lateinamerikas zu diskutieren und den Prozess hin zu einem anderen Europa zu stärken.

Kerstin Sack ist Mitglied vom Koordinierungskreis von attac Deutschland und der AG Lateinamerika

Attac Lateinamerika-Kongress 31.10. bis 2.11.2008 , Mannheim

In Lateinamerika ist in den vergangenen Jahren viel in Bewegung geraten. Ansätze partizipativer Demokratie wie die neuen Verfassungen und partizipative Haushalte, Projekte Solidarischer Ökonomie wie selbstverwaltete Betriebe, Alternative Medien wie Basisradios und der Fernsehsender TeleSur, die Rücknahme von Privatisierungen, Landreformen, Bildungs- und Gesundheitsreformen zum Wohle der Bevölkerung, neue Wege ökologischer Nachhaltigkeit, internationale, emanzipatorische Projekte wie ALBA und die Bank des Südens, die Alternativen zu Freihandel und globalen Institutionen wie IWF und Weltbank darstellen, sind auch das Ergebnis der vielfältigen Aktivitäten sozialer Bewegungen und haben diesen gleichzeitig neuen Auftrieb gegeben.

Entsprechend hat sich auch die Solidaritätsarbeit in Deutschland in Richtung einer Solidarität als „Zweibahnstraße“ verändert, in der es nicht mehr nur darum geht, die Bewegungen in Lateinamerika zu unterstützen, sondern auch darum, von den neuen Wegen, die dort gegangen werden, zu lernen für unsere Auseinandersetzungen und Kämpfe hier.
Auf dem Kongress möchten uns mit den lateinamerikanischen Alternativen zur neoliberalen Globalisierung beschäftigen und damit Ansätze für Alternativen hier entwickeln.
Themen:
Constituyentes/ Neue Verfassungen
Ökonomische Süd-Süd-Kooperationen
Soziales Eigentum
Energie und Klimaschutz
Medien und Berichterstattung
http://www.attac-netzwerk.de/ag-lateinamerika/startseite/



Lateinamerikanische Alternativen zum Neoliberalismus

»1994 erscholl in Mexiko der Ruf der Zapatistas: ›Ya basta!‹ ›Es reicht!‹, und es scheint, dass dieser Ruf nicht ungehört geblieben ist. In den letzten zehn Jahren ist eine Regierung nach der anderen abgewählt worden, die sich dem Neoliberalismus verschrieben hatte. Dies hat die politische Landkarte Lateinamerikas deutlich verändert. Der Neoliberalismus ist dort in die Defensive geraten und nicht nur das: Der Kapitalismus an sich wird nicht mehr als alternativlos hingenommen. Dass dies ist überhaupt möglich gewesen ist, ist ein Verdienst der sozialen Bewegungen, die sich in vielen lateinamerikanischen Ländern für eine Veränderung eingesetzt haben – wie z.B. diejenige der Landlosen in Brasilien, der Arbeitslosen in Argentinien oder der Indigenen in Bolivien.

Aufgrund der hohen Bedeutung historischer Ereignisse für progressive Prozesse im heutigen Lateinamerika beginnt dieses Buch mit einem geschichtlichen Abriss. Dabei geht es allerdings nicht darum, die lateinamerikanische Geschichte vollständig darzustellen, sondern exemplarisch einige Ereignisse herauszugreifen, die verdeutlichen, welche Ereignisse, Prozesse und Entwicklungen von der Kolonialisierung durch Spanien und Portugal bis in die neoliberale Welle des späten 20. Jahrhunderts eine bedeutende Rolle spielten.
In den beiden folgenden Kapiteln werden die Instrumente der neoliberalen Politik und deren Auswirkungen in Lateinamerika sowie ökologische Folgen der Globalisierung in dieser Region - so z.B. die Auswirkungen der Agrokraftstoffproduktion - dargestellt. Kapitel 4 und 5 widmen sich den lateinamerikanischen Gegenbewegungen und dort entwickelten Alternativen zum globalen Kapitalismus und Freihandel. Dabei wird unter anderen auf die Bewegung gegen die Gesamtamerikanische Freihandelszone und alternative Ansätze zur lateinamerikanischen Integration wie ALBA und die Bank des Südens sowie Konzepte solidarischer Ökonomie eingegangen.
Das Buch schließt mit einer Auseinandersetzung mit der heutigen Bedeutung von Internationalismus, wobei es u.a. um das Bündnis "Enlazando Alternativas " und weitere Möglichkeiten, sich - zwischen Europa und Lateinamerika – zu vernetzen und voneinander zu lernen.

Tobias Pflüger

Ein weiterer Grund, weshalb so verzweifelt am Lissabonner Vertrag festgehalten werden soll

Sarkozy's Pläne für die Militarisierung der EU

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy übernimmt für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Das irische »No« behindert vorerst seine Pläne zur Militarisierung und Machtkonzentration in der Union

Der Presse wurde eine E-Mail eines hohen irischen Regierungsbeamten zugespielt, der zufolge die dortige Regierung eigentlich das Referendum über den Vertrag von Lissabon gerne erst im Herbst abgehalten hätte: *»Aber das Risiko von kontraproduktiven Entwicklungen während der französischen Ratspräsidentschaft war zu groß – insbesondere was den Bereich der EU-Verteidigungspolitik anbelangt*«, wird der Regierungsbeamte zitiert.(1)

Dass Präsident Nicolas Sarkozy für allerlei böse Überraschungen gut ist, hat sich in der französischen Bevölkerung bereits herumgesprochen, nicht zuletzt der von ihm verantwortete Sozialabbau hat seine Zustimmungswerte auf historische Tiefstände sinken lassen.
Davon gänzlich unbeeindruckt holt der französische Selbstdarsteller nun auch auf EU-Ebene zum großen Wurf aus.
Die Gelegenheit hierfür ist günstig, denn Frankreich übernimmt ab heute für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Insbesondere für den Bereich der »Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (ESVP) hat sich Sarkozy offensichtlich einiges vorgenommen.

Nun hat die Vorverlegung des einzigen Referendums zum EU-Verfassungsvertrag der irischen Regierung bekanntlich nichts genutzt. Am 12. Juni lehnte die Bevölkerung den Vertrag von Lissabon erfreulicherweise ab. Mit dem irischen »No« wurden die Ambitionen diverser europäischer Regierungen, die EU zu einer Militärunion zu machen, in die Schranken gewiesen. Doch da die Fortentwicklung der EU-Militärpolitik ein ganz wesentliches Projekt der EU-Eliten ist, wird nun auch ohne neuen Vertrag weitergemacht: *»Wir wollen die europäische Verteidigung voranbringen, was auch immer die Zukunft des Lissabon-Vertrags ist«,* betonte Sarkozy im europäischen Onlinemagazin Europolitan am 18. Juni. Die französische Ratspräsidentschaft werde *»die erste Etappe einer echten Wiederbelebung bei der europäischen Verteidigung in den kommenden Jahren sein«.*

Die Vorhaben der französischen EU-Ratspräsidentschaft reichen von einer deutlichen Intensivierung der Beziehungen zwischen EU und NATO bis hin zu konkreten Rüstungsprojekten. Darüber hinaus beabsichtigt man unter dem Schlagwort »Global Europe« eine wirtschafts- und militärpolitische Großoffensive zu starten. Und die französische Ratspräsidentschaft will auch das Kernprojekt, den Vertrag von Lissabon, weiter implementieren.

Frankreich gehört neben Deutschland zu den wesentlichen Verfechtern des »Weiter so«. Der Ratifizierungsprozeß soll weitergehen, obwohl der Vertrag von Lissabon durch das irische Referendum eigentlich versenkt worden ist.
Aber der Respekt vor dem Souverän, der Bevölkerung, war noch nie Sache der EU-Eliten. Geplant war – und daran hält man einfach fest –, dass während der französischen Ratspräsidentschaft der noch nicht ratifizierte Vertrag einfach in Teilbereichen – vor allem im Militärbereich – schon umgesetzt werden sollte. In einem Anfang Juni veröffentlichten Planungsdokument hieß es noch, man beabsichtige, *»die notwendigen Vorarbeiten voranzubringen, damit der Vertrag reibungslos und rechtzeitig umgesetzt und ab seinem Inkrafttreten in vollem Umfang angewandt werden kann«.*

Dank der irischen Bevölkerung und der hervorragenden Arbeit der CAEUC (Campaign Against the EU Constitution) muß sich die französische Regierung nun zwangsweise um das Mangelmanagement kümmern, um den Vertrag doch noch auf die eine oder andere Weise durchzuboxen. Derzeit werden hierfür verschiedene Optionen diskutiert – die Vorschläge reichen von der Herausbildung eines Kerneuropas bis hin zum Rausschmiß Irlands aus der EU. Am wahrscheinlichsten ist gegenwärtig jedoch, dass der Vertrag der irischen Bevölkerung einfach noch einmal zur Abstimmung vorgelegt wird, entweder mit einigen kosmetischen Änderungen oder in Kombination mit der Frage nach der EU-Mitgliedschaft Irlands. Eine endgültige Entscheidung zum weiteren Verfahren wird bis zum nächsten Gipfel Mitte Oktober vorbereitet.

Hier offenbart sich einmal mehr das dubiose Demokratieverständnis der EU-Eliten. Anstatt die Entscheidung der irischen Bevölkerung zu respektieren, scheint man so lange Abstimmen lassen zu wollen, bis das Ergebnis den Regierenden in den EU-Mitgliedstaaten, dem EU-Rat, der EU-Kommission und der Mehrheit im EU-Parlament endlich paßt. Dieses Vorgehen wurde Ende 2002 bereits nach dem irischen »No« gegen den Vertrag von Nizza im Mai 2001 praktiziert.

Formal korrekt rüsten

Die Ursache für dieses krampfhafte Festhalten am Lissabonner Vertrag ist die Tatsache, dass ohne ihn einige zentrale Aspekte insbesondere im Militärbereich nicht umgesetzt werden können. Dazu gehört das Bestreben, die Machtverteilung im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Regierungschefs, drastisch zugunsten der bevölkerungsreichsten Staaten zu verschieben.
So würde sich nach Verabschiedung des Lissabonner Vertrages der deutsche Stimmanteil von aktuell 8,4 auf 16,72 Prozent nahezu verdoppeln (dazu jW-Thema-Seiten v. 23.5.2008).

Darüber hinaus ist es gegenwärtig noch verboten, »Avantgardegruppen« im Militärbereich zu bilden, die dann exklusiv über Teilbereiche entscheiden können, ohne sich von anderen Staaten diesbezüglich hineinreden lassen zu müssen. Die im Lissabonner Vertrag vorgesehene »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (SSZ) soll dies erstmals ermöglichen und damit das bislang gültige Konsensprinzip in der Außen- und Sicherheitspolitik durch die Hintertür aushebeln. Was hiermit bezweckt wird, verdeutlichte Sarkozy, als er im März vorschlug, im Rahmen der SSZ sollten Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Polen ein »Direktorium« für den Bereich der Militärpolitik bilden. Ohne neuen EU-Vertrag fehlt solchen Vorschlägen jedoch schlicht die Rechtsgrundlage.

Ein weiterer Grund, weshalb so verzweifelt am Lissabonner Vertrag festgehalten werden soll, ist die Tatsache, dass der Nizza-Vertrag die Aufstellung eines eigenständigen EU-Militärhaushaltes (zusätzlich zu den einzelstaatlichen Militärhaushalten) explizit verbietet. Deshalb müssen EU-Einsätze derzeit durch verschiedenste Tricksereien finanziert werden – etwa durch die Zweckentfremdung von Geldern des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) oder dem rechtlich fragwürdigen »Athena-Mechanismus« (dazu jW-Thema-Seiten v. 7.4.2007). Hierbei zahlen die EU-Mitgliedstaaten für Militäreinsätze der Europäischen Union in einen Extratopf, der explizit kein EU-Haushaltstitel ist, weshalb

der Autor auch nie Auskunft über die konkrete Kostenhöhe der verschiedenen EU-Militäreinsätze erhalten hat. Mit dem im Lissabonner Vertrag vorgesehenen »Anschubfonds« soll deshalb ein formeller eigener EU-Militärhaushalt installiert werden. Darum bestand der ursprüngliche Plan der französischen Ratspräsidentschaft darin, den Athena-Topf in den EU-Rahmen zu überführen, um so künftig formal korrekt rüsten zu können.
Schließlich bleibt auch der Einsatz von Militär innerhalb der EU-Mitgliedstaaten ohne neuen Vertrag bis auf weiteres untersagt.

Ungeachtet der gravierenden Schwierigkeiten, denen sich die französische Ratspräsidentschaft angesichts des irischen Referendums nun ausgesetzt sieht, will sie gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik dennoch Bahnbrechendes auf den Weg bringen, insbesondere was das Verhältnis der EU zur NATO anbelangt.

Frankreichs Rückkehr in die NATO

Schon kurz nach seiner Amtseinführung ließ Sarkozy eine Bombe platzen, als er ankündigte, er beabsichtige nach mehr als 40jähriger Abwesenheit Frankreichs volle Rückkehr in die integrierten militärischen Strukturen der NATO. 1966 hatte der damalige Präsident Charles de Gaulle den Austritt des Landes mit dem Verweis auf die US-amerikanische Dominanz im Bündnis begründet. Seither zielte die französische Militärpolitik stets auf eine Stärkung autonomer EU-Militärkapazitäten und damit implizit und teils auch explizit auf eine Schwächung der USA und der NATO ab.

Hier scheint sich ein Paradigmenwechsel anzubahnen, denn Sarkozy wies seine Diplomaten an, die Arbeit der NATO nicht mehr länger zu sabotieren. Noch im Laufe der EU-Ratspräsidentschaft soll nun die endgültige Rückkehr in den NATO-Verteidigungsplanungsausschuß beschlossen werden. (Ob sich Frankreich auch wieder in die nukleare Planungsgruppe reintegriert, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unklar.) Sarkozy sieht diese Annäherung als eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme gegenüber der US-Regierung, da er außerdem beabsichtigt, die Militärkooperation zwischen der Europäischen Union und der NATO deutlich zu intensivieren, ein Ziel, das ganz oben auf der Agenda der EU-Ratspräsidentschaft steht: *»Der Ausbau der Zusammenarbeit EU/NATO, einschließlich einer größeren Transparenz, wird eine Priorität sowohl auf strategischer als auch auf taktischer Ebene sein. (...) Die transatlantischen Beziehungen werden generell in politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Fragen intensiviert.«(*2)

Ob Frankreichs NATO-Charmeoffensive einen institutionellen Umbau des Bündnisses zur Folge haben wird, ist offen. Hierzu wurde kürzlich ein Vorschlag unterbreitet, der die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem nordatlantischen Kriegsbündnis grundlegend verändern könnte.

Diese Überlegungen werden nicht von ungefähr angestellt, während sich die **NATO** in einer der s**chwierigsten Phasen ihrer Geschichte** befindet. Die Einsätze im Kosovo und in Afghanistan zeigen, dass sich die Allianz längst zu einem **global agierenden Bündnis mit Besatzungstruppen** gewandelt hat. Angesichts der blutigen Eskalation in Afghanistan und den erheblichen Schwierigkeiten der NATO, das Land zu »befrieden«, feilt das Bündnis derzeit aber an neuen Konzepten zur Effektivierung solcher Besatzungseinsätze. Da Soldaten für die Verwaltung von **Quasikolonien** wie Afghanistan nur bedingt geeignet sind, werden vermehrt zivile Kompetenzen (von Juristen über Ingenieure bis hin zu Brunnenbauern) benötigt, die dem Militär zuarbeiten sollen. Damit werden zivile Kapazitäten de facto dem Militär unterstellt und für dessen Zwecke instrumentalisiert. Dieses im NATO-Jargon als »**comprehensive approach**« titulierte zivil-militärische Besatzungskonzept soll in den nächsten Jahren massiv ausgebaut werden.

Gerade was den zivilen Bereich anbelangt, zeigt sich aber, daß weder die USA noch die NATO über die entsprechenden Kompetenzen verfügen. Vor dem Hintergrund, dass Frankreich zudem für seine Rückkehr in die Militärstrukturen der NATO auch mit wichtigen Kommandoposten belohnt werden will, schlug die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) kürzlich der französischen Ratspräsidentschaft vor: Die beste Option sei es, *»wenn Frankreich die Übernahme des EU-Vorsitzes für einen genialen Coup nutzen würde: die Verzahnung von NATO und EU durch Schaffung einer zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit in der NATO«.* Der Vorteil dabei sei, so die SWP-Autorin Ronja Kempin, daß dadurch *»die zivilen und die militärischen Fähigkeiten der EU sowie die militärischen Fähigkeiten der NATO an einem Ort koordiniert würden. (...) (U)nter dem Stichwort ›Berlin Plus Reversed‹ könnte der NATO die Möglichkeit eingeräumt werden, auf zivile Fähigkeiten der EU zurückzugreifen.«* Während die im März 2003 abgeschlossenen »Berlin Plus«-Vereinbarungen die Bereitstellung von NATO-Militärkapazitäten für Einsätze der Europäischen Union regelt, soll die neue Vereinbarung mit der Nordatlantik-Organisation künftig »zivile« Besatzungshelfer der Europäischen Union zuliefern. Da Frankreich das Kommando übernehmen könnte, müssten die bestehenden Posten nicht neu verteilt werden, was es Deutschland ermögliche, im *»wichtigsten sicherheitspolitischen Gremium, der NATO, seinen Status quo zu bewahren«.(*3)

Militärpolitische Großoffensive

Mit der Lissabon-Strategie gab die Europäische Union bereits 2000 das ambitionierte Ziel aus, die EU bis 2010 zum *»wissensbasiertesten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen«,* also zur Weltwirtschaftsmacht Nummer eins aufzusteigen. Parallel dazu wurde in den EU-Mitgliedstaaten der neoliberale Umbau weiter verschärft. In Deutschland schlug er sich etwa in der Agenda 2010 und dem damit einhergehenden massiven Sozialabbau nieder.

Doch schnell wurde klar, dass dieses ehrgeizige Ziel ebenso die **noch aggressivere Erschließung neuer Märkte in der ganzen Welt** erfordert. Deshalb begann die EU-Kommission unter dem viel sagenden Arbeitstitel **»Global Europe**« eine externe Dimension der Lissabon-Strategie auszuarbeiten. Das Ergebnis wurde im Oktober 2007 unter dem Namen *»Das europäische Interesse – Erfolg im Zeitalter der Globalisierung«* vorgelegt. Es soll als *»Grundlage für eine Strategiedebatte dienen«* und *»Europas Antwort auf die Globalisierung«* darstellen: *»Als weltgrößter Exporteur von Waren und Dienstleistungen (...) profitiert die EU in erheblichem Maße von einer offenen Weltwirtschaft. (...) Sie hat ein offenkundiges Interesse daran, daß die Weltordnungspolitik Regeln folgt, die ihre Interessen und Werte widerspiegeln. (...) Die EU muß das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium in vollem Umfang nutzen, wenn sie ihre Stellung in einer globalisierten Welt stärken will. (...) Gleichzeitig ist es wichtig, daß die EU ihren Einfluß in internationalen Verhandlungen geltend macht, um auch von anderen Offenheit einzufordern: Offenheit läßt sich politisch nur dann rechtfertigen, wenn sie auf Gegenseitigkeit basiert. Die EU muß dafür sorgen, daß ihre Exporteure und Investoren in Drittländern ein angemessenes Niveau an Offenheit sowie Grundregeln vorfinden, die unsere Fähigkeit nicht beeinträchtigen, (sie muß dafür sorgen,) unsere Interessen zu schützen (...).« (*4) Was sich allerdings hinter so egalitär anmutenden Phrasen wie »Offenheit« und »gleiche Bedingungen« verbirgt, ist **nackter Egoismus**, d**enn Freihandel unter ungleichen Partnern nützt immer dem ökonomisch Stärkeren**. Was die EU-Kommission hier einfordert, ist in etwa so, als argumentiere man, ein Wettrennen zwischen einem VW-Käfer und einem Ferrari sei fair, nur weil sie auf derselben Straße fahren.

Dennoch oder wohl gerade deswegen bildet das Kommissionspapier *»Das europäische Interesse«* die Blaupause für die Außenwirtschaftspolitik der französische Ratspräsidentschaft, zu der erklärt wird, sie werde auf die *»Umsetzung der Mitteilung der Kommission ›Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt‹ hinwirken (und) die Kommission um eine Aktualisierung ersuchen, die dann förmlicher und integraler Bestandteil der Lissabon-Strategie wird«.(*5) Schon im April hatte die französische Regierung ein Grundsatzpapier mit dem Titel »Euromonde 2015« vorgelegt, deren Kernelement – »Lissabon-Plus« genannt – es ebenfalls ist, die innenpolitisch orientierte Lissabon-Strategie um eine aggressive außenpolitische Komponente zu ergänzen. Das Grundsatzpapier verdeutlicht die mögliche Tragweite dieser Strategie, sie *»könnte die zentrale ökonomische und soziale Roadmap der Europäischen Union für die erste Hälfte des nächsten Jahrzehnts darstellen. (...) Es liegt nun an der französischen Ratspräsidentschaft, diese neue strategische Vision umzusetzen.«(*6)

Sehenden Auges wird so die Verarmung weiter Teile der Welt in Kauf genommen, ja sogar forciert. Die Folgen sind dramatisch, kein Wunder, dass die militärische »Befriedung« von Hungeraufständen eine immer prominentere Rolle in der westlichen Militärplanung spielt. Wie sagte doch der französische Verteidigungsminister Hervé Morin laut Tagesspiegel vom 16. Juni treffend: *»Unser militärisches Werkzeug muß sich an die Globalisierung und neue Bedrohungen anpassen.«*

Ausbau der EU-Armee

Parallel zur Veröffentlichung des neuen französischen Militär-Weißbuchs Mitte Juni kündigte Sarkozy ebenfalls einen massiven Ausbau der EU-Armee an. Künftig müsse man in der Lage sein, bis zu 60000 Soldaten gleichzeitig ins Feld zu führen. Diese Eingreiftruppe wurde zwar bereits 1999 beschlossen und vier Jahre später für einsatzbereit erklärt, sie existierte bislang aber eher auf dem Papier. Die französische Regierung wünscht sich nun noch eine maritime Komponente und Kapazitäten zum Lufttransport. Hier hat der am 5. Juni 2008 beschlossene Bericht des sozialdemokratischen Europaabgeordneten Helmut Kuhne zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie – nach Rücksprache mit französischen Stellen – schon vorgegriffen.(7)

Der französische Europastaatssekretär Jean-Pierre Jouyet formulierte »konkrete Ziele« für die kommenden zehn Jahre: *»Er nannte dabei unter anderem eine gemeinsame Luft- und Seekampftruppe und eine gemeinsam genutzte Flotte von Transportflugzeugen vom Typ Airbus A400M.«(*8) Im Jahr 2009 wird hierfür u. a. das Manöver »MILEX09« stattfinden, bei dem auch der Einsatz maritimer Komponenten ohne Rückgriff auf die NATO geprobt werden soll. Auch das passt ins Bild: Bei aller Anbiederung an die NATO, Sarkozy hat stets unterstrichen, ihm gehe es auch um die Stärkung unabhängiger EU-Militärstrukturen. So setzt er sich auch für den Ausbau der von der NATO unabhängigen Planungszelle für EU-Militäreinsätze zu einem voll einsatzfähigen Hauptquartier ein. Ebenfalls im Trend liegt, dass Frankreich seine Investitionen in militärische Weltraumkomponenten mit 700 Millionen Euro jährlich nahezu verdoppeln will. Der im Verfahren befindliche Bericht des CDU-Abgeordneten Karl von Wogau zum Beitrag der Raumfahrt zur ESVP fordert ebenfalls massive Budgeterhöhungen in diesem Bereich. Auch dieses Papier wurde eng mit französischen Stellen abgesprochen.

Eine weitere Priorität der französischen EU-Ratspräsidentschaft ist die Verabschiedung des »Defence Package«, das u. a. aus einer von der EU-Kommission erarbeiteten Richtlinie besteht, die der ***»Harmonisierung«* des europäischen Rüstungsmarktes** dienen soll. Es geht dabei darum, dass Exportkontrollen innerhalb der Europäischen Union künftig faktisch entfallen sollen. Da die Richtlinie jedoch kaum ernsthafte Maßnahmen vorsieht, um den Weiterexport in Drittländer zu verhindern, wird hier die Möglichkeit eröffnet, mögliche strengere einzelstaatliche Vorschriften auszuhebeln, indem einfach ein Umweg über ein anderes EU-Land mit laxeren Vorschriften gemacht wird.

Ein letzter wichtiger Punkt, der während Frankreichs Ratspräsidentschaft eingetütet werden soll, ist die Überarbeitung der im Dezember 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS), die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden soll. Hier sollen insbesondere die Energiesicherung (Stichwort »Energieaußenpolitik«) und die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels stärker berücksichtigt werden. Im April legte der EU-Außenbeauftragte Javier Solana eine Strategie vor, die sich für den Ausbau militärischer »Krisenmanagementfähigkeiten« aussprach, um den Folgen des Klimawandels z.B. in Form von umweltbedingter Migration und wachsenden Konflikten militärisch zu begegnen.

Dank der irischen Bevölkerung wird die Militarisierung der Europäischen Union bis auf weiteres erheblich behindert. Auch wenn alles daran gesetzt werden wird, den Lissabonner Vertrag doch noch durch Tricksereien zu verabschieden, das irische Beispiel zeigt, daß Widerstand durchaus von Erfolg gekrönt sein kann.

Anmerkungen

1) Irish Memo in voller Länge: http://openeuropeblog.blogspot.com/2008/04/irish-memo-in-full.html

2) Achtzehnmonatsprogramm des Rates, S. 78 und 85

3) Ronja Kempin: Frankreich und die Annäherung von ¬NATO und EU, SWP-Aktuell 34, April 2008

4) Das europäische Interesse: Erfolg im Zeitalter der Globalisierung. Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 3.10.2007 KOM(2007) 581 endgültig, S. 4

5) Achtzehnmonatsprogramm des Rates, S. 25

6) République Française: Euroworld 2015: A European Strategy for Globalisation, 15.4.2008

7) Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2008 zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie und der ESVP (2008/2003 [INI])

8) Frankreich verkleinert Armee, Tagesspiegel, 16.6.2008

Tobias Pflüger ist Mitglied des Europäischen Parlaments für Die Linke und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e. V.

IMI-Analyse 2008/023 - in: junge welt, 1.7.08
http://www.imi-online.de/download/jw-ratsp.pdf

Mouvement de la paix und Bundesausschuss Friedensratschlag

NATO-Jubiläumsgipfel 2009 in Kehl (Deutschland) und Straßburg (Frankreich):

60 Jahre NATO sind 60 Jahre zu viel

Gemeinsame Erklärung zur Vorbereitung eines Gegengipfels der Friedensbewegung

Mit einem "Doppelgipfel" in Kehl und Straßburg will die NATO im Frühjahr 2009 auf der deutschen und französischen Seite des Rheins ihr 60. Jubiläum feiern. So lautet der Beschluss der 26 Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen Anfang April 2008 in Bukarest.
Die Friedensbewegung wird aus Anlass des Jubiläumsgipfels mit vielfältigen Aktionen der Information, mit Veranstaltungen und Demonstrationen, mit einem Gegengipfel für eine friedliche und gerechte Welt ohne NATO werben.
Am 4. April 1949 war der Vertrag zur Gründung der NATO von zwölf Staaten unterzeichnet worden. Deutschland war 1955 als 15. Mitglied der NATO beigetreten. Frankreich hatte die militärischen Strukturen der NATO 1966 verlassen.
Mit der Durchführung des Gipfels in Europa soll zum einen die Absicht des französischen Präsidenten Sarkozy honoriert werden, die französische Armee wieder in die militärischen Strukturen der NATO einzubringen. Zum anderen ist Straßburg Sitz des Europäischen Parlaments. Mit dem Gipfelereignis soll auch die Transformation einer zivilen Europäischen Union in ein Militärbündnis gewürdigt werden, das fest an der Seite der USA und der NATO steht. Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich die Europäische Union inzwischen eine kontinuierliche Aufrüstungsverpflichtung auferlegt.
In Frankreich gibt es wenig Zustimmung für Sarkozys demonstrativen Schulterschluss mit den USA und der NATO. In Deutschland wächst die Skepsis gegenüber militärischer Aufrüstung. Die NATO ist nach der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Ende der europäischen Bipolarität zu einem historischen Anachronismus geworden. Zur Verteidigung wird sie nicht mehr gebraucht, weil ihr der Gegner abhanden gekommen ist. Was ihr bleibt und was sie vorantreibt, ist ihre territoriale Ausdehnung bis an die Grenzen Russlands und den pazifischen Raum sowie die Ausweitung ihrer militärischen "Zuständigkeit" weit über die ursprünglichen, im NATO-Vertrag definierten Grenzen hinaus.
Die NATO wandelt sich zügig weiter in ein weltweites Interventionsbündnis, wofür beim jüngsten Gipfel in Bukarest weitere Weichenstellungen vorgenommen wurden. Der sog. "Raketenschirm" der USA aus einer Radaranlage in Tschechien und zehn Abfangraketen in Polen wurde unter Dach und Fach gebracht. Diese angeblich gegen eine Bedrohung aus Iran gerichtete Rüstungsmaßnahme brüskiert Russland. Dies umso mehr, als Kroatien und Albanien in die NATO aufgenommen wurden und der Beitritt der Ukraine und Georgiens lediglich zeitlich verzögert wurde. Die Beteuerungen des Westens, mit Russland auf der Basis gleichberechtigter und partnerschaftlicher Beziehungen koexistieren zu wollen, sind unglaubwürdig. Denn durch die Erweiterung wird der NATO-Ring um Russlands Westen immer enger. Eine neue Aufrüstungsrunde droht. Die Militärausgaben haben weltweit eine neue Rekordhöhe erreicht.
Schon heute tätigen die NATO-Staaten rund 70 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Mit nur einem geringen Teil der hier verschwendeten Gelder ließe sich ein wesentlicher Beitrag zur Errichtung einer friedlichen und gerechten Welt leisten. Die NATO ist also nicht nur gefährlich und überflüssig, sie ist auch teuer.
Die Afghanistan-Strategie der Nato bleibt weiter auf den militärischen Sieg gerichtet. Das bedeutet die Fortsetzung des bisherigen militärischen Einsatzes mit einer unbedeutenden zivilen Komponente.
Dieser Kriegslogik entspricht auch die im Abschlussdokument von Bukarest angesprochene Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der Nato. Es geht um die zügige Realisierung einer strategischen Überlegenheit des Westens gegenüber den potenziellen globalen Kontrahenten Russland und China.
Das im Vorfeld bekannt gewordene Strategiepapier „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World" propagiert die Bereitschaft zum atomaren Erstschlag und zu militärischen Interventionen. Die Autoren aus höchsten NATO-Kreisen betrachten ihr Papier als inhaltliches Angebot für ein neues Strategisches Konzept der NATO für den Gipfel 2009. Sie fordern in an Zynismus kaum zu übertreffender Weise eine „Eskalationsdominanz" zur Sicherung der „westlichen Kultur" und „Lebensweise".
Die Gefahr eines Atomkrieges wächst laut Jahresbericht 2007/2008 des Internationalen Konversionszentrums (BICC in Bonn). Wörtlich heißt es, dass „die Vertragsparteien, die über Kernwaffen verfügen und die eigentlich einen Zeitplan für den schrittweisen Abbau ihrer Arsenale vorlegen sollten, de facto genau das Gegenteil tun – nämlich Zeitpläne für die Modernisierung ihrer Waffensysteme aufstellen".
Der das Völkerrecht brechende NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 war eine Zäsur der internationalen Politik nach dem Ende der Blockkonfrontation. Er demonstrierte den Beginn einer Epoche des offenen Einsatzes militärischer Gewalt zur Verwirklichung wirtschaftlicher und machtpolitischer Ziele, um die es auch in den Kriegen gegen Afghanistan und Irak geht. Der „Krieg gegen den Terror" ist inzwischen selbst zum Terror geworden.
Die "Transformation der NATO" wirft eine Reihe politischer und völkerrechtlicher Fragen auf. Ihre „Sicherheitsstrategie" reklamiert das Recht auf "präventive" Angriffskriege gegen jeden Staat der Welt, der im dringenden Verdacht steht, den internationalen Terrorismus zu unterstützen oder Massenvernichtungswaffen herzustellen bzw. weiterzugeben. Diese Strategie droht die Welt in einen chaotischen Zustand politischer Willkür und Instabilität zu stürzen.
Völkerrechtlich bedeutet diese Strategie einen Rückfall in die Zeit vor dem Völkerbund, vor dem Kellogg-Pakt 1928 (Ächtung des Krieges) und vor der Charta der Vereinten Nationen (1945), in der den Staaten ein striktes Gewaltverbot auferlegt wurde. Ein ganzes Jahrhundert der Entwicklung eines modernen zivilisierten Völkerrechts droht umsonst gewesen zu sein.
Die Friedensbewegung setzt sich dafür ein, mit der Logik der militärischen Abschreckung, Bedrohung und Kriegsführung zu brechen. Wir wollen eine UNO, die ihren friedenspolitischen Aufgaben gerecht wird, eine zivile Europäische Union und anstelle der NATO ein internationales Sicherheitssystem. Wir wollen vorbeugende Konfliktvermeidung, um Aufrüstung und Kriege, unwürdige Lebensbedingungen, soziale Ungerechtigkeiten und Missachtung der Menschenrechte zu überwinden. Und wir wollen die Einhaltung des Völkerrechts, wie es in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist.
Der NATO-Vertrag von 1949 ist nur noch ein Fetzen Papier. Die logische Folge der Auflösung des Warschauer Vertrags, dem einstigen Militärbündnis der osteuropäischen sozialistischen Staaten, wäre 1991 die Selbstauflösung der NATO gewesen. Heute stellt sich die Frage der Auflösung der NATO erst recht, ist sie doch selbst zu einer Bedrohung der Welt geworden. Die Friedensbewegung vertritt entschieden den Standpunkt, dass die NATO einen historischen Anachronismus darstellt. Die NATO muss aufgelöst werden.

Berlin/Paris Juni 2008

http://www.mvtpaix.org/
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html (8. Juni)

Clemens Ronnefeldt, Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig

Was wird für uns am Hindukusch verteidigt?

Deutsche Sicherheits- und Friedenspolitik auf dem Weg der Militarisierung?
Einführung zur Veranstaltung am Freitag, 23.5.2008, auf dem Katholikentag in Osnabrück

1. Zur Militarisierung der deutschen Sicherheits- und Friedenspolitik

Im Mai 2008 befanden sich nach Angaben des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr ca. 8000 SoldatInnen weltweit im Einsatz: Im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, in Georgien, in Afghanistan, in Usbekistan, im Libanon, am Horn von Afrika/Dschibuti, in Äthiopien Eritrea, im Sudan und in Sudan-Darfur.
Zwischen 1992 und 2007 waren ca. 200.000 SoldatInnen im Auslandseinsatz. Bis Ende des Jahres 2007 wurden 69 SoldatInnen der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen getötet, davon 44 durch Fremdeinwirkung, mehr als 9000 wurden verwundet.
Ein Schwerpunkt der deutschen Auslandsmissionen befindet sich im Mittleren Osten, wo Zweidrittel der Welterdölreserven lagern.

Am 26.11.1992 erließ der Bundesminister der Verteidigung die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, in denen es heißt: *„... Dabei lässt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: ... Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordung“.*

Das „Weißbuch 2006“ des Bundesministeriums der Verteidigung greift diesen Gedanken erneut auf: *„Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen“.* (Quelle: Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006, S. 19).

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, formulierte den Paradigmenwechsel von der Verteidigung zum weltweiten Einsatz folgendermaßen:
„Einsatz in der Verteidigung, aufgezwungen durch einen im Grunde bekannten Gegner, in vertrauter Umgebung, in großen geschlossenen Verbänden war lange unser konzeptioneller Dreh- und Angelpunkt. Nun ist es die souveräne aktive politische Entscheidung zum Einsatz militärischer Macht im Konzept weltweiter Sicherheitsvorsorge.“ (Quelle: Schneiderhan, Wolfgang: Einflüsse des neugewichteten Aufgabenspektrums auf die Führungskultur der Bundeswehr“, Abschlussrede auf der 41. Kommandeurtagung der Bundeswehr, Berlin, 11. März 2008).

„Wir benötigen eine zeitgemäße, vernetzte Sicherheitspolitik, deren Ziel es ist, Gefährdungen unserer Sicherheit bereits am Entstehungsort zu begegnen“. (Quelle: Schneiderhan, Wolfgang: Soldat im Zeitalter der Globalisierung, in: Europäische Sicherheit, 2/2007, S. 20.)

„Vor allem aber wird die Asymmetrie dadurch bestimmt, dass sich eine Seite an Recht, Gesetz und allgemeine Moralvorstellungen bindet und damit die Ausübung von Gewalt legalisiert und reglementiert, dies auf der anderen Seite aber unterbleibt.“ (Quelle: Schneiderhan, Wolfgang: Soldat im Zeitalter der Globalisierung, in: Europäische Sicherheit, 2/2007, S. 16).

Der Generalinspekteur betont:
„Unsere Soldaten verstehen die politischen und kulturellen Zusammenhänge vor Ort und begegnen den Menschen mit Respekt und Verständnis.“ (Quelle: Schneiderhan, Wolfgang: Soldat im Zeitalter der Globalisierung, in: Europäische Sicherheit, 2/2007, S. 20).

Diese Aussage steht in Widerspruch zu Presseberichten z.B. mit Fotos deutscher Soldaten in Afghanistan, die diese beim Hantieren mit Schädeln von toten Afghanen zeigen.

Der ehemalige Fallschirmjäger Achim Wohlgethan schreibt in seinem Buch:
„Ich wurde nun Augenzeuge, wie ISAF-Soldaten sehr unkonventionell testeten, ob das Gelände an dieser Stelle vermint war - und zwar mit Äpfeln! Dazu winkten die Soldaten die vielen Kinder heran, die auf dem Schießplatz leere Messinghülsen sammelten, weil diese bares Geld wert waren. Dann griffen die Soldaten hinter sich in eine Kiste mit Äpfeln, hielten sie den Kindern vor die Nase und schmissen sie ins Gelände. Dann warteten sie ab, was passierte. Wenn die Kinder losliefen und es keinen Knall gab, wurde dieses Feld als geklärt und unvermint betrachtet“.
(Quelle: Achim Wohlgethan, Endstation Kabul, Berlin, 2008, S. 78).

2. Was wird für uns am Hindukusch verteidigt? - Zahlen und Fakten zum Afghanistankrieg

Die Kosten des Afghanistan-Krieges für die NATO-Staaten betrugen in den Jahren 2002 bis 2006:
ca. 82 Mrd. US-Dollar für Militär
ca. 7 Mrd. US-Dollar für Entwicklungshilfe
ca. 433 Mio. US-Dollar für Gesundheit und Ernährung.
(Quelle: IMI-Analyse 2007/029 vom 17.8.2007, www.imi-online.de).

Das Bruttoinlandsprodukt pro Afghane/in pro Jahr liegt bei ca. 355 US-Dollar.

Deutschland gab 2008 in Afghanistan für Militär-Ausgaben ca. 530 Mio. Euro, für Zivil-Ausgaben ca. 100 Mio. Euro aus.

In der Armuts-Statistik rutschte Afghanistan in den letzten Jahren noch einen Platz nach unten:
Im Jahr 2004 von Platz 173 (von 178 Ländern) im Jahr 2007 auf Platz 174 (von 178 Ländern).
(Quelle: UN-Armutsindex Afghanistan).

Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 25.6.2007: *„Karsai kritisiert Nato-Truppen scharf. Afghanistans Präsident: Militäreinsätze sind wahllos und ungenau / Verteidigungsminister Jung entging Attentat“.*

Dem Militäreinsatz in Afghanistan fielen

in folgenden Zeiträumen zahlreiche Tote zum Opfer:
Oktober-Dez 2001:ca. 20 000 Menschen
Januar-Dez 2006: ca. 4 000 Menschen
Januar-Okt 2007: ca. 5 000 Menschen.
(Quellen: Prof. Marc Herold, USA, AP, Spiegel Online 3.10.2007).

Im Jahre 2007 wurden unter den ausländischen SoldatInnen ca. 200 Tote gezählt.

Von 2005 zu 2006 ereignete sich eine große Zunahme der Gewalt in Afghanistan.
Im Jahre 2005 gab es 27 Selbstmordattentate, 783 Straßenbomben und 1588 Direktangriffe, 2006 bereits 139 Selbstmordattentate, 1677 Straßenbomben und 1588 Direktangriffe. (Quelle: Bündnis 90/Die GRÜNEN (Hg.): „Mit diesem Krieg ist kein Frieden mehr zu machen. Erklärung und Positionspapier zu Afghanistan, Sommer 2007, S. 1).

Die Opium-Produktion in Afghanistan lag im Jahre 2001 bei ca. 200 t, im Jahre 2006 bei ca. 6.200 t, im Jahre 2007 bei ca. 8.200 t. Dies entspricht ca. 93% der Weltproduktion an Schlafmohn und an Opium. (Quelle: UN-Anti-Drogenbehörde, in: www.focus.de/politik, 1.11.2007).

Bei Meinungsumfragen im Februar 2008 zu Afghanistan lehnten 86% der Deutschen Kampfeinsätze grundsätzlich ab, 13% waren dafür.
55% der Deutschen wollen den schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, 42% sind für den Verbleib. (Quelle: ARD-Deutschland-Trends für die Tagesthemen von Infratest dimap, 4./5. 2. 2008).

Deutschland setzt sich im Rahmen der Europäischen Union in Afghanistan für die Ausbildung von afghanischen Polizisten ein und spendete Polizeifahrzeuge.

„Der geheimnisumwobene Einsatz der Bundeswehr-Elitetruppe `Kommando Spezialkräfte´ (KSK) in Afghanistan war rein politisch motiviert, schlecht vorbereitet und militärisch weitgehend überflüssig“, so lautet das Fazit des Verteidigungsausschusses des Bundestages.
(Quelle: Süddeutsche Zeitung, 23.4.2008).

Was wird für uns am Hindukusch verteidigt? Unser westlicher Lebensstil? Das Überleben der NATO? Die Option auf einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat? Die Eindämmung Chinas, Indiens und Russlands? Eine Plattform für die US-Regierung zum Iran-Angriff?

Alternativen

Der ehemalige Entwicklungsbeauftragte des Bundesmnisteriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Afghanistan, Herbert Sahlmann, hat einen *20-Punkte-Friedens-Plan* ausgearbeitet. (Quelle: Pax Christi Rundbrief 1/2008, S. 8).

Der ehemalige ARD-Sonderkorrespondent Christoph R. Hörstel hat in seinem Buch *„Sprengsatz Afghanistan. Die Bundeswehr in tödlicher Mission*“, München 2007, einen detaillierten 5-Jahres-Friedensplan vorgelegt.

Prof. Andreas Buro, friedenspolitischer Sprecher des Komitee für Grundrechte und Demokratie, hat einen zivilen Strategieplan entworfen (Quelle: Friedensforum 1/2008, Hg.: Netzwerk Friedenskooperative, Bonn, S. 20).

Alle drei Friedenspläne könnten bei entsprechendem politischen Willen sofort begonnen werden.

Die Friedensbewegung in Deutschland fordert in einer Petition an den Bundestag: *„Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan“* und fordert in einem Aufruf die SoldatInnen der Panzerbrigade 21 in Augustdorf auf: „Verweigern Sie den Kriegseinsatz in Afghanistan“. (Quelle: Friedensforum 2/2008, Hg.: Netzwerk Friedenskooperative, Bonn, S. 3f).

Jürgen Rose, Oberstleutnant, verweigert derzeit den Afghanistan-Einsatz, weil er diesen nicht im Einklang mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht sieht.
Christiane Ernst-Zettl, im Rang eines Hauptfeldwebels, weigerte sich als Sanitäterin, eine Waffe in Afghanistan zu tragen, weil dies nicht mit der Genfer Konvention vereinbar sei. Sie bekam dafür 800 Euro Geldbuße auferlegt, die Humanistische Union zeichnet sie mit dem „Aufrechter Gang“-Preis 2008 aus.
Florian Pfaff, Major, verweigerte die logistische Unterstützung des Irak-Krieges, wurde dafür degradiert, klagte dagegen erfolgreich und erhielt die Carl-von-Ossietzky-Medaille. Florian Pfaff hat das lesenswerte Buch *„Totschlag im Amt. Wie der Friede verraten wurde“* erschienen in Nördlingen 2008, verfasst.

„Wir verteidigen unsere Art zu leben - und das ist unser gutes Recht“, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Rechtfertigung des Afghanistan-Krieges am 16.10.2001. (Quelle: Frankfurter Rundschau, 17.10.2001).

Solange 20 Prozent der Menschheit 80 Prozent der Rohstoffe verbrauchen und diese Art zu leben - auch in Deutschland - die Lebenschancen eines großen Teiles der Menschheit in anderen Kontinenten einschränkt und verhindert, ist dem Bundeskanzler zu widersprechen - besonders auch von den Kirchen.

Schlusswort

Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ hat eine Reihe von zukünftigen Konfliktherden benannt, die die Sicherheit von Menschen weltweit gefährden: Dazu zählen die Verschlechterung der Trinkwasserqualität, die Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen, der klimabedingte Rückgang der Nahrungsmittelproduktion und die umweltbedingte Migration von Millionen von Flüchtlingen.
Diese Herausforderungen sind so gewaltig, dass sie eines großen menschlichen und finanziellen weltweiten zivilen Einsatzes bedürfen - mit dem Ziel des gemeinsamen Überlebens der Menschheit.

Mein Dank gilt Jürgen Rose sowie Bernt Glatzer von der Arbeitsgemeinschaft Afghanistan für Zuarbeiten zu dieser Einführung, ebenso Florian Pfaff und zahlreichen Soldaten für wertvolle Gespräche.

Kontakt und V.i.S.d.P.:
Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes,
A.-v.-Humboldt-Weg 8, 85354 Freising,
www.versoehnungsbund.de



Tobias Pflüger

Eskalationsspirale

EU-Sanktionen gegen den Iran vergrößern Kriegsgefahr

Am Montag, dem 23. Juni, verschärfte der EU-Ministerrat die Sanktionen gegen den Iran weiter: Die Guthaben der größten iranischen Bank, der Melli-Bank, wurden eingefroren und die Liste derjenigen Iraner und Iranerinnen, die nicht nach Europa einreisen dürfen, erweitert.
Die neuerlichen EU-Sanktionen sind weitere Schritte auf der Eskalationsspirale gegen den Iran. Die Gefahr, dass am Ende dieser Eskalation ein weiterer Krieg steht, sollte sehr ernst genommen werden.

Wenn der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) Mohammed el-Baradei, eindrücklich vor einem Krieg gegen den Iran warnt, ist das alarmierend. Seine Warnung erfolgte nach einem Bericht der "New York Times", die von einem israelischen Luftwaffenmanöver in Kreta (im EU-Land Griechenland) berichtet hatte, in dem wohl ein Angriff auf den Iran geübt wurde.
Der Warnung vor einem Krieg von El-Baradei teile ich ausdrücklich. Der Streit um das iranische Atomprogramm kann nicht mit Sanktionen und mit militärischem Säbelrasseln gelöst werden.
Als Vertreter in der Iran-Delegation des Europäischen Parlaments habe ich gemeinsam mit weiteren EU-Abgeordneten im Dezember den Iran besucht und dort auch viele Kontakte zur lebendigen zivilgesellschaftlichen Opposition gehabt. Die Delegation war sich einig, dass eine Verschärfung der Sanktionen genau diese zivilgesellschaftliche Opposition schwächen und die derzeitige iranische Regierung stabilisieren würde. Auch der ehemalige Regierungsberater von Chatami, Said Lailas, bestätigte diese Einschätzung vor dem konkreten Hintergrund der Sanktionen gegen die Melli-Bank. Die Sanktionen gegen den Iran sind falsch und kontraproduktiv.

Es ist absolut unglaubwürdig, wenn EU-Staaten, die selbst über zahlreiche Atomwaffen verfügen oder Urananreicherung betreiben, sich hier als Saubermänner aufspielen. Auch die EU selbst ist hier unglaubwürdig, hielt doch Robert Cooper, Berater von Javier Solana, öffentlich den Ersteinsatz von Atomwaffen für möglich.
Sowohl die EU 3, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, als auch die USA betreiben alle industriemäßig Urananreicherung. Im Falle von Deutschland ist dies in Gronau in der Anlage Urenco in großem Maßstab der Fall. Und alle, die dem Iran Auflagen machen wollen, arbeiten selbst mit waffenfähigem Uran. Im Falle von Deutschland ist dieses im Forschungsreaktor Garching bei München der Fall.

Für mich ist jede Atomwaffe und jedes Atomkraftwerk falsch. Wir fordern die Schließung aller Atomkraftwerke und die Vernichtung aller Atomwaffen. Zuständig für den Ausschluss einer militärischen Nutzung von Atomenergie ist die Internationale Atomenergieorganisation, IAEO.

Ein erster Schritt wäre der sofortige Abzug der Atomwaffen aus dem Militärlager Büchel in der Eifel. Wie sich jetzt gezeigt hat, sind die US-Atomwaffen in Deutschland unter katastrophalen Bedingungen untergebracht. Ich unterstütze die Protestaktionen der Friedens- und Antikriegsbewegung am 30. August in Büchel.

IMI-Standpunkt 2008/040, http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1785
S. auch: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Iran/Welcome.html, http://www.ippnw.de/frieden/konfliktregionen/iran/index.html

---

Gemeinsam für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland Aktion Zivilen Ungehorsams Camp: 23.-31. August 2008



http://bye-bye-nuclear-bombs.gaaa.org/

Auf dem Fliegerhorst Büchel sind zirka 11 bis 20 US-Atombomben gelagert, die insgesamt einer Sprengkraft von 150 Hiroshima-Bomben entsprechen dürften. Deutschland stellt in Büchel mit den Tornado-Kampfflugzeugen des Jagdbombengeschwaders 33 das Trägersystem für die Atomsprengköpfe des Typs B 61 bereit und deutsche Soldaten üben den Abwurf. Das Üben der Atombombenabwurftechnik ist laut Bundeswehr auch in der Freien Heide, auf dem Abwurfplatz "Bombodrom" in Brandenburg geplant, weshalb wir uns dem dortigen Widerstand sehr verbunden fühlen. Deutsche Soldaten sind im Ernstfall innerhalb der NATO unter der dortigen Befehlshoheit der USA dazu verpflichtet, die Atombomben von deutschem Boden aus ins Zielgebiet zu fliegen und abzuwerfen.

Möglich ist dieses nur durch die freiwillige Einwilligung unserer Regierung in die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO. Bereits seit 1999 wird die Ersteinsatzoption von Atomwaffen innerhalb der NATO befürwortet und immer offener für die neue NATO-Strategie diskutiert - sogar gegen Länder, die selbst keine Atomwaffen besitzen. Angesichts der jetzigen Kriegshetze gegen den Iran und der immer weniger unter Kontrolle zu bringenden völkerrechtswidrigen Kriege gegen den Irak und Afghanistan ist dieses ein irrsinniges Szenario. Auch wenn Deutschland im Einvernehmen mit unserer Regierung in erster Linie als militärischer Brückenkopf für die jetzigen Kriege durch die USA genutzt wird, sind die hier stationierten US-Atomwaffen eingebettet in die weltweite Atomwaffen-Stationierung, um andere Atommächte im Verteilungskampf um die letzten weltweiten Ressourcen und Märkte in Schach zu halten.

Uri Avnery

Obamas unterwürfige Rede vor der Israel-Lobbygruppe AIPAC

09.06.2008
Warum glauben die Kandidaten der amerikanischen Präsidentschaft, dass die Israel-Lobby so absolut wichtig für ihre Wahl ist?
Nach Monaten eines zähen und bitteren Wettrennens und gnadenlosen Kampfes hat Barak Obama seine beeindruckende Rivalin Hillary Clinton besiegt. Er hat ein unglaubliches Wunder vollbracht: Das erste Mal in der Geschichte wurde ein Schwarzer ein glaubwürdiger Kandidat für die Präsidentschaft des mächtigsten Landes der Welt.

Und was tat Obama als erstes nach diesem erstaunlichen Sieg? Er rannte zur Konferenz der Israel-Lobby, zu AIPAC, und hielt dort eine Rede, die alle Rekorde der Unterwürfigkeit und Liebedienerei brach. Dies ist schockierend. Noch schockierender ist die Tatsache, dass niemand schockiert war.

Es war eine triumphale Konferenz. Sogar diese mächtige Organisation hatte noch nie so etwas erlebt. 7000 jüdische Funktionäre aus allen US-Staaten waren zusammengekommen, um die Unterwerfung der ganzen Washingtoner Elite, die zum Kotau erschienen war, zu akzeptieren. Alle drei hoffnungsvollen Präsidentenanwärter hielten Reden und versuchten, einander mit Schmeicheleien zu übertreffen. Dreihundert Senatoren und Mitglieder des Kongresses bevölkerten die Korridore. Jeder, der gewählt und wieder gewählt werden wollte, jeder, der überhaupt irgendwelche politische Ambitionen hatte, kam, um zu sehen und gesehen zu werden.

Das Washington von AIPAC gleicht dem Konstantinopel der byzantinischen Herrscher auf dem Höhepunkt ihrer Macht.

Die Welt sah zu und wunderte sich. Die israelischen Medien waren begeistert. In den Hauptstädten der Welt wurden die Ereignisse aufmerksam zur Kenntnis genommen und Schlussfolgerungen gezogen. Alle arabischen Medien berichteten ausführlich darüber. Aljazeera widmete diesem Phänomen eine Diskussion von einer Stunde.

Die extremsten Schlussfolgerungen der Professoren John Mearsheimer und Stephen Walt wurden in ihrer Gänze bestätigt. Am Vorabend ihres Besuches von Israel – am kommenden Donnerstag – stand die Israel-Lobby im Zentrum des politischen Lebens der USA und der ganzen Welt.

Warum ist die israelische Lobby in den USA so wichtig?

Warum eigentlich? Warum glauben die Kandidaten der amerikanischen Präsidentschaft, dass die Israel-Lobby so absolut wichtig für ihre Wahl ist?

Die jüdischen Stimmen sind natürlich wichtig, besonders in mehreren wichtigen Staaten, die das Ergebnis entscheiden werden. Aber die afrikanisch-amerikanische Wählerschaft ist größer und die spanische Gemeinde auch. Obama hat Millionen junger Wähler auf die politische Bühne gebracht. Zahlenmäßig ist die arabisch-muslimische Gemeinschaft in den USA auch kein unbedeutender Faktor.

Einige sagen, dass es das jüdische Geld sei, das ausschlaggebend sei. Die Juden sind reich. Vielleicht geben sie mehr als andere für Politisches. Aber der Mythos vom mächtigen jüdischen Geld hat einen antisemitischen Klang. Schließlich haben auch andere Lobbys und vor allem die großen multinationalen Unternehmen erhebliche Geldsummen an Obama (und seine Gegner) gegeben. Und Obama verkündete stolz, dass er hunderttausend gewöhnliche Bürger dahin gebracht habe, ihm kleine Summen zu spenden, die sich auf Dutzende von Millionen beliefen.

Stimmt, es ist bewiesen worden, dass die jüdische Lobby fast immer die Wahl eines Senators oder eines Kongressmitgliedes blockieren kann, der nicht eifrig nach der israelischen Flöte tanzt. Bei einigen exemplarischen Fällen, (die wirklich als exemplarisch geplant worden waren) hat die Lobby populäre Politiker besiegt, indem sie ihre politische und finanzielle Macht für die Wahl eines praktisch unbekannten Rivalen eingesetzt hat.
Aber bei der Wahl eines Präsidenten?

Obama kompromittierte seine Prinzipien

Die offensichtliche Kriecherei Obamas gegenüber der Israel-Lobby überragt ähnliche Bemühungen anderer Kandidaten.

Warum? Weil er seinen schwindelerregenden Erfolg bei den Vorwahlen seinem Versprechen verdankt, die Politik zu verändern, der verkommenen Praxis Washingtons ein Ende zu setzen und die alten Zyniker mit einer jungen, tapferen Person zu ersetzen, die mit ihren Prinzipien keine Kompromisse eingeht.

Und siehe da – das erste, was er macht, nachdem er seine Nominierung seiner Partei abgesichert hat: Er kompromittiert seine Prinzipien. Und wie!

Was ihn von Hillary Clinton und auch von John McCain haushoch unterscheidet, ist seine kompromisslose Haltung gegenüber dem Irakkrieg vom ersten Augenblick an. Das war mutig. Das war unpopulär. Das war völlig gegen die Israel-Lobby, die insgesamt George Bush dahin antrieb, den Krieg zu beginnen, um Israel von einem feindlichen Regime zu befreien. Und jetzt kommt Obama und kriecht im Staub zu Füßen der AIPAC und nimmt einen völlig anderen Weg auf, um eine Politik zu rechtfertigen, die völlig gegen die eigenen Ideen geht.

Nun gut, er versprach, Israels Sicherheit mit allen Mitteln zu schützen. Das ist üblich. Nun gut, er sprach dunkle Drohungen gegen den Iran aus, obwohl er versprochen hat, sich mit dessen Führer zu treffen und alle Probleme friedlich zu lösen. Nun gut, er versprach, unsere drei gefangenen Soldaten zurückzubringen (irrtümlicherweise glaubt er, dass alle drei Gefangene der Hisbollah seien – ein Irrtum, der nebenbei zeigt, dass er sehr oberflächliche Kenntnisse unserer Angelegenheiten hat.)

Aber seine Erklärung über Jerusalem sprengt alle Grenzen. Es ist keine Übertreibung, dies skandalös zu nennen.

Kein Palästinenser, kein Araber, kein Muslim wird mit Israel Frieden machen,

wenn der Haram-al-Sharif (auch Tempelberg genannt), einer der drei heiligsten Stätten des Islam und das herausragende Symbol des palästinensischen Nationalismus, nicht unter palästinensische Herrschaft kommen wird. Es ist eines der Kernprobleme des Konfliktes. Genau deswegen wurde die Camp-David-Konferenz abgebrochen, obgleich der damalige Ministerpräsident Ehud Barak bereit war, Jerusalem in irgend einer Weise zu teilen.

Nun kommt Obama und holt vom Müllplatz den abgedroschenen Slogan vom "ungeteilten Jerusalem, die Hauptstadt Israels in alle Ewigkeit" zurück. Seit Camp David haben alle israelischen Regierungen verstanden, dass dieses Mantra ein unüberwindliches Hindernis für einen Friedensprozess ist. Deshalb ist es aus dem Arsenal offizieller Slogans verschwunden - ganz still, fast geheim. Nur die israelische (und amerikanisch-jüdische) Rechte hält daran fest, und aus demselben Grund, um schon von Anfang an jede Chance für einen Frieden zu ersticken, der einen Abbau der Siedlungen nötig machen würde.

Bei früheren US-Präsidentschafts-Vorwahlen dachten die in Frage kommenden Kandidaten, es genüge zu versprechen, dass die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem umziehen solle. Nach der Wahl hat niemals einer der Kandidaten sein Versprechen erfüllt. Alle waren vom Außenministerium überzeugt worden, dass dies die grundsätzlichen Interessen der USA verletze.

Obama ging viel weiter. Es ist möglich, dass es nur ein Lippenbekenntnis ist und dass er sich sagte: Nun gut, ich muss dies sagen, um gewählt zu werden – danach wird Gott es schon richten.

Aber selbst so kann die Tatsache nicht ignoriert werden: Die Angst der AIPAC ist so schrecklich, dass selbst dieser Kandidat, der alles zu verändern verspricht, es nicht wagt. Bei dieser Sache akzeptiert er die Washington-Routine alten Stils. Er ist bereit, die grundsätzlichsten amerikanischen Interessen zu opfern. Schließlich hat die USA vitale Interessen, einen israelisch-palästinensischen Frieden zu erreichen, der es erlaubt, Wege zu den Herzen der arabischen Massen vom Irak bis nach Marokko zu finden. Obama hat sein Image in der islamischen Welt beschädigt und seine Zukunft schwer belastet – falls er zum Präsidenten gewählt werden würde.

Israel ist ein kleines Amerika und die USA sind ein großes Israel

Vor 65 Jahren standen die amerikanischen Juden hilflos da, während das Nazi-Deutschland ihre Brüder und Schwestern in Europa auslöschte. Sie waren nicht in der Lage, Präsident Franklin Roosevelt zu überzeugen, etwas Wesentliches zu tun, um den Holocaust zu stoppen. (gleichzeitig wagten Afro-Amerikaner nicht, zu nahe an die Wahllokale zu kommen, weil sie Angst vor den Hunden hatten, die man auf sie ansetzte).

Was hat dem amerikanisch-jüdischen Establishment den schwindelerregenden Zugang zur Macht verholfen? Organisatorisches Talent? Geld? Aufstieg auf der sozialen Leiter? Die Scham, dass sie während des Holocausts versagten?

Je mehr ich über dieses eigenartige Phänomen nachdenke, umso mehr komme ich zu der Überzeugung (über die ich auch schon in der Vergangenheit schrieb), dass dafür die Ähnlichkeiten zwischen dem amerikanischen und dem zionistischen Unternehmen wirklich entscheidend sind: sowohl auf dem spirituellen als auch auf praktischem Gebiet. Israel ist ein kleines Amerika und die USA sind ein großes Israel.

Die Passagiere der Mayflower flohen wie die Zionisten der ersten und zweiten Aliya (Auswanderungswelle) aus Europa und nahmen eine messianische Vision mit sich: entweder eine religiöse oder eine utopische. (Die frühen Zionisten waren zwar meistens Atheisten, aber religiöse Traditionen hatten einen mächtigen Einfluss auf ihre Vision.) Die Gründer der amerikanischen Gesellschaft waren "Pilger", die zionistischen Immigranten nannten sich selbst "olim" – eine Abkürzung für olim beregel, "Pilger." Beide segelten zu einem "verheißenen Land" und glaubten, sie seien Gottes auserwähltes Volk.

Beide litten sehr in ihrem neuen Land. Beide sahen sich als "Pioniere", die die Wüste zum Blühen bringt, ein "Volk ohne Land für ein Land ohne Volk". Beide ignorierten völlig die Rechte der einheimischen Bevölkerung, die sie als Untermenschen und Wilde und Mörder betrachteten. Beide sahen den natürlichen Widerstand der lokalen Bevölkerung als einen Beweis für ihren eingeborenen mörderischen Charakter an, der sogar die schlimmsten Grausamkeiten rechtfertigte. Beide trieben die Eingeborenen hinaus und nahmen ihr Land ein, als ob es das Normalste wäre, mit der einen Hand am Pflug und mit der Bibel in der anderen Hand auf jedem Hügel und unter jedem Baum zu siedeln.

Israel tat zwar nichts, das dem Genozid gegen die eingeborenen Amerikaner gleichkommt oder etwas wie die Sklaverei, die viele Generationen lang in den USA bestand. Aber da die Amerikaner diese Brutalitäten aus ihrem Bewusstsein verdrängt haben, hindert sie das nicht, sich selbst mit den Israelis zu vergleichen. Es scheint so, dass es im Unterbewussten beider Nationen ein Ferment unterdrückter Schuldgefühle gibt, das sich in der Leugnung vergangener Tate, in Aggressivität und Anbetung der Macht äußert.

Wie kommt es, dass ein Mann wie Obama, der Sohn eines afrikanischen Vaters, sich so vollständig mit den Taten der früheren Generationen der weißen Amerikaner identifiziert? Es zeigt wieder einmal, wie mächtig sich im Bewusstsein einer Person Mythen verwurzeln können, dass sie sich hundertprozentig mit dem eingebildeten nationalen Narrativ identifizieren. Dem könnte noch das unbewusste Bedürfnis hinzugefügt werden, zu den Siegern zu gehören – wenn möglich.

Deshalb akzeptiere ich die Spekulation mit Vorbehalt: "Nun gut, er muss so reden, um gewählt zu werden. Einmal im Weißen Haus, dann wird er zu sich selbst zurückkommen."

Ich bin mir darüber nicht so sicher. Es könnte sich herausstellen, dass diese Ideen wirklich seine geistige Welt so beherrschen.

Eines ist für mich sicher: Obamas Erklärungen bei der AIPAC-Konferenz sind sehr, sehr schlecht für den Frieden. Und was für den Frieden schlecht ist, ist auch schlecht für Israel und schlecht für das palästinensische Volk.

Wenn er, einmal gewählt, daran festhält, wird er - was den Frieden zwischen den beiden Völkern in diesem Land betrifft – gezwungen sein, zu sagen: "No, I can't."

http://www.uri-avnery.de/
Uri Avnery ist Gründer der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom. Der langjährige Knesset-Abgeordnete Avnery, 1923 in Beckum geboren und 1933 nach Palästina ausgewandert, gehört seit Jahrzehnten zu den profiliertesten Gestalten der israelischen Politik.

Aus dem Englischen von Ellen Rohlfs, vom Verfasser autorisiert.

Über 100 prominenter britische Juden sagen: WIR FEIERN ISRAELS GEBURTSTAG NICHT

30. April, The Guardian
Im Mai werden jüdische Organisationen den 60ten Jahrestag der Gründung des Staates Israel feiern. Im Zusammenhang mit Jahrhunderten der Verfolgung, die im Holocaust gipfelte, ist dies gut zu verstehen. Aber wir sind Juden, die nicht feiern werden. Denn nun ist es an der Zeit, die Erzählung der anderen anzuerkennen, den Preis, den ein anderes Volk für den europäischen Antisemitismus und Hitlers völkermörderische Politik gezahlt hat. Wie Edward Said sagte, was der Holocaust für die Juden, ist die Nakba für die Palästinenser.

Im April 1948, dem Monat des schändlichen Massakers von Deir Yassin und des Granatwerfer-Angriffs auf palästinensische Zivilisten vom Marktplatz von Haifa, kam der Plan Dalet zur Ausführung. Er sorgte für die Zerstörung palästinensischer Dörfer und die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung außerhalb der Staatsgrenzen. Wir werden nicht feiern.
Im Juli 1948 wurden 70.000 Palästinenser bei Sommerhitze ohne Nahrung und Wasser aus ihren Häusern in Lydda und Ramleh ausgetrieben, was als Todesmarsch bekannt wurde. Wir werden nicht feiern.

Insgesamt wurden 750.000 Palästinenser zu Flüchtlingen. Etwa 400 Dörfer wurden von der Landkarte getilgt. Damit war die ethnische Säuberung noch nicht zu Ende. Tausende Palästinenser (israelische Staatsbürger) wurden 1956 aus Galiläa vertrieben. Und noch viele Tausende mehr, als Israel das Westjordanland und Gaza besetzte. Kriegsflüchtlinge haben nach internationalem Recht und kraft UNO-Resolution 194 ein Recht auf Rückkehr oder Entschädigung. Israel hat dieses Recht nie anerkannt. Wir werden nicht feiern.
Wir können nicht den Geburtstag eines Staates feiern, der auf Terrorismus, Massakern und der Enteignung des Landes eines anderen Volkes begründet ist.
Wir können nicht den Geburtstag eines Staates feiern, der auch jetzt noch ethnische Säuberungen betreibt, der internationales Recht verletzt, der eine ungeheuerliche Kollektivstrafe über die Zivilbevölkerung von Gaza verhängt und der weiter die Menschrechte und nationalen Bestrebungen der Palästinenser verneint.
Wir werden feiern, wenn Araber und Juden als Gleiche in einem friedlichen Mittleren Osten leben.

Text und Liste der Unterzeichner:
http://www.guardian.co.uk/world/2008/apr/30/israelandthepalestinians

Offener Brief von Dr. Meir Margalit, israelischer Historiker,

an Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihrer Reden und ihre (Nichts-)Tuns auf der Israel-Reise

Mittwoch, 26. März 2008

Sehr geehrte Frau Merkel,
schon seit langem hat man in Israel keine Reden gehört, die solchen zionistischen Pathos hatten wie die Reden, die Sie bei Ihrem Besuch in Israel vor einer Woche gehalten haben. Sie haben es während Ihres dreitägigen Besuchs sehr klar gemacht, wie sehr Sie den Staat Israel unterstützen und gegen seine Feinde an seiner Seite stehen. Acht Minister, unzählige Regierungsangestellte und Sicherheitskräfte haben Sie mitgenommen, um mit großem Aufwand bei Ihren Gastgebern einen guten Eindruck zu hinterlassen.
Trotz des Obengenannten muss ich Sie jedoch, mit allem Respekt, darauf hinweisen, dass Sie uns keine gute Tat erwiesen haben:
Wenn sie nämlich wirklich nur Israels Wohl im Sinne gehabt hätten, dann hätten Sie die Palästinenserfrage zumindest erwähnt. Statt dessen taten Sie so, als ob es sie überhaupt nicht gäbe. Sie hätten mit klaren Worten erwähnen müssen, dass die israelische Besetzung der Palästinensergebiete unmenschlich ist und enden muss, dass Israel die besetzten Gebiete räumen, die Siedlungen auflösen und die Belagerung des Gazastreifens beenden muss.
Wenn Sie nämlich wirklich nur Israels Wohl im Sinne gehabt hätten, dann hätten Sie Abu Mazen zumindest einen Besuch abstatten sollen und sich mit dem palästinensischen Kampf um Unabhängigkeit solidarisch zeigen sollen.
Wenn Sie wirklich an der Seite Israels gegen seine Feinde stehen wollten, dann hätten Sie zuallererst den Staat Israel selbst kritisiert. Die größte Gefahr, die Israel zu fürchten hat, ist nämlich ironischerweise nicht Iran, sondern Israel selbst.
Seit 1967 betreibt der Staat Israel nämlich ein System der Selbstvernichtung. Jeder, der sich um das Wohl des Staates Israel bemüht, muss ihm helfen, dieses System zu beenden. Ich bin mir sicher, dass Sie gebildet genug sind, das zu wissen. Auch weiß ich, dass das Schuldbewusstsein des deutschen Volkes Ihnen nicht die Möglichkeit gestattet, den jüdischen Staat offen zu kritisieren. Zudem kann angenommen werden, dass in einem solchen Fall israelischen Politiker Ihnen vorgeworfen hätten, eine Antisemitin zu sein.
Trotzdem sollten Sie sich nicht davon abbringen lassen, denn der wirkliche Antisemit ist der, der angesichts der Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten schweigt, da es jedem klar ist, dass die Fortsetzung der Besetzung das Ende des Staates Israels auf sich ziehen wird. Und falls man Ihnen vorwirft, ein Antisemit zu sein, können Sie ja Ehud Olmert selbst zitieren, der vor drei Monaten sagte, dass, wenn die Besatzung nicht beendet wird, wird der Staat Israel beendet werden.
Ich würde Sie gerne darauf hinweisen, Frau Merkel, dass die Mehrheit der Israelis eingestehen, dass die Besatzung unerträglich ist und uns nicht weniger Schaden zufügt als den Palästinensern. Jedoch fehlt der israelischen Regierung die Kraft, die einzige Operation durchzuführen, die unser Leben retten kann: Die Entfernung des Tumors, der sich Besatzung nennt. Durch diesen Tumor bluten wir ununterbrochen, und er macht uns von Tag zu Tag schwächer.
Und daher brauchen wir keine Solidaritätsbekundungen und auch keine prozionistischen Reden, sondern internationalen Druck, der die Besetzung beenden kann. Alleine schaffen wir das nämlich nicht. Jedoch mit Hilfe unserer europäischen Freunde gibt es eine Chance, Ruhe und Frieden für beide Völker zu erreichen.

Zum Schluss würde ich Sie gerne darauf hinweisen, dass ich zwar kein Moralist bin, aber dennoch denke, dass Sie eine der wichtigsten moralischen Lektionen des Zweiten Weltkrieges vergessen haben: Nämlich, dass man bei Menschenrechtsverletzungen nicht schweigen darf, und dass man gegen jedes Regime, das ein anderes Volk unterdrückt, kämpfen muss. Heute sind wir leider die Unterdrücker. Es ist daher Ihre Aufgabe, mit lauter Stimme zu sagen, dass das 21. Jahrhundert keinen Platz für Besatzungsmächte und Unterdrücker hat, und dass jedes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung hat. Israel braucht diesen Druck um seiner selbst willen. Wer Israel liebt, muss Druck ausüben, bis die Besetzung beendet ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Meir Margalit, Historiker, Aktivist der israelischen Friedensbewegung und ehemaliges Stadtratsmitglied von Jerusalem von der Meretz-Partei
(Übersetzt aus dem Hebräischen von Benjamin Rosendahl)

Marc Laimé

Katastrophale Wasserwirtschaft in Ländern, in denen Krieg herrscht

Gaza

Der lang andauernde Konflikt in den palästinensischen Gebieten bringt zusätzlich zu den direkten und indirekten Auswirkungen der Militäraktionen eine allgemeine Verschlechterung der Umweltsituation mit sich, die durch den Zusammenbruch der Verwaltungsstrukturen hervorgerufen wird. Durch die Zerstörung der Abwassernetze und der Wasserversorgung erhöhen sich die Risiken für die Verschmutzung des Grundwassers, und damit die schwere Beeinträchtigung der Gesundheit der betroffenen Bevölkerung. Am Beispiel des Gazastreifens sieht man, dass diese Beeinträchtigungen, die alle Gebiete betreffen, welche über längere Zeit Konfrontationen ausgesetzt waren, schließlich viel tödlicher sind als die dafür verantwortlichen bewaffneten Konflikte. Sie sind viel dauerhafter, denn die Einstellung der Feindseligkeiten bedeutet niemals eine unmittelbare Rückkehr zum Frieden in eine entseuchte und sichere Umwelt.

Alain Gresh hat am 6.März des vergangenen Jahres unterstrichen, dass es sich um die schlimmste humanitäre Katastrophe seit 1967 handelt (1). Ein Brief von Stevan Erlanger, den die New York Times am 6.November 2007 veröffentlicht hatte (2), stellte bereits die zunehmenden Risiken für die Gesundheit, die aus der fehlenden Wartung der Infrastruktur für die Wasser- und Abwasserwirtschaft entstehen, da Israel Sicherheitsmaßnahmen getroffen hat hinsichtlich der Importe von Energie, Pumpen, Rohren und anderen Ersatzteilen, die für ein korrektes Funktionieren der Netze unter der Kontrolle der Hamas notwendig wären.
Seit Mai 2007 wurden 149 öffentliche Brunnen nicht mit dem notwendigen Treibstoff versorgt und aufgrund fehlender Ersatzteile nicht gewartet. Als Folge davon, haben 15% der Bevölkerung des Gazastreifens (225.000 Menschen) nur zwei Stunden am Tag Zugang zu Wasser.
En Protokoll, das durch einen Artikel von Mel Frykberg vom 2. Januar 2008 in der Middle-East-Times bestätigt wird (3), erläuterte obendrein, dass die Wasserqualität schon seit einem Jahr nicht wieder geprüft wurde, da die für die Analyse zuständigen Labore die notwendigen chemischen Stoffe für diese Tests nicht importieren konnten. Die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor einigen Jahren durchgeführten Tests hatten dennoch ergeben, dass das Wasser im Gazastreifen nur unter schweren Risiken für die Gesundheit zu konsumieren ist.
Außerdem gehen Experten davon aus, dass durch fehlende Ersatzteile eine der 35 Abwasserpumpstationen im Gazastreifen bald nicht mehr funktionieren wird. Dies bedeutet, dass es einen Rückfluss der Abwässer in die Häuser und Straßen geben wird, mit all den hygienischen Problemen, die damit einhergehen.

Die Schwere der Lage hat Herrn Tony Blair, den ehemaligen Premierminister von Großbritannien, momentan Delegierter des «Quartetts», dazu veranlasst, sich für ein Projekt der Weltbank zu engagieren, das in einem Notfallplan die Abwasserentsorgung im nördlichen Teil des Gazastreifens verbessern soll. Es geht vor allem darum, von den israelischen Behörden die Genehmigung zu erhalten, die Ersatzteile schnell dorthin zu befördern, ohne die das Weltbank-Projekt zum Scheitern verurteilt ist.

Lesen sie den Bericht mit dem Titel «Geiseln der Politik: Die Auswirkungen der Sanktionen und die Blockade des Menschenrechtes auf Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Gazastreifen", veröffentlicht am 23. Januar 2008 durch das Zentrum für Wohnrecht und gegen Zwangsräumung (http://blog.mondediplo.net/IMG/pdf/COHRE_Report_-_Hostage_to_Politics.pdf).
S. auch von Julie Trottier „Mauer, Wasser und Macht: Der israelische „Verteidigungszaun" http://blog.mondediplo.net/IMG/pdf/Trottier-2007.pdf
Wasser: Eine Kriegswaffe, die von Israel eingesetzt wird.http://www.mondialisation.ca/index.php?context=va&aid=8329
Amria Hass: Israel exportiert Wasser in die Schweiz http://www.protection-palestine.org/spip.php?article5993

Die Spätfolgen von Kriegen

Bewaffnete Konflikte haben negative Auswirkungen auf die Umwelt und auf die Bevölkerungen, zusätzlich zu den direkt gewaltsam zu Tode gekommenen Menschen. Die Zerstörung der Industrie- und Militärstandorte führen zu massiver Verschmutzung, die jenseits der unmittelbaren und mittelfristigen Auswirkungen auf das Gesundheitssystem auf lange Sicht die lebenswichtigen Strukturen zerstören, indem beispielsweise Schwermetalle und gefährliche Substanzen in die Luft, den Boden und die Süßwasservorkommen abgegeben werden. Die Durchfahrt von Militärfahrzeugen zerstört die Böden und die Vegetation von fragilen Ökosystemen.
Die Konflikte führen ebenso zur Zerstörung von Infrastrukturen, wie z.B. Bewässerungssysteme, wodurch die landwirtschaftliche Produktion eingeschränkt und die Nahrungsmittelerzeugung gestört werden, was zu Hunger und Mangelernährung führt. Sie erzeugen demzufolge massive Flüchtlingsströme, die sich auf eingeschränkte Zonen konzentrieren und einen sehr hohen Ressourcenverbrauch mit sich bringen, um lebenswichtige Bedürfnisse zu befriedigen.
Wenn diese Konflikte, wie in den palästinensischen Gebieten, ewig dauern, kommen zu den direkten und indirekten Auswirkungen der militärischen Aktionen noch die allgemeinen Verschlechterungen der Umweltbedingungen hinzu, die durch den Zusammenbruch der Verwaltungsstrukturen entstehen. Durch die Zerstörung der Abwassernetze und der Wasserversorgung erhöhen sich die Risiken für die Verschmutzung der nicht geschützten unterirdischen Wasservorkommen. Die Zerstörung von Häusern setzt gefährliche Stoffe frei, wie z.B. Asbest. Außerdem führt eine nicht mehr vorhandene Müllabfuhr zur Verbrennung von Abfällen unter freiem Himmel.
Diese Zerstörungen der Umwelt haben viel mörderischere Auswirkungen als die bewaffneten Konflikte, welche dafür die Ursache sind. Sie dauern noch lange fort, denn die Einstellung der Feindseligkeiten bedeutet niemals eine unmittelbare Rückkehr zum Frieden in einer stabilisierten und sicheren Umgebung.
Die unbenutzten Waffen stellen ebenso eine Bedrohung für Mensch und Umwelt dar. Dies ist der Fall an Standorten von Fabriken für Nuklearwaffen und chemischen Waffen aus dem kalten Krieg, die durch giftige Stoffe, Arsenik, Dioxine und radioaktive Substanzen verseucht sind.
Im 2. globalen Bericht über die Bewirtschaftung der Wasserreserven wird geschätzt, dass Kriege und Verfolgung bereits ungefähr 17 Millionen Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelte hervorgerufen haben. Diese Migrationsbewegungen haben starke Auswirkungen auf die Wasserreserven der Regionen, in welche diese Menschen zwangsumgesiedelt wurden.
Die Region des Mittleren Ostens wurde besonders von diesen Problemen heimgesucht.

Das Wasser im Irak

Nach dem ersten Golfkrieg waren 30% der Wasserreserven von Kuwait 10 Jahre lang unbrauchbar.
Heute kann man unter der kurdischen Zivilbevölkerung, die 1987 -1988 mit biologischen und chemischen Waffen bombardiert wurde, seltene Krebserkrankungen, Missbildungen bei Kindern, Fehlgeburten, wiederkehrende Lungenentzündungen und schlimme neuro-psychiatrische Probleme feststellen.
Die Waffen mit abgereichertem Uran, die während der Konflikte im Kosovo, in Serbien-Montenegro und im Irak eingesetzt wurden, verschmutzen noch heute zahlreiche Standorte.
Die irakischen Kinder waren dreimal Opfer der Konflikte, von denen dieses Gebiet seit dreißig Jahren heimgesucht wurde. Der achtjährige Krieg mit dem Iran in den 80er Jahren und der Golfkrieg im Jahr 1991 hatten schon beträchtliche Schäden an der Infrastruktur mehrerer Länder zur Folge.
Die Zerstörung zahlreicher Feuchtgebiete in den Sümpfen im Süden des Irak hatte ebenso die Migration der Bevölkerung wie das Verschwinden bestimmter Sprachen und Kulturen zur Folge, die tief in ihrer natürlichen Umgebung verwurzelt waren.
Über 700 Erdölquellen wurden 1991 in Kuwait angezündet. Der Temperaturrückgang und die Verschmutzung der Trinkwassernetze in Folge dieser riesigen Brände führten zum Tod von fast 100.000 Menschen.
Der Irak war zwölf Jahre lang das Ziel harter Sanktionen der Vereinten Nationen. Obwohl das Programm „Öl gegen Lebensmittel“ 1996 der irakischen Regierung erlaubt hatte, das Öl zu verkaufen und die Einkünfte daraus für den Einkauf von humanitären Hilfslieferungen zu finanzieren, wodurch die Auswirkungen der Sanktionen – zumindest zum Teil- verringert wurden, waren die Folgen der Sanktionen enorm.
Eine teilweise Evaluierung der Situation durch den Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen (UNICEF) in Bagdad 2003 ergab, dass die Mangelernährung doppelt so weit verbreitet war wie zu der Zeit vor dem Krieg. Sieben von zehn Kindern hatten Durchfall unterschiedlicher Ausprägung, was zu einem Verlust von Nährstoffen und oft zum Tod führt, falls sie nicht entsprechend behandelt werden.
Das Gesundheitssystem und die Wasserversorgung, die bereits auf einem schlechten Stand war, ist heute fast vollkommen verdorben, was zum Mangel an Trinkwasser oder zu dessen Verschmutzung führt, wodurch die Gefahr, an Durchfall zu erkranken, zunimmt.
Man schätzt, dass 270 000 Kinder, die nach dem Krieg geboren wurden, keine notwendigen Impfungen erhalten, und dass alle Programme für Routineimpfungen unterbrochen wurden. Darüber hinaus ist der Vorrat an Impfstoffen aufgrund der Unterbrechung der Kühlung unbrauchbar geworden. Die Kanalisation befördert in den Tigris und den Euphrat täglich hunderte Tonnen von Abwasser, das nicht behandelt wurde. Da die Vorräte an chemischen Stoffen zur Wasserreinigung geplündert oder zerstört wurden, ist die Qualität des Wassers, das in die Häuser gepumpt wird, extrem schlecht und führt bei Kindern viel häufiger zu Krankheiten und Mangelernährung.
Als Folge davon hat sich die Kindersterblichkeit seit 1990 dramatisch erhöht. In den 90er Jahren wurde im Norden und im Zentrum des Landes der bedeutendste Anstieg verzeichnet, dort stieg die Sterblichkeit der weniger als fünf Jahre alten Kinder von 56 auf 131 pro 1000 Geburten. Wegen der besonders unsicheren Lage bleiben viele schwangere Frauen zu Hause und werden daher weder vor noch nach der Geburt betreut.
Eine Erhebung zur Bildung im Irak (Iraq Education Survey), die von der irakischen Regierung mit der Unterstützung von UNICEF zu Beginn des neuen Millenniums in den am stärksten betroffenen Regionen durchgeführt wurde, ergab, dass 70% der Grundschulen keinen Zugang mehr zur Wasserversorgung hatten. Ein am 30.Juli 2007 einvernehmlich vom britischen karitativen Verband Oxfam und dem Koordinationskommittee der NGO's im Irak veröffentlichter Bericht ergab, dass ungefähr acht Millionen Iraker dringend Wasser und funktionierende Abwassersysteme benötigen. Insgesamt fehlt es 70% der Iraker an einer adäquaten Wasserversorgung gegenüber 50% im Jahr 2003.
Ein Sprecher der Iraq Aid Association berichtete im Sommer 2007: «In bestimmten Flüchtlingscamps bei Baqouba, Najaf und Missan schöpfen die Familien unter freiem Himmel Wasser aus den Gullys, die sich in der näheren Umgebung befinden, filtern es durch Stoffstücke und trinken es, ohne es vorher abzukochen. »
«Es besteht kein Zweifel daran, dass zahllose Flüchtlingsfamilien und Einheimischen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, zum Teil wegen der unsicheren Verhältnisse und zum anderen Teil aufgrund der fehlenden Stromversorgung oder der fehlenden Infrastrukturen für eine Wasserversorgung. [...] Zahlreiche Familien nutzen verbotener Weise die Kanalisation, bohren Brunnen und trinken das Wasser aus den Flüssen.“ erklärte zur gleichen Zeit Claire Hajaj, Sprecherin in den irakischen Büros der UNICEF.
Im Februar 2008 warnten mehrere Berichte vor einer drohenden Cholera-Epidemie (4)
Ein weiterer Hinweis – falls es überhaupt noch nötig ist - über den Zerfall der irakischen Infrastrukturen und das Chaos, das durch den Konflikt hervorgerufen wurde: Der amerikanische Senator Byron Dorgan brachte während einer Pressekonferenz am 10.März 2008 sein Entsetzen über einen Bericht zum Ausdruck, den die US Armee veröffentlicht hatte. Dieser besagte, dass das Unternehmen Halliburton, Besitzer riesiger Märkte, die ihm das Pentagon zugestanden hatte, den im Irak stationierten amerikanischen Truppen verseuchtes Wasser geliefert hatte (5).

Rohstoffe als Ursache für bewaffnete Konflikte

Wenn die Umwelt so starken und lang andauernden Auswirkungen bewaffneter Konflikte ausgesetzt ist, kann sie selbst auch zur Quelle für Spannungen und Konflikte werden.
Die Verschlechterung und die Verknappung der Rohstoffe, aufgrund einer steigenden Ausbeutung, verstärkt durch die klimatischen Entwicklungen und Ereignisse, erzeugen Rivalitäten unter der Bevölkerung wenn es um die Frage nach landwirtschaftlichen Nutzflächen, nach Süßwasser, Wald- oder Fischvorkommen geht. Auch wenn solche Konflikte meistens im Innern eines Landes entstehen, existieren diese auch auf internationaler Ebene, denn die grundlegendsten Ressourcen werden je knapper desto stärker umkämpft, besonders wenn auch noch demografische Herausforderungen hinzukommen.
Außerdem, auch jenseits der Ressourcen, welche auf lange Sicht das Leben der Gemeinschaften sichern können, ist die Ausbeutung der Bodenschätze ein Kriegsgrund geworden und ein Mittel, die Konfliktparteien zu finanzieren. Der Überfluss an Bodenschätzen führt somit dazu, dass sie unterschlagen und durch Gewalt kontrolliert werden. Diese Aneignung der Bodenschätze betrifft insbesondere die afrikanischen Länder, die reiche Vorkommen an Öl, Diamanten, Erzen oder Holz besitzen. Sie wird von den Unternehmen und den Importländern aufrecht erhalten, deren wirtschaftliche Herausforderungen auf Kosten der Transparenz gehen und zu lächerlichen internationalen Sanktionen führen.
Jedoch ist die Knappheit an Umweltressourcen niemals die einzige Ursache eines Konfliktes, und sie sind nur selten der Auslöser dafür. Letzteres ergibt sich oft aus der Schwierigkeit einer Gemeinschaft, mit Knappheit umzugehen und die Ressourcen gerecht zu teilen, wofür wirksame Gesetze und Verwaltungsstrukturen notwendig sind.

Umwelt und Frieden

Als man sich über die möglichen Auswirkungen der Konflikte auf die Umwelt bewusst wurde, hat dies 1977 zur Unterzeichnung einer Konvention geführt, die den Einsatz von Techniken zu militärischen oder anderen feindlichen Zielen, die die Umwelt verändern, verbot.
Man schätzt in der Tat, dass 27% der exter-

nen Entwicklungshilfe durch den Wiederaufbau der Wirtschaft, von verwüstetem Leben, von zerstörter Infrastruktur, insbesondere von Wasserbetrieben und Stromversorgung, durch den Wiederaufbau und die Restaurierung der Bewässerungssysteme, die beschädigt wurden, und durch die Entminung am Ende von bewaffneten Konflikten aufgebraucht werden.
Es entstehen Initiativen, die Konflikten vorbeugen oder sie beenden wollen und sich der Verbreitung von Leichtwaffen entgegenstellen. Oft handelt es sich hierbei um Organisationen, die von Frauen gegründet wurden.
Die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes und der Umweltverwaltung kann auch helfen, den Frieden aufrechtzuerhalten oder wieder aufzubauen. Die Einrichtung von internationalen Schutzgebieten führt auch dazu, dass die Ursachen für Spannungen zwischen Ländern reduziert werden. Wie im mesoamerikanischen biologischen Korridor, der sich grenzüberschreitend von Mexiko nach Kolumbien erstreckt, aber auch zwischen Israel und Jordanien durch einen Marinapark im Roten Meer.
Die Umweltfrage kann auch die Vorbeugung von Konflikten positiv beeinflussen und Motor für eine regionale Entwicklungs- und Kooperationsstrategie werden.
Wenn hierbei Wasserläufe integriert werden, führt dies ebenso zu einer Konfliktprävention. So arbeitet die Initiative des Nilbeckens, wozu Anrainerländer und internationale Organisationen gehören, an der Interessensverwaltung aller und erhält so die ökologische Qualität und sogar das Überleben des Flusses.
Die Internationale Gemeinschaft muss sich jedoch unbedingt engagieren, damit die juristischen Mittel und die aktuellen Schutzmechanismen für die Umwelt in Zeiten des Krieges gestärkt werden. Hierzu gehört auch die Schaffung einer internationalen spezifischen Rechtssprechung denn die Anwendung neuer Regeln ist notwendig, um die Risiken für die Umwelt und die Gesundheit zu reduzieren. Es müssen ebenso die Entschädigungen, die den Opfern zukommen sollen und neue Arten der Kooperation festgelegt werden, um Herausforderungen für die Umwelt zu begegnen und den Zugang zu gesunden Ressourcen zu ermöglichen.

(1) http://blog.mondediplo.net/2008-03-06-Gaza-la-pire-situation-humanitaire-depuis-1967
(2) http://www.nytimes.com/2007/11/06/world/middleeast/06cesspool.html?_r=1&ref=world&oref=slogin
(3)http://www.metimes.com/International/2008/01/02/gaza_sewage_water_disaster_looms/5312/
(4) http://therealnews.com/web/index.php?thisdataswitch=0&thisid=1226&thisview=item
(5) http://therealnews.com/web/index.php?thisdataswitch=0&thisid=1113&thisview=item

http://blog.mondediplo.net/2008-03-10-Desastre-sanitaire-a-Gaza-l-eau-dans-les-pays-en, 10. März 2008
Übersetzung: Kirsten Heininger , *www.coorditrad.attac.org*

Marc Laimé
Über eine Milliarde Menschen ohne Wasser – warum?

Trotz wiederholter Verpflichtungserklärungen seitens der internationalen Staatengemeinschaft ist der Zugang zu Wasser für immer mehr Menschen noch immer nicht gewährleistet. Wenn sich nichts ändert, droht der Hälfte der Weltbevölkerung binnen 20-30 Jahren ein Wassermangel. Der Zugang zu Wasser steht auf grausame Weise stellvertretend für die Ungleichheiten, die den Planeten durchziehen – und wird damit eine der größten Herausforderungen für das 21. Jahrhundert. Die Lösungen sind vorhanden, doch für den herrschenden Kapitalismus sind Armut und Wasserversorgung kein Thema. Vielleicht war es noch nie so einfach, den Beweis dafür zu erbringen.

Ressourcen, Verbrauch, Verluste: Die Benachteiligung ist strukturell

Man würde meinen, diese wertvolle Ressource wäre reichlich vorhanden. An die 40.000 km³ Süßwasser fließen alljährlich auf den Landmassen des Planeten. Der Jahresverbrauch an Wasser liegt bei ca. 30.000 km³, sodass es möglich sein müsste, jeden der 6,5 Mrd. Erdenmenschen mit 7.000 m³ Wasser zu versorgen. Nun ist es so, dass nicht die Gesamtheit dieser Ressourcen benutzt werden kann – dies ginge zu Lasten der Wasserlebensräume, die für die Umweltqualität oder auch die Klärmaßnahmen eine zentrale Rolle spielen.
Außerdem sind die Vorkommen sehr ungleich auf den Planeten verteilt. 60 % der weltweiten Süßwasserreserven entfallen auf nur neun Länder: Brasilien, Russland, Kanada, China, Indonesien, die USA, Indien, Kolumbien und Peru. Asien, wo 60 % der Weltbevölkerung leben, verfügt über nur 30 % der verfügbaren Süßwasserressourcen. Die durchschnittlichen Wasserressourcen pro EinwohnerIn schwanken je nach Land gewaltig; zwischen den Golfemiraten und Island liegt das Verhältnis beispielsweise bei 1:20.000. In dem riesigen Dreieck Marokko–Sudan–Pakistan, das über 20 Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Mittelasiens umspannt, ist der Wassermangel strukturell bedingt. JedeR EinwohnerIn hat dort im Durchschnitt weniger als 1.000 m³ pro Jahr zur Verfügung, was einer "chronischen Knappheit" entspricht.
Parallel dazu nimmt die Verschwendung mit steigendem Lebensniveau der Bevölkerung zu, da die zahlreichen Haushaltsgeräte zum Wasserverbrauch verleiten. Die EuropäerInnen beanspruchen heute im Alltag acht Mal so viel Wasser wie noch ihre Großeltern. Die EinwohnerInnen Sydneys verbrauchen durchschnittlich über 1.000 l Trinkwasser pro Tag, die AmerikanerInnen 600 l und die EuropäerInnen 100-200 l. Zum Vergleich: Der Verbrauch je EinwohnerIn in manchen Entwicklungsländern liegt im Durchschnitt bei nur etwa 20 l am Tag.
Es wäre auch dringend notwendig, die beträchtlichen Verluste einzudämmen, die in den Leitungssystemen der armen Staaten – sofern vorhanden – auftreten. Mitunter geht bis zur Hälfte des eingespeisten Wassers verloren! Gegenwärtig werden nur 55 % des bereitgestellten Wassers tatsächlich verbraucht. Die verbleibenden 45 % gehen verloren, entweder durch Entwässerung, Lecks und Verdampfung bei der Bewässerung, oder aufgrund undichter Trinkwasserleitungen.

Wasserversorgung: eine politische Frage

Im Januar 2008 veröffentlichte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Studienergebnisse (1) zweier ForscherInnen aus ihren Reihen. Darin erfolgt eine Neuberechnung der Investitionen, die bis 2015 weltweit aufzubringen wären, um für die Hälfte der Menschen, die bislang auf die Trinkwasser- und Sanitärversorgung verzichten müssen, diese zu sichern. Es gibt 1,1 Mrd. Menschen, die keinen Zugang zu Trinkwasser haben, und 2,6 Mrd. Menschen fehlt es an grundlegenden Sanitäreinrichtungen.
(…) Selbst wenn es auch nicht genug zuverlässige Daten über die weltweiten jährlichen Ausgaben im Wasserbereich vorhanden zu sein scheinen, wird allgemein geschätzt, dass diese sich zwischen 500 und 800 Mrd. US-Dollar bewegen. Diese Summe umschließt sämtliche Ausgaben im Zusammenhang mit Wasser auf der Welt, von der Wasserwirtschaft bis zu Investitionen.
Die – übrigens wechselhaften – Einschätzungen der Anstrengungen, die die internationale Staatengemeinschaft unternehmen "müsste", um den Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen auf der ganzen Welt zu finanzieren, sind mit eben diesem Maßstab zu messen.

Doch seltsamer Weise wird dieser – doch so offensichtliche – Zusammenhang nie ins Blickfeld gerückt. Was wohl daran liegt, dass er ungeschmückt eine "unbequeme Wahrheit" zu Tage treten lässt...
Im Verhältnis zu diesen 500-800 Mrd. $, die heute weltweit pro Jahr für das Wasserwesen ausgegeben werden, sind sowohl die konkreten Finanzierungen zugunsten der Wasserversorgung der ärmsten Weltbevölkerung als auch die "Plädoyers" und angekündigten "Finanzierungszusagen" zugunsten der Ärmsten letztlich absolut lächerlich, ja: ein Hohn. Vom Raubbau und der maßlosen Verschwendung der immer knapper werdenden Ressourcen einmal ganz abgesehen.

Der Umgang des Kapitalismus mit den Ärmsten.

Wie die französische Tageszeitung Libération am 12.03.2008 berichtete, beliefen sich die Gewinne der im CAC 40, dem Leitindex der Pariser Börse erfassten Unternehmen, [im Jahr 2004] auf insgesamt 66 Mrd. Euro. 2005 waren es 84,5 Mrd. 2006 97,7 Mrd. Für 2007 ist nur mit einer begrenzten Steigerung zu rechnen (um die 2 %). Doch dürfte erstmals die symbolische Schwelle der 100 Milliarden überschritten werden.(2) (...) *"Die Aktionäre reiben sich bereits die Hände. Der Ausschüttungssatz (Gewinnanteil, der den Aktionären zukommt) sollte gegenüber dem Vorjahr höher sein. Insgesamt dürften Dividenden von mehr als 40 Mrd. Euro in ihre Taschen fließen."*
Rein rechnerisch würde schon die Hälfte der 2007 an die Anteilseigner der größten Unternehmen Frankreichs ausgeschütteten Dividenden – also an die 20 Mrd. Euro – genügen, um den Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen für die Hälfte der nicht versorgten Menschen zu finanzieren. Und das millionenfache Sterben durch Wassermangel zu verhindern.
So gesehen lässt sich besser begreifen, warum die ritualartig wiederholten Meldungen zur Finanzierung der Wasserversorgung für die Ärmsten auf eine humanitäre Frage beschränkt bleiben – wiewohl es sich um eine politische Frage handelt.Die unzureichende Wasserversorgung symbolisiert unerbittlich die Ungleichheiten, die den Planeten durchziehen. Aus diesem Blickwinkel ist jeder Staat und jede Kommune direkt verantwortlich, wenn der Bevölkerung kein Zugang zu diesen lebenswichtigen Ressourcen ermöglicht wird. Der Preis für ein Gesellschaftsmodell, das den Privilegierten der Welt berauschende Dividenden zukommen lässt, ist auch an den verursachten "Kollateralschäden" zu messen.

Die neue WHO-Studie zur Finanzierung der Wasser- und Sanitärversorgung

Die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf dem "Milleniums-Gipfel" 2000 in New York verabschiedeten Entwicklungsziele enthielten die Zielsetzung, *"bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte zu senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben"* (Zielvorgabe 10). Aufgrund der Relevanz für eine Reihe von Krankheiten ist diese 10. Zielvorgabe natürlich eng mit dem Aspekt der Volksgesundheit verknüpft.
Es wurde oftmals kritisiert, dass die Zielsetzung bloß auf eine Halbierung der Bevölkerung ohne adäquaten Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen vorsieht; dennoch ist festzustellen, dass sie in der internationalen Staatengemeinschaft heute geradezu als verbindlich angenommen wird und dass alle heute aufgestellten Schätzungen zur Finanzierung der Wasserversorgung auf diese Vorgabe Bezug nehmen.
Die in der Studie vorgenommene Einschätzung über die zur Verwirklichung des Ziels zu erreichende Bevölkerung stützt sich auf vorhandene Daten zur Verwendung zufriedenstellender Wasser- und Sanitärquellen aus den Jahren 1990 und 2004, unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums. (…)
Die vorgenommene Untersuchung ermöglicht also, die zwischen 2005 und 2014 **jährlich erforderlichen Investitionen** aufzuzeigen, um das zehnte Milleniumsziel zu verwirklichen, wobei die Ausgaben für Wasser (50,2 %) etwas höher ausfallen als die für die Sanitärversorgung (49,8 %).
Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Gesamtausgaben, die in den Entwicklungsländern bis 2014 allein dafür zu tätigen sind, um für die Hälfte der betroffenen Menschen eine Versorgung herzustellen (gemäß dem 10. Milleniumsziel), sich auf 42 Mrd. US-$ (Wasser) bzw. 142 Mrd. US-$ (Sanitär) beziffern. Pro Jahr entspricht dies – für Wasser und Sanitärinfrastruktur zusammen genommen – 18 Mrd. US-$ (12,4 Mrd. Euro), um der Hälfte der Bevölkerung in den armen Ländern eine Versorgung zu bieten.
Gleichzeitig hält der Bericht allerdings fest, dass allein die Erhaltung der bestehenden Einrichtungen zusätzliche 322 Mrd. US-$ (Wasserversorgung) plus 216 Mrd. US-$ (Sanitärversorgung) erfordert. Das sind im Zeitraum 2005-2014 insgesamt 538 Mrd. US-$, bzw. 54 Mrd. US-$ (35,8 Mrd. Euro) pro Jahr für die Wartung vorhandener Installationen, die überwiegend in den entwickelten Ländern vorhanden sind oder den wohlhabendsten Minderheiten in den Entwicklungsländern zugute kommen.
Rechnet man die Schaffung neuer Infrastrukturen für die armen Länder und die Erhaltung der – v. a. in den entwickelten Staaten – vorhandenen Infrastrukturen zusammen, beträgt der jährlich notwendige Investitionsaufwand für Wasser und Sanitärversorgung laut der WHO-Studie 70 Mrd. US-$ (48,2 Mrd. Euro).
Die Studie legt ferner dar, dass die Ausgaben zur Versorgungsausweitung hauptsächlich ländlichen Zonen zugute kommen (64 %), während die Ausgaben zur Erhaltung existenter Infrastrukturen in erster Linie urbanen Zonen (73 %) zugute kommen.
Außerdem zeige sich, dass eine wirksame Umsetzung des Programms "zusätzliche Aufwendungen von 10-30 %" erforderlich macht, um die Verwaltungskosten abseits der Umsetzungsorte der Maßnahmen zu decken.
Diese Einschätzungen wären einer kritischen Erörterung zu unterziehen, doch ist ihnen zugute zu halten, dass sie eine willkommene Perspektive eröffnen, während die regelmäßigen Verlautbarungen der internationalen Staatengemeinschaft die Wasserproblematik systematisch auf ihre menschliche Dimension reduzieren und die politische außer Acht lassen.

(1) http://www.who.int/bulletin/volumes/86/1/07-046045/en/index.html
(2) http://www.liberation.fr/actualite/economie_terre/315132.FR.php

Quellen:
Hutton, G. / Bartram, J. (Januar 2008). Coûts globaux pour l'atteinte des Objectifs du millénaire pour le développement pour l'approvisionnement en eau et l'assainissement (Regional and Global Costs of Attaining. the Water Supply and Sanitation Target).
Online veröffentlich am 20. November 2007.
Gedruckte Fassung: Bulletin de l'Organisation mondiale de la santé ; vol. 86, no. 1 ; p. 13-19., Januar 2008.
Kontakt: Guy Hutton, Water & Sanitation Programme (WSP) der Weltbank in Kambodscha. ghutton@worldbank.org

14. März 2008
Übersetzung: Bernhard Sallegger, coorditrad.
Kürzungen: SiG-Redaktion

Marc Laimé ist für die Seite „Carnets d´eau" (Wassernotizen) in Le Monde Diplomatique verantwortlich
http://blog.mondediplo.net/-Carnets-d-eau-

Hinweise der SiG-Redaktion:

Bericht der Weltgesundheitsorganisation-von Juni 2008:
http://www.who.int/quantifying_ehimpacts/publications/saferwater/en/index.html

Drei Karten von Philippe Rekacewicz über den Zugang zum Wasser weltweit:
http://blog.mondediplo.net/2008-06-27-Acces-a-l-eau-les-benefices-sanitaires-et#

http://www.remunicipalisation.org/ ist ein Zusammenschluss von Organisationen und örtlichen Verwaltungen, die sich für die **Rekommunalisierung der Wasserversorgung** einsetzen.

Jörg Huffschmid
Zauber des Abschwungs

Politik und Wissenschaft machen die Finanzkrise für den ökonomischen Niedergang verantwortlich. Das Finanzkapital nutzt die Konjunkturflaute unterdessen für eine weitere Verschiebung der Machtverhältnisse zu seinen Gunsten

In der Diagnose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland herrscht gegenwärtig eine seltene partei- und strömungsübergreifende Einmütigkeit: Der Höhepunkt des Aufschwungs ist vorbei, 2008 wird schlechter. Alle früheren Wachstumsprognosen sind kräftig nach unten korrigiert worden. Eine fast ebenso breite Übereinstimmung besteht darüber, daß dieser Abschwung im Wesentlichen mit der weltweiten Finanzkrise zu tun hat. Besonders klar äußert sich die Bundesregierung: Eine insgesamt kerngesunde Wirtschaft wird unglücklicherweise durch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten nach unten gedrückt. In dieser Sicht sind Verdienst und Schuld praktisch verteilt. Die Gesundheit der Wirtschaft und die Dynamik der Konjunktur sind das Verdienst deutscher Reformpolitik, während die Probleme bekanntlich aus den USA über die Welt gekommen sind. Auch weniger regierungstreue Analysen gehen davon aus, daß die aus den Fugen geratenen Finanzmärkte wesentlich mitverantwortlich für den Abschwung sind und diesen auf jeden Fall verschärfen und vertiefen werden. In vielen Publikationen – vom Internationalen Währungsfonds über das Handelsblatt bis zu linken Journalen – erscheinen apokalyptische Szenarien, in denen die Finanzkrise »Hunderte Milliarden Dollar an Werten vernichtet«, zur »Kernschmelze« des Finanzsystems ausufert und die Weltwirtschaft in einen bodenlosen Abwärtsstrudel zu stürzen droht. Der Marktfundamentalismus hat sich in einer breiten Öffentlichkeit gründlich blamiert. Ultraliberale Banker gestehen irritiert, daß die Selbstregulierungskräfte des Marktes auf geradezu groteske Weise versagt haben. Systemkritiker sehen in der Krise den spektakulären Beleg für die Irrationalität und menschenverachtende Destruktivität des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus (FMK).

Im folgenden will ich drei Probleme auseinander halten und zunächst getrennt diskutieren: den Konjunkturabschwung, die Finanzkrise und den Finanzmarktkapitalismus. Ich will dreierlei zeigen: *Erstens* hat der aktuelle **Abschwung kaum etwas mit der Finanzkrise zu tun**. *Zweitens* zeigen sich bisher nur **geringe Rückwirkungen** der Finanzkrise auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, und es ist nicht wahrscheinlich, daß sich dies ändert. *Drittens* **liegt die Destruktivität und Menschenfeindlichkeit des FMK nicht in erster Linie in den gelegentlichen Spekulationskrisen. Sie liegt vielmehr in einer massiven Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die tief in die Produktionsverhältnisse und Arbeitswelt der Menschen eingreift und die Herrschaft der Oberschicht festigt.**

Der Abschwung ist hausgemacht

Der wirtschaftliche Abschwung des Jahres 2008 hat nichts mit der weltweiten Finanzkrise zu tun. Er wäre auch ohne diese gekommen und **entspricht dem zyklischen Muster kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung**. Nach der Beinahe-Rezession in den Jahren 2000 bis 2002 gab es ab 2003 einen schwachen Aufschwung, der im wesentlichen von den Investitionen und den Ausfuhren getragen war und jetzt zu Ende geht. Die Investitionen waren vor allem deshalb stark angestiegen, weil die Unternehmen in regelmäßigen Abständen ihre alten Fabriken und Produktionsanlagen erneuern müssen, um mit der Konkurrenz mithalten zu können und im Geschäft zu bleiben. Diese Ersatzinvestitionen finden statt, auch wenn die Gesamtnachfrage insgesamt schwach ist. Allerdings geht diese Welle irgendwann zu Ende. Wenn es dann keine größeren Absatzaussichten gibt, brechen die Investitionen insgesamt ein. Auch wenn die Exporte weiter wachsen, wird dann die Gesamtnachfrage zurückgehen.

In Deutschland schlägt jetzt die jahrelange Umverteilung von unten nach oben voll auf die Gesamtkonjunktur durch. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, die Lohnquote, war in der BRD schon seit Mitte der 70er Jahre mit wenigen Unterbrechungen kontinuierlich zurückgegangen. In den Jahren 2000 bis 2007 ist sie förmlich abgestürzt, von 72,2 auf 64,6 Prozent (siehe Grafik 1). Die Entwicklung der Löhne und Gehälter bestimmt aber wesentlich den privaten Verbrauch, auf den über die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entfällt. Die **Schwäche der Binnennachfrage** hatte schon den Aufschwung nach der letzten Krise gebremst. Jetzt wird sie **den Abschwung verschärfen**. Dieser könnte zwar zumindest gemildert werden, wenn die Bundesregierung sich entschließen würde, antizyklische Konjunkturpolitik zu betreiben und die gesamtwirtschaftliche Nachfragelücke wenigstens teilweise durch ein öffentliches Investitionsprogramm zu schließen. Davon kann angesichts der auf Haushaltsausgleich fixierten Position der Politik allerdings nicht die Rede sein. Vielmehr steht zu befürchten, daß **öffentliche Sparbesessenheit dem Abwärtstrend einen zusätzlichen Schub geben wird**. Ob es am Ende zu einer massiven Rezession mit drastisch steigender Arbeitslosigkeit kommt, läßt sich gegenwärtig nicht sagen. Immerhin gibt es einen Lichtblick: Die Gewerkschaften haben in den letzten Monaten in einigen Bereichen – öffentlicher Dienst, Chemie, Stahl – Einkommenssteigerungen durchgesetzt, die stabilisierend auf die Konsumausgaben der Menschen wirken. Bezogen auf die Gesamtwirtschaft ist dies zwar noch wenig, aber es kann und sollte als ermutigende Aufforderung an die kommenden Tarifrunden wirken.

Finanzkrise ohne großen Einfluß

Was ist bisher geschehen? Es hat eine riesige Spekulationsblase gegeben, die vom Markt für zweitklassige Hypotheken in den USA ausgegangen ist, sich in die großen Finanzzentren der Welt – insbesondere Europa, weniger Japan – ausgebreitet hat und auf andere Finanztitel – Aktien, Anleihen samt deren Derivate – übergegriffen hat. Die Hauptbeteiligten hierbei waren die Großbanken, in Deutschland blamablerweise auch öffentliche Banken, institutionelle Investoren, Private-Equity-Gesellschaften und Hedgefonds sowie die Reichen und Superreichen in aller Welt. Die Triebkräfte der Spekulation waren die unersättliche Gier dieser Reichen sowie die Konkurrenz der privaten Finanzinvestoren. Wie bei allen bisherigen Spekulationswellen gab es auch bei der jüngsten neue Geheimwaffen und »garantierte Profitbringer«. Im Spekulationsboom der späten 90er Jahre waren das die High-Tech-Unternehmen der New Economy, in dem gegenwärtigen sind es zwei »Finanzinnovationen«: Kredithandel und sogenannte strukturierte Produkte. Durch den Verkauf von Kreditpaketen haben Banken die Risiken der von ihnen vergebenen Darlehen verkauft und in der Folge alle Hemmungen bei der weiteren Kreditvergabe fallengelassen.

»Strukturierte Produkte« sind Finanzanlagen, die den Geldbesitzern auf ihre individuellen Profile und Bedürfnisse genau zugeschnitten verkauft werden, im übrigen aber so kompliziert sind, daß niemand sie versteht. Ihr letztlich einziger Zweck ist der Gewinn für die Verkäufer. Diese Geschäftsmodelle liefen eine Weile gut und lockten Nachahmer. Den Rest tat der Herdentrieb. Jetzt wollten alle Kreditpakete

haben, von deren Inhalt sie keine Ahnung hatten. Sie kauften »strukturierte Produkte« auf Kredit, einfach weil andere sie kauften und die Preise stiegen. Das Kartenhaus der Euphorie wuchs höher und höher. Dann platzte die Spekulationsblase, und das Kartenhaus brach zusammen. Die Spekulanten hatten sich verspekuliert. Bei Banken und Finanzinvestoren, die jahrelang mit Gewinnraten von über 20 Prozent geprahlt und viele Milliarden Dollar bzw. Euro verdient hatten, brachen die Gewinne plötzlich auf nur noch dreistellige Millionenbeträge ein, Abschreibungen wurden fällig, Katzenjammer setzte ein, gelegentlich sogar mit selbstkritischen Untertönen. Die Panik der Spekulanten, die sich verzockt haben, ist verständlich. Sie sollte aber nicht zu gesellschaftlicher Untergangshysterie hochgeschaukelt werden.

Gefahren der Spekulationskrise

Die Frage ist, welche Gefahren gehen von der weltweiten Spekulationskrise für die deutsche Wirtschaft, die Konjunktur, die Beschäftigung und die Einkommen der Nichtspekulanten aus? **Fünf Kanäle der Ausbreitung** sind hier zu diskutieren:

1. *Entlassungen in der Finanzbranche*: Die sind angekündigt, und es wird sie geben. Allerdings dürfte die Finanzkrise nicht die Ursache, sondern nur eine bequeme Ausrede hierfür sein. Es ist daran zu erinnern, dass die großen Umstrukturierungs- und Personalabbauprogramme etwa von Deutscher Bank und Allianz nicht in der Krise, sondern in den Jahren des Booms davor stattgefunden haben. Hedgefonds und Private-Equity-Häuser arbeiten ohnehin immer nur mit wenigen Dutzend hochbezahlter Personen. Gesamtwirtschaftlich sind sie nicht von Bedeutung.

2. *Kredite werden knapp*: Der Markt für Kredite für fremdfinanzierte Übernahmen – deren Zweck ist allein die Renditesteigerung der Geldbesitzer – ist in der Tat weitgehend zusammengebrochen. Das ist gut so, weil es weitere Spekulationsrunden verhindert. Unternehmenskredite zur Investitionsfinanzierung stehen dagegen nach Aussagen von Bundesbank und Bundesregierung nach wie vor reichlich zur Verfügung. Wenn sich dies ändern sollte, gibt es genügend politische Möglichkeiten, über die öffentlichen Sparkassen und Landesbanken gegenzusteuern und die Kreditversorgung aufrechtzuerhalten.

3. *Der Verbrauch bricht aufgrund des »Vermögenseffektes« ein*: Besitzer von Aktien, deren Kurs gesunken ist, schränken wegen dieser »Verarmung« die Ausgaben für ihren Lebensunterhalt ein. Eine solche Reaktion ist in den USA teilweise zu beobachten. Für Deutschland ist sie aber vor allem deshalb extrem unwahrscheinlich, weil es sehr viel weniger Aktienbesitzer gibt, weniger als ein Zehntel der Bevölkerung gegenüber rund der Hälfte in den USA.

4. *Die Sanierung der Finanzbranche belastet die öffentlichen Haushalte*: Für die von der Krise betroffenen Landesbanken ist dies bereits der Fall. Der Chef der Deutschen Bank hat staatliche Unterstützung angefordert. Dies ist von der Bundesregierung allerdings bislang abgelehnt worden. Eine großflächige Sanierung des privaten Finanzsektors durch öffentliche Subventionen würde die Gefahr einer neuen Sparrunde an anderer Stelle mit sich bringen, also weiteren Sozialabbau mit gravierenden Folgen für die Menschen und den Konsum. Dies dürfte jedoch bis auf weiteres politisch nicht durchsetzbar sein.

5. *Die deutschen Ausfuhren leiden unter der Krise in den USA und der Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro*: Hiervon können in der Tat Gefahren ausgehen. Sie sollten aber nicht überschätzt werden. Zum einen ist es nicht sicher, ob es tatsächlich zu einer tiefen Rezession in den USA kommt. Zum anderen hat der deutsche Export sich auch früher in Schwächephasen der Weltwirtschaft und der Abnehmerländer behauptet.

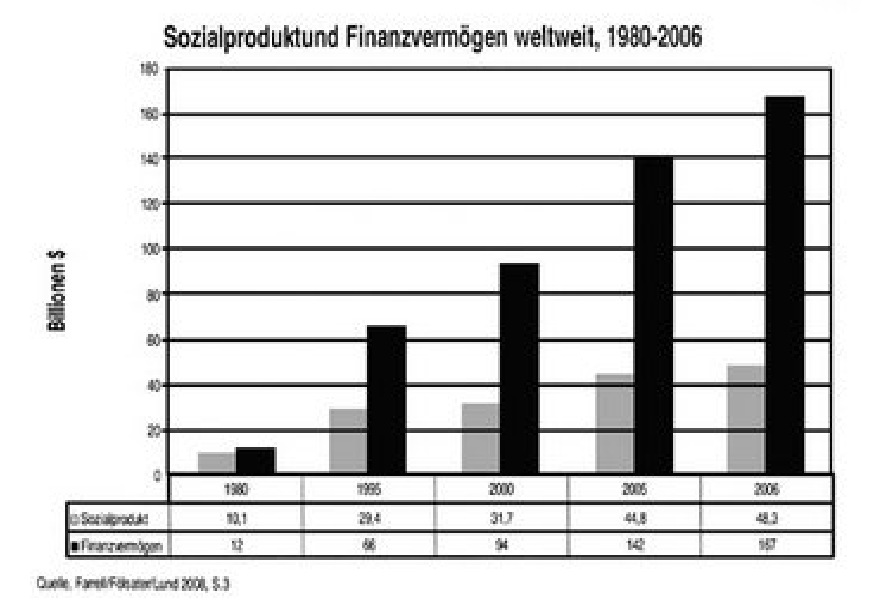
Die Kanäle eins bis vier sind also für die deutsche Konjunktur weitgehend irrelevant, und die traditionelle – zu einem erheblichen Teil auf nichtpreislichen Faktoren (etwa die Qualität der Güter) beruhende – Stärke des deutschen Exportes macht einen gesamtwirtschaftlich relevanten Einbruch unwahrscheinlich. Insgesamt sind die Gefahren also nicht besonders groß, dass die aktuelle weltweite Finanzkrise sowie eine dadurch produzierte Rezession in den USA die deutsche Wirtschaft insgesamt massiv trifft und ebenfalls in eine tiefe Rezession stürzt.

Neue Machtverhältnisse

Trotz dieser beruhigenden Aussichten ist **keine Entwarnung** angebracht. Die Krise sollte vielmehr Anlass für eine nüchterne Analyse ihrer Hintergründe sein. Der hypnotisierte Blick auf die aktuellen Turbulenzen läuft leicht Gefahr, die Wirklichkeit des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus (**FMK**) aus dem Auge zu verlieren, der sich seit drei Jahrzehnten als neues Entwicklungsmuster auch in Deutschland schleichend etabliert. **Dieses Regime produziert zwar auch Finanzkrisen, aber das ist nicht sein Hauptkennzeichen. Viel wichtiger sind seine tiefen Eingriffe und Umgestaltungen in den Unternehmen, der Produktions- und der Arbeitswelt, seine Angriffe auf den demokratischen Sozialstaat und dessen Transformation in eine neoliberale Gesellschaft.**

Die ökonomische Grundlage des FMK ist die enorme Anhäufung von Finanzvermögen in den Händen einer Minderheit der Gesellschaft, die ihren Reichtum immer weiter zu vermehren sucht. Diese Anhäufung ihrerseits ist vor allem Ergebnis einer langen Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben in allen Zentren des Kapitalismus. Sie hat Mitte der 70er Jahre als Bestandteil einer globalen Gegenreform gegen die sozialen und demokratischen Fortschritte der Nachkriegszeit begonnen. Das weltweite Finanzvermögen ist zwischen 1980 und 2006 fast dreimal so schnell gewachsen wie das weltweite Sozialprodukt, um den Faktor 13,9 gegenüber dem Faktor 4,8 (siehe Grafik 2). Diese ungleichmäßige Entwicklung hat auch die **Funktionsmechanismen des Kapitalismus verändert** und neue Leitfiguren hervorgebracht. Im traditionellen Industrie- und Monopolkapitalismus waren die Unternehmer und Manager die entscheidenden Figuren, und die Finanzierung der reichlich vorhandenen Investitionsgelegenheiten stellten den Engpass der Entwicklung dar. Heute haben sich die Verhältnisse umgekehrt: Finanzmittel sind reichlich vorhanden – eben die akkumulierten, verwertungssuchenden Vermögen –, aber die Investitions- und Verwertungsgelegenheiten werden knapp. Unter diesen Umständen wird der Finanzinvestor zur neuen Leitfigur des Kapitalismus: als privater Dienstleister, der neue Renditequellen für die Vermögen der Reichen erschließt. Finanzinvestoren konkurrieren untereinander um diese Vermögen, aus deren Vermehrung sie ihre Einkommen beziehen. Das wichtigste Mittel dieses Konkurrenzkampfes ist das Versprechen auf Höchstrenditen. Ein Versuch, diese Versprechen einzulösen und im Geschäft zu bleiben, ist die Finanzspekulation in immer abenteuerlicheren Bahnen. Das geht eine Weile gut, und dann geht es schief, die Blase platzt. Damit ist das strategische Arsenal der Finanzinvestoren aber nicht erschöpft.

Eine weitere und langfristig wirksamere Strategie ist die **Durchsetzung neuer Standards für schnellere und höhere Gewinne** in den Betrieben und Unternehmen. Die Umsetzung dieser Strategie erfolgt durch massiven Druck der Finanzinvestoren auf das Management der Unternehmen, in denen sie Kapital anlegen: Löhne müssen gesenkt, Arbeitszeiten verlängert, unbezahlte Überstunden geleistet werden, Sozialleistungen werden gekappt, langfristige Entwicklungsausgaben gestrichen. Wenn auf diese Weise die Ansprüche auf höhere Renditen erst einmal bei einigen strategischen Unternehmen durchgesetzt sind, sorgt die Konkurrenz dafür, dass sie zu allgemeinen Standards für die gesamte Branche werden und sich auch in Unternehmen festsetzen, in denen keine Finanzinvestoren sind. Es ist deren zweifelhaftes Verdienst, eine Pionier-



	1980	1995	2000	2005	2006
Sozialprodukt	10,1	29,4	31,7	44,8	48,3
Finanzvermögen	12	66	94	142	167

rolle bei der Verschlechterung der Bezahlung und Arbeitsbedingungen in einer immer größeren Zahl von Betrieben und Unternehmen in Deutschland zu spielen. Sie sind wesentlich verantwortlich für eine **Neuausrichtung der Unternehmenskultur** und der Unternehmenssteuerung (corporate governance), die sich immer mehr auf die Maximierung des Wertes des Unternehmens für die Aktionäre (**shareholder value**) konzentriert. Soziale Verantwortung, Arbeitsschutz, Mitbestimmung etc. sind in diesem Zusammenhang lästiger Sozialklimbim, der möglichst abzuschaffen ist.

Hier setzt eine weitere Strategie der Finanzinvestoren an: der **Druck auf Regierungen** und Parlamente, die steuerlichen, sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen etc. Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß der »Finanzplatz Deutschland« attraktiv wird und Finanzinvestoren sich hier wohl fühlen: Steuerbefreiung oder -senkung für Finanzinvestoren, Senkung der »Arbeitgeber«beiträge zur Sozialversicherung, Lockerung des Kündigungsschutzes und vieles mehr.

Das wesentliche Merkmal des gegenwärtigen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist nicht das, was nicht funktioniert, die Spekulation, die zur Finanzkrise geführt hat. Viel wichtiger ist das, was bislang funktioniert hat: die dramatische Verschiebung der Macht- und Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals, sowohl in den Unternehmen als auch in Politik und Gesellschaft. Die Folgen dieser Machtverschiebungen sind eine zunehmende Polarisierung der sozialen Verhältnisse, mehr Ungleichheit, mehr Unsicherheit und Prekarität in den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Mehrheit, mehr Reichtum, Macht und Arroganz der Oberschicht.

Über diese strategische Dynamik des FMK ergibt sich eine sehr viel stärkere Wirkung auf Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland als über die aktuelle Finanzkrise. Der massive Druck in den Unternehmen hat den **Fall der Lohnquote** beschleunigt, und die neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik hat antizyklische Wirtschaftspolitik zum Tabu gemacht. Umverteilung von unten nach oben und die Verhinderung demokratischer Wirtschaftssteuerung – beides hat dazu beigetragen, das Wirtschaftswachstum zu bremsen und die konjunkturellen Abschwünge markanter ausfallen zu lassen als die Aufschwünge.

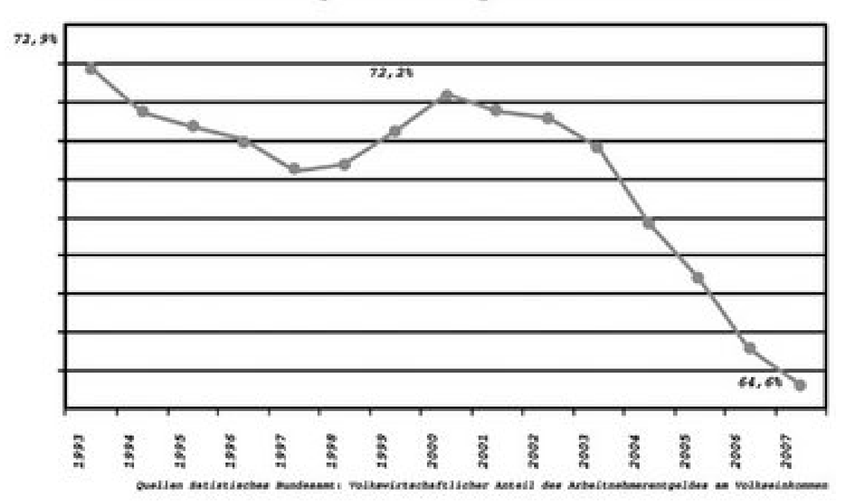
Was tun?

Als politische Schlussfolgerungen aus diesen Überlegungen bieten sich – stichwortartig – folgende vier Handlungsebenen an:

Erstens ist kurzfristig eine energische **antizyklische** Konjunkturpolitik – am besten in Form eines umfangreichen öffentlichen Investitionsprogramms – zur Milderung des Abschwungs erforderlich.
Zweitens sollte in Reaktion auf die Finanzkrise das **Spekulationspotential** der Banken und Finanzinstitutionen drastisch vermindert werden. Hierzu liegen zahlreiche Vorschläge auf dem Tisch: von mehr Transparenz über höhere Risikovorsorge bis zur Beschränkung des freien Kapitalverkehrs.
Drittens sollten Beschäftigte und Unternehmen wirksam vor Ausplünderung und perspektivloser Kurzfriststeuerung durch Finanzinvestoren geschützt werden. Hierfür ist vor allem eine Ausweitung der **Mitbestimmung** in Betrieben und Unternehmen erforderlich: Veränderungen des Aktien- und Gesellschaftsrechts sollten den Einfluß von Finanzinvestoren beschränken.

Um die Dynamik des FMK zu brechen, bedarf es **viertens** einer Wirtschaftspolitik, die durch kräftige **Umverteilung** von oben nach unten die massive Vermögenspolarisierung in der Gesellschaft rückgängig macht und damit den **Druck aus den Finanzmärkten nimmt**, der zu immer abenteuerlicheren und immer brutaleren Methoden der Renditesteigerung geführt hat. Der Finanzsektor muß seine dominierende Rolle verlieren und auf seine sinnvolle wirtschaftliche Rolle als Infrastruktur zurückgeschnitten werden: zur Gewährleistung eines effizienten Geld- und Zahlungssystems sowie einer für Produktion und Investitionen ausreichenden Kreditversorgung. Aufgrund der Erfahrungen mit der chaotischen, ausbeuterischen und demokratiefeindlichen Dynamik des FMK liegt es nahe, daß diese Rückbindung nicht nur mehr demokratische Steuerung und Kontrolle des Sektors insgesamt, sondern überdies die **Übernahme der großen Schlüsselkonzerne in öffentliches Regie** erforderlich macht – die freilich anders gehandhabt werden müßte, als dies bei den Landesbanken der Fall war.

Jörg Huffschmid ist Professor für Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik in Bremen und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac-D. Der Artikel erschien in der Jungen Welt 01.05.2008
http://www.jungewelt.de/2008/04-30/019.php?sstr=J%F6rg%7CHuffschmid



Sabine Leidig
Die Entfesselung der Märkte insgesamt in Frage stellen

1. Mai Rede

Liebe Kolleginnen und Kollegen

„Gute Arbeit muss drin sein“ heißt das Motto dieses Jahr
… könnte man sagen „ ist ja schon geschehen“. Die Leute haben super gut gearbeitet: Der jüngste Konjunktur-Aufschwung zum Beispiel, den sich abwechselnd die Bundeskanzlerin oder nachträglich die rot-grüne Bundesregierung ans Revers stecken, ist in Wirklichkeit das Werk von Millionen Frauen und Männern, die nicht nur ihren eigenen Lohn erwirtschaften, sondern auch die Gewinne der Unternehmen, die Steuereinnahmen und die mit ihren Sozialbeiträgen all diejenigen unterstützen, die keine Arbeit finden, krank oder behindert sind oder in Rente. Deshalb feiern wir an diesem Tag auch die Leistung der arbeitenden Menschen.

Aber unsere Arbeit muss auch für uns gut sein!
Die die Häuser bauen oder Fahrzeuge, die Lebensmittel herstellen oder Kleidung, die Bus fahren, uns im Krankenhaus pflegen, im Rathaus beraten, die den Müll wegräumen oder im Supermarkt bedienen, sorgen für Lebensqualität. Wir wollen und können uns die Geringschätzung dieser Arbeit nicht leisten. Gute Arbeit braucht gute Bezahlung – und 10 Euro sind das Mindeste.

Und: wenn wir die Arbeitsproduktivität steigern, möchten wir nicht andere arbeitslos machen. Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, damit es allen nützt.

Arbeit darf nicht mit Angst und Stress verbunden sein. Wir brauchen soziale Absicherung, die vor Abstieg und Armut schützt. Und Arbeit muss Perspektiven bieten – den Jungen sowieso, aber auch den Frauen, denen über 50 usw. Wir wollen unser Schicksal selbst in der Hand haben und nicht von Arbeitsamt oder Unternehmerwillkür abhängig sein.

Arbeit darf nicht krank machen – den Körper nicht und auch nicht die Seele. Wir wollen mit Anstand und Respekt behandelt werden! Menschenwürde ist das höchste Gut – auch am Arbeitsplatz!

Wir wollen uns in unsere Arbeit entfalten, etwas lernen, unsere Fähigkeiten entwickeln. Wir wollen etwas tun, was das eigene Können erfordert, was auch Spaß macht. Wir wollen einen Beruf ausüben und nicht einfach einen Job machen.

Und: wir wollen etwas Nützliches tun, etwas Sinnvolles. Unsere Arbeit soll beitragen zu einer sozialen, umweltfreundlichen und friedlichen Welt. Gute Arbeit für gutes Leben – für alle und weltweit!

In einem Song aus der Dreigroschenoper von Brecht heißt es: Der Mensch wär´ gut, anstatt so roh, … **doch die Verhältnisse die sind nicht so.**
In Wirklichkeit wird die soziale Bruchlinie tiefer und die »Armut im Überfluss« größer. Jeden kann es treffen. Die Schere zwischen denen, die »drinnen«, und denen, die »draußen« sind, geht zuverlässig auseinander. Obwohl die Wertschöpfung wächst – also durch die Arbeit aller immer mehr Reichtum entsteht – schrumpfen die realen Einkommen der Beschäftigten, während die Preise und die Gewinne steigen.
Eine solche Verteilung zwischen Kapital und Arbeit ist nicht nur ungerecht, sondern auch volkswirtschaftlich unsinnig. Wenn die Leute sich kein gutes und umweltfreundliches Leben leisten können, wird wenig investiert und viel überflüssiges Geld an den Finanzmärkten der Welt eingesetzt. Dort wächst die Macht von Investmentfonds, welche enormen Druck auf die Unternehmen und auf die Politik ausüben.
Viel zu lange hat die neoliberale Politik den Rückzug des Staates und die marktwirtschaftliche Konkurrenz in allen Bereichen propagiert; die ganze Gesellschaft zum Wettbewerbs- Standort umdefiniert.
Die Folge ist soziale Kälte und Unsicherheit, Konkurrenzkampf und Zukunftsangst, Armut und Ausgrenzung. Und zugleich eine wachsende Zahl von Millionären, Haushalten mit Dienstboten, Eliteschulen und Privatkliniken. Wer aber nicht im Geld schwimmt, ist darauf angewiesen, dass die Gesellschaft sozial und solidarisch organisiert ist. Einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten.
Im Betrieb sind viele mit einer Erpressungsökonomie konfrontiert, die Angstmaschine läuft; Mitarbeiterinnen werden zu Kostenfaktoren, die unter Kontrolle gehalten und ausgepresst werden. Immer häufiger mit illegalen Mitteln – nicht nur bei Lidl.
Die Arbeitszeiten verflüssigen sich, die Grenze zwischen Beruflichem und Privatem verschwimmt. Nicht mehr lange, und die alte Festanstellung gehört der Vergangenheit an und wird durch kurzfristige »Arbeitsprojekte« ersetzt.
Der Mythos der steigenden Produktivität ist verschwunden. Sein süßes Versprechen auf mehr Wohlstand, freie Zeit, Entlastung und Muße hat sich unter der Herrschaft der Kostenkiller, Lebensbeschleuniger und Marktlückenfüller in Luft aufgelöst.
Außerdem erleben wir, dass der Anteil der unnützen, zerstörerischen und entfremdeten Arbeit größer wird: Im letzten Jahr war in Deutschland die abnehmende Zahl der Krankenschwestern zum ersten mal niedriger, als die zunehmende Zahl der Prostituierten.
Die materielle Produktion (also Industrie und Landwirtschaft) schrumpft, aber das Business der Spekulanten und so genannten Heuschrecken, die andere Firmen aufkaufen, zerschlagen und zerlegen wächst.
Die „oberen Zehntausend“ – nein: die reichsten 10 Prozent in Deutschland besitzen fast 60 Prozent des Vermögens, während die untere Hälfte zusammen fast gar nichts „auf der hohen Kante“ hat. Das Geldvermögen von Unternehmen, Banken, Versicherungen und Privatiers wächst jedes Jahr um viele Milliarden Euro (im letzten Jahr waren es plus 161 Milliarden).
Zugleich lebt selbst im reichen Deutschland jedes sechste Kind in Armut - 1965 war es nur jedes 75ste.
Geld kann man aber nicht essen und es macht auch nicht glücklich. Aber es macht die unglücklich, denen es fehlt.
Die vorhandene gesellschaftliche Arbeit wird immer weniger im Interesse der menschlichen Bedürfnisse sinnvoll eingesetzt.
Das ist ein krankes System!
Tatsächlich ist die Krankheit, die Krise des Systems ist nicht mehr zu übersehen …
… und: der Fisch stinkt vom Kopf her.
Herr Zumwinkel hat als Chef der Deutschen Post nicht nur Millionen Kleinaktionäre um ihr Vermögen gebracht, er hat auch noch das Gemeinwesen um Millionen an Steuern betrogen.
Herr Pierer, Siemenschef und führender Berater der Bundeskanzlerin musste seinen Hut nehmen, weil der Weltkonzern eine runde Milliarde an Bestechungsgeldern ausgab.
Andere Herren dieses Clubs, wie zum Beispiel Peter Hartz, haben von sich Reden gemacht, weil sie Betriebsräte schmierten

oder mit korrupten Beschäftigten Scheingewerkschaften gründeten, um Tarifverträge zu unterbieten.
Aber wir erleben ja nicht nur, dass sich die Apostel des Neoliberalismus als unglaubwürdig und gewissenlos erweisen. Sie haben mit der Allmacht des Marktes geprahlt und alle zu ewig Gestrigen gestempelt, die auf politische und soziale Gestaltung setzten. Und was ist das Ergebnis?
Die <u>Deregulierung der Finanzmärkte</u> hat die größte Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verursacht. Innerhalb weniger Monate löste sich eine Billion Dollar in Nichts auf und die größten Banken der Welt standen plötzlich am Rande des Ruins. Selbst Josef Ackermann schreit nach Staatsunterstützung und würden die nationalen Notenbanken nicht täglich neue Milliarden locker machen hätten wir bereits eine Weltwirtschaftskrise.
Oder reden wir von der <u>Ernährungskrise.</u> Die Neoliberale Globalisierung wollte mit ihrem Marktglauben den Hunger besiegen – jetzt hat sie zu einer gefährlichen Verknappung der Lebensmittel, zu explodierenden Preisen und in den armen Ländern zu Hungerrevolten geführt.
<u>Überall finden wir Beispiele für das Versagen der Märkte</u> – zum Beispiel auch in der Energie- und Umweltpolitik – so dass es Zeit wird, dass gerade auch die Gewerkschaften ihre <u>Forderungen nach einer gerechten und friedlichen Wirtschaftsordnung</u> erneuern.
Es muss Schluss sein mit einem ökonomischen Prinzip, das den Sozialstaat, den Vorrang der Politik über die Wirtschaft und eben auch die Gewerkschaften auf den Müllhaufen der Geschichte befördern wollte!

Vordergründig geht es um eine neue Finanzarchitektur, also um mehr Kontrolle und das Verbot bestimmter Finanzgeschäfte. <u>Aber geht es nicht viel mehr darum, die Entfesselung der Märkte insgesamt in Frage zu stellen?</u>
Wenn sich die Markkräfte im Allerheiligsten des Kapitalismus als untauglich erwiesen haben, nämlich im Geldgeschäft, dann muss man doch fragen dürfen, was sie auf den Arbeitsmärkten angerichtet haben. Denn so wie die Deregulierung dort Hunderte Milliarden Dollar vernichtete, hat die Deregulierung der Arbeitsmärkte auch Hunderte Millionen Arbeitsplätze vernichtet und gute Arbeit zur Ausnahme gemacht.
Es ist eigentlich auch klar, dass ein so komplexer Vorgang, wie die Beziehung unterschiedlichster Volkswirtschaften nicht dem freien Spiel der Marktkräfte und dem Profitinteresse überlassen werden kann.
Das gilt für die Regulierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, den sozialen Ausgleich zwischen arm und reich und immer mehr auch für die Beherrschung der ökologischen Risiken.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen,
Eine andere Wirtschaftswelt ist möglich!
Mit selbstbewussten Beschäftigten hier und anderswo, die sich nicht mehr die Butter vom Brot nehmen lassen. Die wissen: ohne uns läuft es nicht! Die für ihre sozialen Rechte und für faire Einkommen kämpfen und die Verhältnisse verändern. Und mit engagierten WeltbürgerInnen, die sich einmischen; die mit Argumenten und praktischem Handeln die Politik verändern.

Das Erste, was die Exzesse des Finanzkapitalismus mäßigen könnte, wäre, das Spekulantengewerbe an die Kette zu legen und Dampf aus dem Kessel zu lassen.
Die Bewegungsfreiheit fürs Kapital muss eingeschränkt werden, damit die Wirtschaft den Menschen dient. Kapitaltransfersteuern wären ein erster Schritt, um die Finanzmärkte entschleunigen. Und Kapitalverkehrskontrollen würden besonders den Entwicklungsländern helfen, Reichtum im Land zu halten.

Wir brauchen keinen neoliberalen Standortwettbewerb innerhalb der EU, sondern soziale Mindeststandards, die verhindern, dass die Beschäftigten gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen europäische Mindestlöhne und Sozialkorridore! Der Steuersenkungswettlauf muss beendet werden!

Wir brauchen höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen und -vermögen, um die massive Ungleichverteilung von Vermögen und damit auch die gigantischen Finanzströme abzubauen!
Der Steuerklau muss endlich beendet werden!
Nach Berechnungen des „International Tax Justice Network", sind Vermögen von elf bis zwölf Billionen US-Dollar weltweit in Steueroasen angelegt. Das bedeutet, dass den Staaten rund um den Globus jährlich 255 Milliarden $ Steuern entzogen werden. Eine halbe Milliarde wäre nötig, um mit einem Welternährungsprogramm der UNO die aktuell Hungernden zu ernähren.
Wir brauchen wirksame Kontrollen und genügend Personal für die Steuerfahndung. Ein Steuerprüfer in erzielt hier zu Lande Jahr für Jahr eine Million Euro Mehreinnahmen. Das Geld können wir für Bildung, Kultur und Soziales gut brauchen!
Und es muss veröffentlicht werden, wie viel Steuergeld Unternehmen bekommen und wofür. Der Fall Nokia darf sich nicht wiederholen!

Öffentlich ist wesentlich – Privatisierungen müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden!
Warum? die gesellschaftlichen Betriebe und Einrichtungen und die Sozialversicherungen sind quasi das Rückgrat der Gesellschaft.
Wir müssen Einfluss darauf haben, welche Ziele in Stadtwerken, bei der Bahn, an Universitäten, in Sozialämtern, Krankenhäusern oder Rentenkassen verfolgt werden. Da ist die marktförmige Ausrichtung meistens der falsche Weg. Das wissen die Beschäftigten dort am besten.
(…)
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich möchte noch ein einmal zurückkommen auf die gute Arbeit, die wesentlicher Baustein ist für eine alternative, solidarische Gesellschaft: Wir wissen selbst am Besten, wie wir gut arbeiten können. Deshalb darf <u>Mitbestimmung, Selbstbestimmung und Demokratie</u> nicht vor den Türen der Büros und vor den Toren der Betriebe aufhören.
Es gibt real existierende Beispiele – eines davon ist Mondragon. Diese selbstverwaltete Genossenschaft aus dem Baskenland hat sich in den vergangenen 50 Jahren zur größten Industriegenossenschaft der Welt entwickelt. Mit über 70.000 Mitarbeitern und etwa 100 selbst bestimmten Genossenschaftsbetrieben. Das Ziel lebenslanger Beschäftigung, für alle die das wollen ist seit 50 Jahren realisiert. Und keiner verdient mehr als das 8-fache der untersten Lohngruppe.
Ich finde das ist eine gute Faustregel gegen überbezahlte Manager: keiner mehr als 8 mal mehr!

Also: wir können auch anders. Und wir sollten auch wollen.
Ich will es mal zuspitzen:
Die Deutsche Bank, Nokia, Aldi oder Alu Singen gehören auch uns!
Nicht das Konzernmanagement hat die Werte geschaffen, sondern alle die arbeiten. Die ganze Gesellschaft macht solche komplexe Produktion und Dienstleistung möglich.
<u>Die Beschäftigten sollen bei Unternehmensentscheidungen mitbestimmen.</u> Dann würde es zum Beispiel Massenentlassungen zur reinen Profitsteigerung nicht geben. <u>Auch die Wirtschaft muss demokratisch geregelt werden!</u>

Zum Schluss möchte ich daran erinnern, dass die Nazis vor 75 Jahren die Gewerkschaftsbewegung zerschlagen haben.
Nach der Barbarei war 1949 im <u>Ahlener Programm der CDU</u> zu lesen:
„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den sozialen Lebensinteressen (...) nicht gerecht geworden. (...)Inhalt und Ziel der Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein (...)"
gefordert wird eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht.
Ich finde, dieses Vermächtnis sollten wir uns zu Eigen machen, auch wenn ich sonst mit der Partei nichts am Hut habe!

Viel Dank für eure Aufmerksamkeit!

Bernd Ludermann
Schön gerechnet

Die Weltbank-Statistiken zur Einkommensarmut weltweit gelten als wichtigste Gradmesser. Einige Experten jedoch kritisieren die Berechnungen der Bank: Sie unterschätzten die Zahl der Armen, und auch ihre Aussagen über die Zu- oder Abnahme der Armut seien unzuverlässig.

Um eine Zahl der Armen weltweit zu bestimmen, sind willkürliche Festlegungen nötig. Die Statistik der Weltbank gibt an, wie viel Menschen in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten weniger Einkommen haben als ein konstantes „absolutes“ Minimum. Die Bank musste also zunächst dieses Minimum bestimmen. Dazu wertete sie 1990 die nationalen Armutsgrenzen in 33 Ländern aus. Ausgehend von den Schwellenwerten der ärmsten dieser Länder, definierte die Bank Menschen als absolut oder extrem arm, deren Einkommen geringer war als die Kaufkraft von einem US-Dollar im Jahr 1985; wer weniger als doppelt soviel hatte, galt noch als arm. Trotz methodischer Probleme setzte sich diese Definition international durch. Sie liegt etwas über der Armutsgrenze in Indien.

Vor sieben Jahren brachte die Weltbank die Armutsgrenze auf einen neuen Stand. Seitdem gelten 1,08 beziehungsweise 2,15 US-Dollar aus dem Jahr 1993 als Grenzwerte. Die neue Grenze liegt laut Berechnungen des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) unter den typischen Armutsgrenzen in den ärmsten Ländern. Doch die Art, wie die Weltbank bei der Armutsmessung Währungen umrechnet und die Inflation berücksichtigt, ist nach Ansicht von **Thomas Pogge**, Philosophieprofessor an der New Yorker Columbia University, unhaltbar. Pogge erläuterte seine Kritik auf einer **Tagung von terre des hommes und des Global Policy Forum Europe** im Dezember in Bonn.

Die Bank konvertiert zunächst die globale Armutsschwelle in nationale Währungen. Hierfür sind offizielle Wechselkurse ungeeignet, weil sie nur die Preisverhältnisse von international gehandelten Produkten grob wiedergeben. Lokale Güter wie Wohnkosten sind in armen Ländern typischerweise sehr billig, so dass die Gesamtkaufkraft der Währung im Inland größer ist, als der Wechselkurs angibt. Daher rechnet die Weltbank mit Kaufkraftparitäten für 1993, die Währungen nach ihrer Inlandskaufkraft vergleichen.

So erhält die Bank nationale Schwellenwerte für absolute Armut im Basisjahr 1993. Um festzustellen, wie viele Menschen in anderen Jahren unter diese Schwelle fielen, muss sie die Einkommen auf das Basisjahr 1993 umrechnen. Hierzu benutzt sie die Inflationsraten der betreffenden Länder.

Arme kaufen keine Computer

Das führt laut Pogge zu Verfälschungen. Denn die Kaufkraftparitäten und die nationalen Inflationsraten beruhen auf globalen beziehungsweise lokalen Warenkörben, die mit dem Konsum der Armen nichts zu tun haben. Die Armen kaufen nicht, was in Entwicklungsländern besonders preiswert ist, zum Beispiel persönliche Dienste wie Haushaltshilfen, erläutert Pogge. Sie kaufen vor allem Grundnahrungsmittel. Die aber, so Pogge, werden international gehandelt und sind in armen Ländern nicht viel billiger als in reichen. Die Folge: Die Weltbank bewerte durch die Währungsumrechnung die Kaufkraft der Armen zu hoch.

Der Einwand Pogges gilt allerdings nur bedingt: Reis wird zwar international gehandelt, afrikanisches Yams oder Kochbananen dagegen gibt es fast nur aus lokaler Produktion. Zudem werden Grundnahrungsmittel von manchen Regierungen subventioniert und verbilligt. Die Kaufkraftparitäten führen demnach vor allem dort zu einer Unterschätzung der Armut, wo vorwiegend international gehandelte Grundnahrungsmittel verzehrt und diese nicht stark subventioniert werden.

Auch die Inflationsraten machen den Vergleich der Länder problematisch, da sie alle auf verschiedenen Warenkörben beruhen. Weil diese sich außerdem ändern, verfälschen sie laut Pogge auch den Vergleich über die Zeit: Das Gewicht von Dienstleistungen wächst, und die Preise ändern sich unterschiedlich stark – zum Beispiel werden Computer oder Telefoneinheiten gegenüber Nahrungsmitteln billiger. Deshalb, so Pogge, sind Aussagen über die Zu- oder Abnahme der Kaufkraft armer Menschen fragwürdig, solange sie auf derartigen durchschnittlichen Warenkörben beruhen. Er fordert daher, der Armutsschwelle die Kosten des tatsächlichen lokalen Konsums armer Menschen zugrunde zu legen. Zusammen mit dem **Ökonomen Sanjay Reddy** hat er errechnet, dass dies die Zahl der extrem Armen im Vergleich zu den Weltbank-Daten um rund zwei Fünftel erhöhen dürfte.

Die Weltbank-**Ö**konomen Shaohua Chen und Martin Ravallion verteidigen ihre Daten unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass andere Ökonomen ihnen vorwerfen, sie setzten die Zahl der Armen viel zu hoch an. Hier ist der Streitpunkt nicht die Umrechnungsmethode, sondern die **Datengrundlage.** Die Weltbank gewinnt die Einkommensdaten aus etwa 450 stichprobenartigen **Haushaltsbefragungen**, die Behörden in knapp 100 Entwicklungsländern (in denen über 90 Prozent der Bevölkerung von Entwicklungsländern leben) durchgeführt oder in Auftrag gegeben haben. Die Datenlage ist für Afrika in den 1980er Jahren dürftig. Den Umfragen liegen außerdem unterschiedliche Methoden zugrunde, so dass sie nur eingeschränkt vergleichbar sind.

Einige Ökonomen nutzen deshalb anstelle von Haushaltsbefragungen **die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.** Sie errechnen die privaten Einkommen aus dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte und aus Daten über die Ungleichheit. Diese Berechnungen, zum Beispiel von Surjit Bhalla, ergeben für die vergangenen Jahrzehnte einen deutlich stärkeren Rückgang der extremen Einkommensarmut als die Statistik der Weltbank. Die Gründe für diese Diskrepanz sind nicht restlos geklärt. Einer dürfte sein, dass die Weltbank nur Konsumausgaben, nicht aber gesparte Einkommen berücksichtigt. Ein anderer ist, dass die volkswirtschaftliche Statistik – anders als Haushaltsbefragungen – nur Einkommen aus Markttransaktionen erfasst, nicht aber kostenlos verfügbare Güter (etwa Holz). Einerseits unterschätzt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung daher die Höhe des Einkommens der Ärmsten. Andererseits aber überschätzt sie dessen Anstieg als Folge von Wirtschaftswachstum: Denn Wachstum geht mit der Umwandlung kostenloser Güter in Waren einher – ein zunehmender Teil der wachsenden Einkommen muss also für früher freie Güter ausgegeben werden.

Armut ist nicht nur eine Frage des Einkommens

Angaben zur globalen Zahl der Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag sind mit großer Skepsis zu betrachten. Ohnehin hängt Armut nicht nur vom Einkommen ab – grundlegende Sozialdienste sind ebenso wichtig. Sie spiegeln sich in einer Reihe anderer Indikatoren – etwa der Kindersterblichkeit. Auch Lebenserwartung und Bil-

dungsstand, die in den **Human Development Index des UNDP** einfließen, hängen vom Stand der Sozialdienste ab; sie spiegeln deren Auf- oder Abbau aber nur mit großer Verzögerung.

Einen neuen Indikator, den **Basic Capabilities Index (BCI)**, hat die von nichtstaatlichen Organisationen getragene internationale Initiative Social Watch entwickelt. Der BCI kombiniert Daten für die Kindersterblichkeit, den Anteil der von professionellem Personal begleiteten Geburten sowie den Anteil der Kinder, die die fünfte Klasse abschließen, erläuterte **Karina Batthyany von Social Watch** auf der Tagung in Bonn. Pogge kritisiert diesen Index als zu stark auf Kinder fokussiert; es müssten auch Arbeitslosigkeit und Unterernährung berücksichtigt werden.

Batthyany räumt ein, dass der BCI die Armutsmessung kaum verbessert. Sein Mehrwert, so ein Ergebnis der Tagung, liegt in der Eignung für lokale Anwaltschaft: Er misst Defizite sozialer Grunddienste und kann auch für einzelne Regionen eines Landes erhoben werden – ohne Haushaltsbefragung, also auch von NROs. In einer Region auf den Philippinen ist es gelungen, auf diese Weise die Behörden stärker in die Pflicht zu nehmen. Der Verzicht auf die von Pogge angemahnten Indikatoren hat also pragmatische Gründe: Der BCI ist so konzipiert, sagt Batthyany, dass er leicht aus vorhandenen Daten erstellt werden kann.

Solch ein politischer Umgang mit Statistik ist für **Klaus Heidel von der Werkstatt Ökonomie in Heidelberg** durchaus angemessen. Es gebe keine „richtige“, von politischen Interessen freie Art der Armutsmessung. Pogge stimmt zu: Die Weltbank rechnet die Armut bewusst klein, sagt der Philosophieprofessor. Dennoch hält er Statistiken über Einkommensarmut nicht für bedeutungslos: Man kann daraus Trends ablesen sowie die am meisten von Armut betroffenen Staaten ermitteln. Wenn man sich ihrer begrenzten Aussagekraft bewusst bleibt, dann, so Heidel, kann man auch von mangelhaften Indikatoren etwas erfahren.

Bernd Ludermann ist freier Journalist mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik in Essen.

http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/01-2007/trib_art4.html

Daten über Armut: http://www.agenda21-treffpunkt.de/daten/armut.htm

Eric Toussaint

Statistikfehler der Weltbank: zusätzlich 200 Millionen Arme in China

Die Nachricht ist von den großen Medien kaum erwähnt worden: Die Weltbank hat im Dezember 2007 zugegeben, die Bruttoinlandprodukt von China seit Jahren überbewertet zu haben.
Und das ging folgendermaßen:

Mit einem bestimmten Geldbetrag – z.B. 10 Dollar – kann ein Verbraucher selbstverständlich nicht die gleiche Gütermenge in New York, La Paz Kinshasa oder Peking erwerben. Um diese Unterschiede auszuklammern und vergleichbare PIBs zu vergleichen setzt die Weltbank eine Umrechnung der Beträge in Kaufkraftparitäten (PPP).

Die erste Frage ist die nach den berücksichtigten Preisen. Da herrscht die Dunkelheit. Wie wird zum Beispiel der Preis für den Zugang zur Bildung oder zur Gesundheitsversorgung in die Berechnungen integriert? Welche grundlegende Güter und Dienste werden wirklich in diese Umrechnung einbezogen?

Tatsache ist, dass die Preise (die Lebenshaltungskosten), die die Weltbank für China in Betracht gezogen hat, niedriger als in Wirklichkeit waren. Im Dezember 2007 hat die Weltbank also zugegeben, dass gegenüber früheren Schätzungen das Gewicht der chinesischen Wirtschaft um 40% geringer ist. Das ist nicht wenig. Das Bruttoinlandprodukt Chinas in PPP umgerechnet würde also 5 333 Milliarden Dollar statt der 8819 Milliarden Dollar der früheren Schätzungen betragen. Eine gleiche Tendenz ist wahrscheinlich für Indien, die andere große aufstrebende asiatische Macht, festzustellen.

Aber handelt es sich etwa nur um einen Rechenfehler? Für die Weltbank arbeiten ganze Kontingente von Experten, die bestens bezahlt werden und sie ist bestens ausgerüstet, um viel schneller solche Fehler zu entdecken. Zumal die Weltbank schon mehrfach solche Fehler gemacht hat: Ihre fehlerhaften Schätzungen hat die Weltbank als Speerspitze der neoliberalen Globalisierung für die Durchsetzung ihrer Forderungen ausgenutzt.

Also, wem dient dies im Falle Chinas?

Eben der Weltbank und denjenigen, die sich für das herrschende Wirtschaftsmodell einsetzen:
Denn diese zu hohe Schätzung hat Auswirkungen auf das weltweite Wachstum, das nur 4,5% betragen würde statt der angegebenen 5%. Diese Zahl wird oft erwähnt, um zu erklären dass bei einem solchen Wachstum die Dinge weltweit besser werden, ein Beweis dass das aktuelle System Wohlstand und Glück bringen wird…

Aber diese zu hohe Schätzung hat auch Auswirkungen auf die Aussagen bezüglich der Reduzierung der Armut. Denn nach der Weltbank hätte sich die Anzahl der Armen zwischen 1990 und 1999 um 100 Millionen verringert, dieses dank der um 200 Millionen niedrigeren Zahl in Indien und China, während in dem Rest der Welt die Zahl der Armen um 100 Millionen zugenommen hat. Mit der jetzt vorgenommenen Neuschätzung wird die Anzahl der Menschen, die mit weniger als 1 Dollar pro Tag leben, in China um ca. 200 Millionen zunehmen. Tut man die gleiche Berechnung in Indien, wird man feststellen, dass die absolute Zahl der Armen in der Welt in Wirklichkeit zugenommen hat.

Damit wird nicht nur die Glaubwürdigkeit der Studien der Weltbank in Frage gestellt: Die ganze Logik ihrer Ausführungen über die Verringerung der Armut und die Wohltaten der neoliberalen Globalisierung stürzt zusammen.

http://www.cadtm.org/spip.php?article3033

Dringender Aufruf zur Aktion



Ein Angriff könnte bevorstehen.
Wir können es uns nicht leisten zu warten.
Bringt es auf die Strasse in diesem Sommer: USA raus aus Irak.
Geld für menschliche Bedürfnisse, nicht für Krieg!
Massenhafter Marsch nach New York City,

Samstag, den 2. August

Ein Appell an Organisatoren und Aktivisten im ganzen Land und überall auf der Welt:
Erwägt so bald wie möglich, ob Ihr einen „STOP WAR ON IRAN“ – Protest an Eurem Ort während des Wochenendes vom 2.- 3. August organisieren könnt.
Bitte teilt es uns mit, damit Euer Protest auf die Liste gesetzt werden kann.

NOCH EIN US-KRIEG?
Die US-Besatzung von Irak und Afghanistan wird durch die Bevölkerungen dort gehasst. Diese Kriege haben auch zu Hause keine Unterstützung und ruinieren die Volkswirtschaft. Statt sich zurückzuziehen bereitet die Bush-Regierung noch einen weiteren Krieg vor – diesmal gegen den Iran. Das muss unbedingt gestoppt werden!

DIE AGGRESSION GEGEN DEN IRAN ESKALIERT.
Am 4. Juni nannte George Bush, mit Israels Premieminister Ehud Olmert an seiner Seite, den Iran eine „Bedrohung für den Frieden“. Zwei Tage zuvor benutzte Israel – als Stellvertreter des Pentagons handelnd – moderne US Kampfflugzeuge, um massive Luftmanöver durchzuführen. Die Medien nannten es eine Generalprobe für einen Angriff auf Irans Nuklearanlagen. Unter dem Druck der USA kündigte die EU am 23. Juni Sanktionen gegen den Iran an; im US- Kongress liegt ein Gesetzesentwurf für weitere US-Sanktionen und sogar für eine Blockade des Iran.

IRANS "BEDROHUNG" EINE ENTE
Irans als eine "nukleare Bedrohung" ist genauso eine Fiktion wie Buschs Behauptung von "Massenvernichtungswaffen" im Irak, die als Rechtfertigung für den dortigen Krieg benutzt wurde. Die Internationale Atomenergiekommission (IAEA), die Irans nukleare Anlagen überwacht, stellt fest, dass Iran kein Waffenprogramm hat und dass es Atomenergie für den Tag entwickelt, an dem die Ölvorkommen erschöpft sind. Es waren Washingtons 16 Top-Spione, die in einer gemeinsamen Stellungnahme feststellten, das der Iran keine nukleare Waffentechnologie hat.

Die USA und Israel stellen die wirkliche nukleare Bedrohung dar.
Das Pentagon hat eine riesige, mit nuklearen Fähigkeiten ausgestattete Flotte im persisch/arabischen Golf, mit Kanonen, die auf den Iran gerichtet sind.
Israel, des Pentagons Stellvertretermacht im Mittleren Osten, hat bis zu 200 Atomsprengköpfe und es hat niemals den Atomsperrvertrag unterzeichnet, den der Iran unterzeichnet hat.

KRIEG SCHADET DER US-WIRTSCHAFT
Während Milliarden von Dollars für den Krieg ausgegeben werden, erreichte die Arbeitslosenrate zu Hause den höchsten Wert seit 23 Jahren. Zwangsvollsteckungen von Eigenheimen und Zwangsräumungen nehmen zu; Benzin und Lebensmittelpreise steigen grenzenlos.
Während für viele die Situation miserabel wird, streicht Washington soziale Programme.
Ein neuer US -Krieg wird nur noch mehr Leiden bringen.

WAS WIR JETZT TUN KANN EINEN GROSSEN UNTERSCHIED MACHEN
Während der Sommer eine schwierige Zeit ist, um Proteste zu organisieren, gibt die August-Pause des Kongresses dem Weißen Haus eine Gelegenheit für eine widerstandslose Aggression gegen den Iran.
Wir dürfen das nicht geschehen lassen! Von der Friedensbewegung bis zu allen sozialen Bewegungen, zu religiösen und Basisbewegungen, Gewerkschaften und Schulen, lasst uns unsere Kräfte vereinen und fordern: "Kein Krieg gegen den Iran, USA raus aus Irak, das Geld für menschliche Bedürfnisse und nicht für Kriege!"

Dieser Aufruf zum Handeln wurde formuliert von "StopWarOnIran.org", einem Netzwerk von tausenden besorgten Aktivisten und Organisationen, die seit dem März 2006 darum kämpfen, einen neuen Krieg gegen den Iran zu stoppen.

http://stopwaroniran.org/